

geben möchten. Wir würden es begrüßen, wenn der Parteitag, an eine bei der Partei beliebte Sitte anknüpfend, für den Parteitag eine Antragsprüfungskommission bestellen würde. Wir sind der Meinung, daß das zweckmäßig ist, weil mit der Frage der Erledigung der Anträge, d. h. in dem Maß, in dem man Anträge zur Abstimmung stellt oder durch bestimmte Entschlüsse Anträge für erledigt erklärt, gewisse politische Entscheidungen mit einbezogen sind. Wir glauben, daß diese Arbeit in erster Linie den Delegierten bzw. ihren Beauftragten obliegen sollte, und schlagen vor, eine Antragsprüfungskommission zu bestellen, und zwar aus jedem Bezirk der Partei einen Delegierten, und außerdem einen Beauftragten des Parteivorstandes, weil natürlich die Auffassung des Parteivorstandes in diesen Fragen gleichfalls sehr wichtig ist. Wir würden es begrüßen, wenn wir auf unserem Parteitag die alte Übung, die wir auch vielfach bei den Bezirksparteitagen haben, einführen würden.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Zum Wort hat sich gemeldet der Genosse Ollenhauer.

**Erich Ollenhauer:** Genossinnen und Genossen! Die Übung auf unseren Parteitagen ist, daß Parteivorstand und Parteiausschuß sich mit den vorliegenden Anträgen beschäftigen und dem Parteitag ihre entsprechenden Vorschläge für die Erledigung der Anträge machen. Das ist auch in diesem Fall geschehen; Parteivorstand und -ausschuß haben alle Anträge besprochen und werden bei den einzelnen Punkten die Auffassungen ihrer Körperschaften darlegen. Für den Fall, daß es sich im Laufe der heutigen Debatte als zweckmäßig erweist, in den Fragen der politischen Entschlüsse eine solche neue Besprechung im Rahmen eines Ausschusses vorzunehmen, können wir eine solche Regelung treffen. Ich möchte anregen, die Entscheidung hierüber bis heute nachmittag zurückzustellen, bis wir wissen, wie der Verlauf der Diskussion ist.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Sie haben den Vorschlag des Genossen Ollenhauer gehört. Ich möchte darüber abstimmen lassen, daß wir diesen Antrag bis heute nachmittag zurückstellen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Gegen einige Stimmen angenommen.

Dann, Genossinnen und Genossen, kommen wir zu Punkt 2 der Tagesordnung: „An der Wende der deutschen Politik.“ Dazu wird Genosse Erich Ollenhauer sprechen. Ich möchte gleich hier Ihr Einverständnis voraussetzen, daß Genosse Ollenhauer nicht an die in der Geschäftsordnung vorgesehene Redezeit von einer Stunde gebunden ist. Das Wort hat Genosse Erich Ollenhauer zu seinem Referat (Beifall).

### „An der Wende der deutschen Politik“

**Erich Ollenhauer:** Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst dem Parteitag dafür danken, daß er sich im voraus damit einverstanden erklärt hat, daß ich den ersten Verstoß gegen die Geschäftsordnung begehe, weil es sehr schwierig ist, die Fülle der

Fragen, die unter diesem Punkt der Tagesordnung erörtert werden müssen, in der vorgesehenen Zeit zu behandeln. Das Thema selbst umfaßt den wesentlichsten Teil der politischen Anträge, die dem Parteitag vorliegen, und ich möchte in meinem einleitenden Referat keinem der Probleme ausweichen, die sich aus der politischen Situation und aus den von den Parteiorganisationen gestellten Anträgen ergeben, weil ich glaube, daß es die Entscheidung des Parteitags erleichtert, wenn wir von vornherein in aller Offenheit und Klarheit zu den Fragen Stellung nehmen, die uns und die Partei bewegen.

Die Septemberwahlen 1953 zum zweiten Bundestag brachten Bundeskanzler Dr. Adenauer und seiner Regierungskoalition den Höhepunkt ihrer Erfolge. Die CDU/CSU erreichte die absolute Mehrheit im Bundestag, und die neue Koalition unter der alten Führung konnte sich auf eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag stützen. Die Fortführung der bisherigen Außen- und Innenpolitik schien auf lange Zeit gesichert, und die Zweidrittelmehrheit im Bundestag bildete auch eine Garantie für die Verwirklichung notwendiger Verfassungsänderungen im Zusammenhang mit der Aufrüstung der Bundesrepublik. Das war, Genossinnen und Genossen, die Lage vor knapp drei Jahren.

Heute ist sie, rein parlamentarisch gesehen, wesentlich anders. Der Bundeskanzler kann sich im Bundestag praktisch nur noch auf die CDU-CSU-Fraktion stützen. Von den früheren Bundesgenossen ist nur noch die kleine Gruppe der Deutschen Partei geblieben. Die Freien Demokraten und der BHE haben die Koalition verlassen, und in der letzten außenpolitischen Debatte des Bundestags vor knapp zwei Wochen haben neben der Sozialdemokratischen Fraktion Mitglieder der Freien Demokraten und des BHE gegen den Billigungsantrag der Regierungsparteien gestimmt. Aus der Allparteienkoalition gegen die Sozialdemokratie im September 1953 ist eine Einparteienregierung geworden, deren parlamentarische Mehrheit nicht mehr in Übereinstimmung steht mit dem Willen des Volkes selbst. Diese Schwächung der Regierung in einem Bundestag, der die denkbar besten Voraussetzungen für eine breite Koalition der Politik Adenauers bot, ist eine der stärksten Leistungen, die der gegenwärtige Bundeskanzler vollbracht hat. Diese Entwicklung hat aber nicht nur ihre Ursache in der Person des Bundeskanzlers, sondern sie liegt in noch stärkerem Maße in den Veränderungen begründet, die sich in der internationalen und damit im Gefolge auch in der inneren Entwicklung der Bundesrepublik vollzogen hat. Sie hat zur Folge, daß die Politik der Bundesregierung, die unbeweglich an ihren früheren Vorstellungen festhält, mehr und mehr in Widerspruch gerät zu den tatsächlichen Gegebenheiten in der Politik und damit die Bundesrepublik der Gefahr aussetzt, vor allem auf internationalem Gebiet isoliert zu werden.

Solange Deutschland gespalten bleibt, wird die Außenpolitik immer eine entscheidende Rolle in der Bestimmung des Standorts und der Aufgaben der Bundesrepublik spielen. Keine Bundesregierung darf darauf verzichten, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik zu behandeln (Beifall). Die Kardinalfrage ist deshalb in den vergangenen Jahren auch immer gewesen, mit welchen Mitteln die Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit mit der größten Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann.

Seit 1949 haben sich hier die tiefsten Gegensätze zwischen der Regierungskoalition und der sozialdemokratischen Opposition entwickelt. Die Bundes-

regierung hat unter dem Eindruck des Koreakonflikts allzu bereitwillig und vorbehaltlos die Linie der amerikanischen Außenpolitik akzeptiert, gegenüber der Sowjetunion eine Politik der militärischen Stärke zu betreiben und den deutschen Beitrag für diese Politik durch die Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der westlichen Militärallianz zu leisten. Das war der Sinn des Kampfes um die EVG und später um die Durchsetzung der Pariser Verträge, die die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO zum Ziele hatte. Die Bundesrepublik verteidigt ihre Vertragspolitik mit der Behauptung, eine Politik der militärischen Stärke sei das einzige Mittel, das die Sowjetunion veranlassen könnte, die von ihr besetzte Zone Deutschlands freizugeben und der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen der vier Besatzungszonen zuzustimmen. Wir Sozialdemokraten haben diese Politik von Anfang an und ohne Einschränkung und Abschwächung in allen Stadien des Kampfes um die Verträge auf der parlamentarischen und außerparlamentarischen Ebene bekämpft. Wir haben uns immer für den Vorrang der Bemühungen um Wiedervereinigungsverhandlungen vor jeder militärischen Verpflichtung eingesetzt. Unsere Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Die Folgen dieser Einsichtslosigkeit liegen heute offen zutage. Die Annahme der Pariser Verträge und der Beginn der Aufstellung deutscher Streitkräfte hat die Aussichten für eine Wiedervereinigung Deutschlands verschlechtert und die Verwirklichung der Wiedervereinigung auf das äußerste erschwert. Der negative Verlauf der Genfer Konferenz im November vorigen Jahres — soweit die Deutschlandfrage in Betracht kommt — ist der eindeutige Beweis für die Richtigkeit dieser Feststellungen.

Das praktische Verhalten der Sowjetunion seit dieser Zeit zeigt, daß die Bedingungen der Sowjetunion für die Wiedervereinigung heute, nach der Aufrüstung der Bundesrepublik, nicht milder, sondern härter geworden sind. Genossinnen und Genossen, es hat wenig Sinn, sich heute über dieses Verhalten der Sowjetregierung zu beklagen; denn die Sowjetregierung hat vorher, vor der Unterzeichnung der Verträge, öffentlich und eindeutig die Politik angekündigt, die ihre Sprecher dann auf der Genfer Konferenz vertreten haben. Wir behaupten, daß die Aussichten für ein positives Gespräch über die Wiedervereinigung im Jahre 1952 aussichtsreicher waren, als sie es heute sind (Beifall). Aber auch dann, wenn man Zweifel daran hegt, ob die Sowjets zu irgendeinem Zeitpunkt bereit gewesen wären, einer für uns akzeptablen Lösung der Wiedervereinigungsfrage zuzustimmen, hätte man damals mindestens den Versuch einer Klärung unternehmen müssen. Das ist nicht geschehen. Die Tatsache der Mitschuld der gegenwärtigen Bundesregierung an der Verhärtung der Situation in der Deutschlandfrage durch ihre Aufrüstungspolitik ist leider unbestreitbar (Beifall).

Die veränderte Situation zeigt sich aber nicht nur in dieser Verschlechterung der Aussichten für die Wiedervereinigung, wenn man sie als ein isoliertes und für sich zu lösendes Problem ansieht. Weit bedeutsamer sind die Veränderungen in der internationalen Situation, wie sie seit dem Tode von Stalin und durch die neuen Methoden der Außenpolitik der Sowjetunion eingeleitet worden sind. Tatsächlich ist die internationale Lage heute eine wesentlich andere als zur Zeit des Koreakrieges. Die Gefahren eines gewaltvollen Zusammenstoßes der beiden Machtblöcke, die Gefahr eines dritten Weltkriegs, ist erheblich herabgemindert, und die Aussichten für eine Verminderung der internationalen Spannungen und für eine friedliche Lösung

der bestehenden Differenzen in der Welt sind gestiegen. Es ist offenbar das Ziel der neuen russischen Außenpolitik, für eine absehbare Zeit ein Höchstmaß von Sicherheit für die Sowjetunion zu erreichen und dabei durch Vereinbarungen und Verhandlungen den territorialen Besitzstand und den Einflußbereich der Sowjetunion in der Welt möglichst unangetastet zu erhalten oder vielleicht gar zu erweitern.

Der XX. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands hat die schon vorher eingeleitete neue Politik ausdrücklich bestätigt, indem er sie versehen hat mit der höchsten parteiamtlichen Billigung und Begründung, die in der Sowjetunion denkbar ist. Die Radikalität in der Abwendung vom Stalinkurs und die geradezu dramatische Untermauerung dieser Abwendung durch die Geheimrede von Chruschtschow auf dem Parteikongreß machen deutlich, daß es sich hier um mehr handelt als um eine neue Taktik oder um eines der üblichen Manöver.

Allerdings sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß es sich bei der neuen Haltung der Machthaber in der Sowjetunion um eine grundsätzliche Änderung des Wesens der Kommunistischen Partei Rußlands oder des bolschewistischen Systems in der Sowjetunion handelt. Wir haben es weiterhin in der Sowjetunion mit einem bolschewistischen Staatswesen, mit einer Diktatur der Kommunistischen Partei Rußlands zu tun.

Ob sich aus den gegenwärtigen Veränderungen in der Politik dieser Partei und im Staatssystem der Sowjetunion selbst später Entwicklungen in der Richtung einer grundsätzlichen Wandlung des Systems ergeben, ist eine offene Frage, jedenfalls eine Frage, die erst auf lange Sicht ihre Beantwortung finden wird und die uns deshalb bei der Beurteilung der Konsequenzen der Außenpolitik der Sowjetunion heute nicht zu beschäftigen braucht.

Vor allem, Genossinnen und Genossen, wollen wir uns hüten, in der Wandlung der Sowjetpolitik von heute ein Zeichen der Schwäche oder gar ein Zeichen der Zersetzung des Systems zu sehen. Im Gegenteil, man muß vielmehr davon ausgehen, daß die gegenwärtige Regierung der Sowjetunion sich stark genug fühlt, um diese neue Politik ohne Gefährdung ihrer eigenen Existenz einzuleiten und durchzuführen.

Je realistischer und je nüchterner wir diese Dinge sehen, desto geringer ist die Gefahr, daß wir mit unseren Schlußfolgerungen über die Auswirkungen der neuen Sowjetpolitik in die Irre gehen.

Das Entscheidende ist, daß auch bei einer solchen nüchternen Betrachtung der Dinge eine sehr wesentliche Veränderung der Lage auf internationalem Gebiet angenommen werden kann. Sie besteht eben darin, daß die Chancen für eine friedliche Lösung der Weltprobleme — und damit auch des deutschen Problems — durch Verhandlungen heute größer sind als zur Zeit des Höhepunktes des kalten Krieges. Das ist, vor allem für das deutsche Volk, ein Lichtblick; denn nur in einer Welt der Entspannung ist die Lösung der deutschen Frage vorstellbar, weil es eine andere als eine friedliche Lösung dieser Frage niemals geben darf. (Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen, einen entscheidenden Hintergrund für diese tiefgreifende und erregende Entwicklung bildet die Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen in den letzten Jahren. Die Großmächte haben es auf diesem Gebiet wahrlich herrlich weit gebracht. Zu der Atombombe ist die

Wasserstoffbombe — und vor allem ihre Anwendung durch ferngelenkte Geschosse — gekommen. Beide Arten von Waffen werden in großer Anzahl produziert, und ihre völkervernichtende Wirksamkeit wächst von Tag zu Tag. Lag auf diesem Gebiet zunächst der Vorteil eindeutig auf der amerikanischen Seite, so stehen wir heute vor dem Tatbestand, daß die Sowjetunion so weit aufgeholt hat, daß sie sich heute in der Lage fühlt, mit ihrem mächtigsten Gegenspieler, den Vereinigten Staaten, auf der Basis einer ebenbürtigen Partnerschaft zu verhandeln.

Wir sind soweit, daß der Frieden in der Welt heute besteht, weil alle Beteiligten wissen, daß ein neuer Krieg unvermeidlich zu der größten Katastrophe der Menschheit führen müßte. Unsere Generation verdankt den gegenwärtigen friedensähnlichen Zustand der Tatsache der überragenden Furcht der Regierungen vor der Vernichtung der Menschheit.

Es ist klar, daß auf einer solchen Basis der Frieden auf die Dauer nicht gesichert werden kann und daß daher eine allgemeine international kontrollierte Abrüstung das dringendste Gebot der Stunde ist. (Lebhafter Beifall.) Die Schwierigkeiten sind groß; aber die Lage ist nicht aussichtslos, weil trotz der Unterbrechung der Verhandlungen der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen die Verhandlungen über die Abrüstung weitergehen. Dabei sind die Vorschläge für die Beschränkung der konventionellen Truppen, die die Sowjetregierung in der letzten Zeit wiederholt gemacht hat und die sie in beschränktem Umfange auf eigenem Gebiet sicher auch durchführen wird, mehr Mittel der Verhandlungstaktik oder der Politik in lokalen und regionalen Fragen, wie zum Beispiel in der Deutschlandfrage. Die Diskussion über die praktische Bedeutung derartiger Schritte und vor allem polemische Auseinandersetzungen über diese Frage mit der sowjetischen Regierung führen am Kern vorbei. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß spätestens nach den amerikanischen Präsidentenwahlen auch die amerikanische Politik neue Versuche unternehmen wird, in der Abrüstungsfrage zu einer Vereinbarung mit der Sowjetunion zu kommen, die in effektiver Weise eine Beschränkung der Rüstungen einschließlich der modernen Massenvernichtungswaffen herbeiführt.

In dem Zwang zu einer solchen Politik liegt die größte Gewißheit dafür, daß beide Seiten bemüht sein werden, die gegenwärtige Entspannungspolitik fortzusetzen und zu vertiefen. Genossinnen und Genossen! Ein weiterer entscheidender Faktor in der internationalen Politik ist die wachsende Einsicht bei den Westmächten, daß es für den Westen hohe Zeit ist, auf die neuen Methoden der sowjetischen Außenpolitik eine entsprechende Antwort zu finden. Die Sowjetunion ist dabei, ihre frühere Politik der militärischen Stärke zu ersetzen — oder mindestens zu ergänzen — durch eine großangelegte Offensive in der Welt auf politischem, wirtschaftlichem und psychologischem Gebiet. Sie verfolgt dabei das Ziel, die Völker für sich zu gewinnen, die jetzt vor der Aufgabe stehen, ihre nationale Unabhängigkeit zu festigen und den Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung in ihren Ländern zu realisieren und die dabei auf die Erhaltung des Friedens und auf die ökonomische und die moralische Unterstützung anderer großer Völker angewiesen sind. Nur wenn es den Westmächten gelingt, der Sowjetunion auf derselben Ebene gegenüberzutreten, besteht eine Chance der Schaffung eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen den nicht an die beiden Mächtegruppen in der

Welt gebundenen Völkern zu den Völkern der freien Welt. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion ohne Gewaltanwendung ihren Machtbereich auf weitere Gebiete der Welt ausdehnt.

Die Konsequenz dieser Überlegung ist, daß eine gemeinsame Politik der Westmächte zur Sicherung ihrer Eigenexistenz und zur Festigung des Friedens, die sich im wesentlichen nur auf die Konzentrierung der militärischen Macht, wie zum Beispiel in der NATO, beschränkt, heute nicht mehr in Übereinstimmung ist mit den Notwendigkeiten der internationalen Entwicklung. Glücklicherweise ist bei den Regierungen des Westens und in der öffentlichen Meinung der westlichen Welt diese Einsicht schnell im Wachsen. Das bemerkenswerteste Zeichen — neben den Vorstößen der französischen Regierung unter Guy Mollet — sind die Verhandlungen der Außenminister der NATO selbst.

Sie haben auf ihrer letzten Konferenz drei ihrer Kollegen, die Außenminister von Kanada und Italien und unseren Freund Halvard Lange aus Norwegen, den wir gestern zu unserer großen Freude als Vertreter der Norwegischen Arbeiterpartei begrüßen konnten, beauftragt, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu untersuchen. Es ist eine Frage, die sicher noch eine große Rolle spielen wird, ob es sinnvoll ist, diese neuen Aufgaben der Atlantischen Gemeinschaft im Rahmen der NATO in Angriff zu nehmen, oder ob sie nicht durch die enge Verbindung mit der NATO gerade in ihrem psychologischen Wert gegenüber den in Betracht kommenden Völkern herabgemindert werden können. Entscheidend aber ist, daß man die Aufgaben sieht; und wir können nur hoffen, daß sie möglichst rasch und in möglichst umfassender und großzügiger Weise in Angriff genommen werden.

Genossinnen und Genossen! Die Frage, die sich für die deutsche Politik ergibt und die in immer wachsendem Maße die Öffentlichkeit in Deutschland beschäftigt und beunruhigt, ist die Frage, welche Konsequenzen die Politik der Bundesrepublik für ihre eigene Außenpolitik zu ziehen hat. Die Antwort, die die Bundesregierung durch ihren Außenminister im Bundestag am 29. Juni gegeben hat, ist von einer bestürzenden Einsichtslosigkeit (Beifall). Sie hält an der These fest, die vor allem Herr Adenauer während seines letzten Aufenthalts in den Vereinigten Staaten in seinem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur INS und auch in seiner berühmten Gürzenich-Rede in Köln gegeben hat. Seine Meinung ist: Es hat sich nichts geändert, und wir haben nichts anderes zu tun, als unbeirrt und stur an der bisherigen Politik der Erfüllung der Pariser Verträge festzuhalten. Diese Starrheit wird, wenn sie fortgesetzt wird, unweigerlich zur Isolierung der Bundesrepublik in der internationalen Politik führen (Beifall) und, Genossinnen und Genossen, sie bedeutet zugleich den klaren Verzicht auf jede aktive Politik für die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Deutschen selbst. (Lebhafter Beifall.) Wir sind heute in der Gefahr, durch die Politik der Bundesregierung aus dem internationalen Gespräch über eine Lösung der internationalen Probleme uns selbst auszuscheiden und zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands und der Aufrechterhaltung des Status quo eines geteilten Deutschlands für unabsehbare Zeit beizutragen.

Es gibt ein Zeichen von Einsicht in den Bemerkungen von Außenminister von Brentano über die Notwendigkeit von Abrüstungsverhandlungen in

Verbindung mit Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Aber angesichts der Tatsache, daß der Bundeskanzler in der Außenpolitik und in der Wehrpolitik an einer völlig entgegengesetzten Praxis festhält, bedeutet dieses Zeichen von Einsicht, das bei Herrn von Brentano erkennbar war, sehr wenig.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich in dieser Lage gezwungen gesehen, in ihrer letzten Stellungnahme in der außenpolitischen Debatte die Einleitung einer neuen Außenpolitik der Bundesregierung zu fordern. Sie hat folgende Forderungen erhoben:

1. Die Ausarbeitung eines Vorschlags durch die Bundesregierung, der als Grundlage für Verhandlungen mit allen vier an Deutschland interessierten Mächten dienen soll und in dem sie von der Bundesregierung Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitssystem unter Einschluß und unter Mitwirkung eines wiedervereinigten Deutschlands fordert. In diesen Verhandlungen soll auch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO zur Diskussion gestellt werden, wenn durch die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems eine für die Sicherheit der europäischen Völker und für die Sicherheit des deutschen Volkes befriedigendere Lösung als die jetzige gefunden werden kann.
2. Wir fordern eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion durch die volle Ausnutzung der Möglichkeiten, die durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau gegeben sind.
3. Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Bonn und Moskau.
4. Die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, vor allem und zunächst zu den Deutschland benachbarten Ländern, wie Polen und der Tschechoslowakei.
5. Die Aufnahme von Verhandlungen mit diesen Ländern, um durch Handelsabkommen zu einer Normalisierung des Handels nach Osteuropa zu kommen.
6. Die Unterzeichnung des vorbereiteten Handelsvertrages mit der chinesischen Regierung in Peking. Und
7. die Schaffung eines Höchstmaßes von Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Sowjetzone und der der Bundesrepublik durch Vereinbarungen mit den zuständigen Dienststellen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.

Die Sozialdemokratische Partei läßt sich bei der Aufstellung dieses Gegenwartsprogramms einer neuen Außenpolitik der Bundesregierung von der Überzeugung leiten, daß es sich bei ihren Forderungen um die ersten und unerläßlich notwendigen Schritte einer Politik handelt, die die deutsche Frage wieder in das internationale Gespräch mit allen vier an Deutschland interessierten Mächten bringt (Beifall), und die außerdem für die deutsche Außenpolitik die Möglichkeiten nutzt, die sich aus der Auflockerung der Verhältnisse als Folge der neuen russischen Politik, vor allem in den osteuropäischen Ländern, ergeben.

Wir sind davon überzeugt, daß bei der Verwirklichung unseres Programms mindestens die Möglichkeit gegeben ist, über den verhängnisvollen toten Punkt in der Behandlung der Deutschlandfrage hinwegzukommen, und daß

dadurch verhindert werden kann, daß die Kräfte in der Welt zum Zuge kommen, die angesichts der Schwierigkeiten, die die Lösung der Deutschlandfrage in sich birgt, mehr und mehr eine Politik der Entspannung in der Welt fordern, bei der zunächst einmal die deutsche Frage ausgeklammert und die Fortdauer der Spaltung Deutschlands als eine unvermeidliche Tatsache hingenommen werden soll.

Genossinnen und Genossen! Der Kern der Schwierigkeiten liegt trotz aller gegenteiligen Behauptungen darin, daß für alle Beteiligten in Europa die Lösung der Deutschlandfrage in erster Linie mit der Sorge um die Erhaltung ihrer Sicherheit gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland verbunden ist. (Vereinzelter Beifall.) Auch in der neuen russischen Politik spielt nach unserer Überzeugung das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion eine überragende Rolle; und es muß mindestens der Versuch gemacht werden, festzustellen, ob dieses Bedürfnis durch die Schaffung des von uns angeregten europäischen Sicherheitssystems befriedigt werden kann. (Allgemeiner Beifall.) Genossinnen und Genossen! Dabei wollen wir der Auseinandersetzung mit der weiteren sowjetischen Forderung, daß die Deutschen selbst die Lösung ihres nationalen Problems in die Hand nehmen sollen und daß die deutsche Einheit auf dem Wege durch direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow hergestellt werden sollte, nicht ausweichen. Wir können das heute auch um so weniger tun, als gerade durch die Weigerung der Bundesregierung, mit der Sowjetregierung wie mit den anderen Vertragsmächten im Westen über die deutsche Frage direkt zu sprechen, das Verlangen nach direkten Gesprächen zwischen Bonn und Pankow gefördert wird.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß das zentrale politische Problem der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege von Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow nicht gelöst werden kann (Beifall).

Die Verlagerung dieser Verhandlungen auf die innerdeutsche Ebene würde bedeuten, daß wir diese vier Mächte, die immer und zuletzt noch in der Erklärung ihrer Regierungschefs in Genf im Jahre 1955 ihre Verpflichtung erklärt haben, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gemeinsame Verantwortung zu tragen, aus dieser ihrer Verantwortung und Verpflichtung entlassen (Beifall). Außerdem: Die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit Pankow bedeutet eine einseitige Stärkung der Position der Sowjetunion, die die Lage nicht erleichtern, sondern erschweren würde, weil wir eben zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die Zustimmung aller vier Mächte, das heißt der Sowjetunion **und** der drei Westmächte, haben müssen.

Außerdem wäre die Annahme eines solchen Vorschlags im gegenwärtigen Augenblick noch von einer besonderen Ironie. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik würden dadurch den Teil des sowjetischen Einflußgebietes in Europa stützen, der bisher die geringfügigsten Konsequenzen aus der neuen antistalinistischen Politik der kommunistischen Parteien gezogen hat (lebhafter Beifall), sie würden ein System stützen, in dem die kommunistische SED immer noch von den hervorragendsten Repräsentanten des alten Stalinkurses geführt wird.

Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß eine Möglichkeit, der Wiedervereinigung näherzukommen, nur dann gegeben ist, wenn die Bundesrepublik sich aktiv in die internationalen Verhandlungen einschaltet und wenn sie



gegenüber den Hauptverantwortlichen für das deutsche Schicksal initiativ mit eigenen Vorschlägen auftritt. Das mag ein harter, beschwerlicher und zeitraubender Weg sein. Es ist aber der einzig mögliche, alle anderen führen vom Ziel weg und in die Irre (Beifall).

Erst wenn die Bundesrepublik das Höchstmaß von normalen Beziehungen zur Sowjetunion entwickelt und ernsthafte Sondierungen in Moskau vorgenommen hat, wird abzuschätzen sein, was in einem späteren Stadium zur Abwicklung des Verhältnisses zwischen Bonn und Pankow unumgänglich sein wird und unter welchen völkerrechtlich einwandfreien Formen dies geschehen kann. Wenn wir als Sozialdemokraten an dem Grundsatz der Notwendigkeit von Viermächteverhandlungen über die Deutschlandfrage festhalten, so bedeutet das nicht, daß wir uns nicht ernsthaft und konkret auseinandersetzen müssen mit den Problemen, die sich aus der Existenz der sowjetisch besetzten Zone als einem staatlichen Gebilde mit eigenen gesellschaftlichen Formen und mit dem Inhalt der Politik der kommunistischen Parteien auseinandersetzen müssen.

Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, was ich eingangs meiner Rede bereits betont habe, nämlich, daß wir es auch nach der Wandlung der russischen Politik und nach der Verkündung des Antistalinkurses bei den Kommunisten nach wie vor mit Kommunisten zu tun haben. Wir haben es auch nach wie vor bei den von ihnen beherrschten Ländern mit kommunistischen Diktaturstaaten zu tun, die nach wie vor die elementaren Freiheitsrechte der Völker, und vor allem auch die Grundrechte der arbeitenden Menschen und ihr Verlangen nach menschenwürdigen und freiheitlichen Lebensbedingungen, unterdrücken (Beifall).

Wie unverändert groß die Spannungen zwischen Freiheit und Recht auf der einen und Gewaltherrschaft und Terror auf der anderen Seite immer noch sind, hat der Arbeiteraufstand in Posen in beispielhafter Weise noch einmal deutlich gemacht. (Beifall.) Wir deutschen Sozialdemokraten stehen mit unserer vollen Sympathie und Solidarität auf der Seite der aufständischen Arbeiter in Posen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Unser Platz kann nur sein an der Seite der für Freiheit und Recht kämpfenden Unterdrückten und gegen die Unterdrücker, ganz gleich, welche Farbe das System trägt, das diese Unterdrückung ausübt und von ihr lebt. (Beifall.)

Der Aufstand der Arbeiter in Posen war der zweite 17. Juni 1953 des Freiheitskampfes der arbeitenden Menschen in Mittel- und Osteuropa. Wir haben schon davon gesprochen, daß auf diesem Parteitag in unserer Mitte einige der Genossen weilen, die als sozialdemokratische Kämpfer für Freiheit und Recht viele Jahre in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Zone oder in den Arbeitslagern Sibiriens gelebt und gelitten haben. Sie verloren ihre Freiheit, weil sie für die Freiheit kämpften; sie blieben aber der Sache der Freiheit treu in den unendlich schweren Jahren ihrer Einkerkering. Sie sind als Sozialdemokraten zu uns zurückgekommen, aufrecht und ungebrochen, und ihnen gegenüber und allen denen, die immer noch auf ihre Freiheit warten, haben wir die Verpflichtung, der Sache des freiheitlichen Sozialismus treu zu bleiben und an dem Grundsatz festzuhalten, daß es zwischen freiheitlichem Sozialismus und kommunistischer Diktatur keine Gemeinschaft gibt und es auch in Zukunft nicht geben wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht uneingeschränkt hinter dem Beschluß der Sozialistischen Internationale vom März dieses Jahres, in dem jede Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Parteien und kommunistischen Parteien abgelehnt wird.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte diese Feststellung mit dieser Eindeutigkeit nicht nur deshalb treffen, damit in der deutschen Öffentlichkeit keine Zweifel über unsere Haltung aufkommen, sondern ich möchte auch die deutschen Kommunisten vor der Illusion bewahren, daß sie ihr Sektendasein durch eine neue Periode der Aktionsgemeinschaft von unten oder der Volksfrontvorstellungen überwinden könnten. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe noch einen anderen Grund: Ich möchte auch, daß die Regierung der Sowjetunion, die jetzt in der Bundesrepublik eine offizielle diplomatische Vertretung hat, bei der Beobachtung der Lage hier und bei der Entwicklung ihrer eigenen Vorstellungen über die deutsche Politik davon Kenntnis nimmt, daß die Sozialdemokratische Partei, ihre Mitglieder und ihre Anhänger — trotz aller ihrer scharfen Gegnerschaft zu der gegenwärtigen deutschen Bundesregierung — auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen, wie sie in dem mit unseren Stimmen verabschiedeten Grundgesetz niedergelegt ist, und daß sie niemals auf eine freiheitliche, demokratische und soziale Ordnung in diesem Staat verzichten werden. (Beifall.) Es gibt keine mildere oder retuschierte Form der Volksdemokratie, basiert auf der Einparteienherrschaft der Kommunisten, die für die deutschen Sozialdemokraten annehmbar wäre. (Beifall.)

Wir fordern mit Nachdruck die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion; und wir wollen aus ganzem Herzen und aus tiefster Überzeugung ein freundschaftliches und friedliches Verhältnis zum russischen Volk. (Beifall.) Aber es kann, liebe Genossinnen und Genossen, der Erreichung dieses Zieles nur dienen, wenn die Sowjetregierung die unabhängige und selbstgewählte Position der deutschen Sozialdemokratie als einer Partei des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus respektiert und sie als eine gegebene und unveränderbare Größe zur Kenntnis nimmt. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Haltung würde auch eine sachliche Erörterung der Probleme der sogenannten „sozialen Errungenschaften“ in der Zone erleichtern.

Wir Sozialdemokraten halten an unserer Auffassung fest, daß wir eine Ausdehnung des Regimes der Volksdemokratie auf das ganze deutsche Volk ablehnen. Wir halten es für ebenso unmöglich, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit einfach durch den Anschluß der Sowjetzone an das jetzige wirtschaftliche System der Bundesrepublik auf der Grundlage der Segnungen der freien Wirtschaft erfolgt. (Beifall.)

Es ist sicher zu früh, heute im einzelnen ein sozialdemokratisches Wiedervereinigungsprogramm vorzulegen, aber wir sollen sehr ernsthaft an diesem Problem arbeiten, und wir tun es, um möglichst konkrete Vorstellungen für den Ablauf der Dinge im Falle der Wiedervereinigung zu haben.

Wir haben deshalb auch in den Richtlinien für die Wiedervereinigungspolitik unserer Partei, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegen, einige wesentliche Grundsätze aufgestellt. Sie gipfeln in der Forderung, daß da, wo Besitz- und Bildungsmonopole gebrochen wurden, sie nicht wiederhergestellt

werden dürfen. (Lebhafter Beifall.) Wir sind dafür, daß die früheren Besitzer des Großbesitzes in der Landwirtschaft und in der Schwerindustrie entschädigt werden, aber der Besitz selbst muß unter der Kontrolle der Allgemeinheit bleiben. (Sehr gut! — Beifall.) Und auch da, wo auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung Organisationsformen geschaffen wurden, die geeignet sind, das Bildungsmonopol der Besitzenden abzubauen und jungen begabten Menschen den vollen Zutritt zu allen Bildungsstätten zu ermöglichen, müssen solche organisatorischen Einrichtungen in geeigneter Weise und nach demokratischen Grundsätzen weiterentwickelt werden (Beifall).

Was wir ablehnen, Genossinnen und Genossen, ist der Versuch, unter dem Begriff „soziale Errungenschaften“ Machtpositionen der in der Sowjetzone herrschenden kommunistischen SED zu verteidigen oder in ein wiedervereinigtes Deutschland hinüberzuretten. Das ist die sozialdemokratische Position. Die Entscheidung darüber, wie sich die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ordnung in einem wiedervereinigten Deutschland im einzelnen gestaltet, unterliegt ausschließlich der Entscheidung eines frei gewählten, gesetzgebenden gesamtdeutschen Parlaments (Beifall). Vor allem muß die Gestaltung der inneren Ordnung des wiedervereinigten Deutschlands auch frei sein von allen Einwirkungen und Auflagen ausländischer Mächte. (Lebhafter Beifall.)

Es mag sein, daß manche Leute die Diskussion über den inneren Status eines wiedervereinigten Deutschlands für eine weltfremde Sache halten angesichts der Schwierigkeiten, die wir in der Wiedervereinigungsfrage vor uns haben. Die Beschäftigung mit diesem Problem ist eine ebenso aktuelle und dringende Angelegenheit wie das ständige Bemühen um die Normalisierung der Beziehungen der Bevölkerung in der Zone und in der Bundesrepublik.

In der Auseinandersetzung, die in der Zone mit den Vertretern des herrschenden Regimes ständig im Gang ist und die sich in der Zukunft noch steigern wird, ist es für die Gegner des SED-Regimes wichtig zu wissen, welche politischen Vorstellungen die entscheidenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik in bezug auf Form und Inhalt eines wiedervereinigten Deutschlands haben. Eine Ignorierung dieser Fragen oder die Vertretung einer reinen Anschlußtheorie ist die beste Hilfe für die in der Zone herrschende kommunistische SED (Beifall). Auch hier, auf innerdeutschem Gebiet, wird sich zeigen müssen, ob wir der Auseinandersetzung mit den Kommunisten auf der Ebene ihrer neuen Methoden gewachsen sind oder nicht.

Lassen Sie mich nun ein paar Worte sagen über ein anderes Kapitel der gescheiterten Außenpolitik der Bundesregierung. Ich meine das Saargebiet. Wir hoffen, daß das Saargebiet am 1. Januar 1957 als ein Teil des deutschen Staatsverbandes in die Bundesrepublik zurückkehrt. Wir freuen uns über die Aussicht, auch zu einer befriedigenden Lösung der wirtschaftlichen Probleme an der Saar zu kommen.

Wir begrüßen es, daß damit endlich eine ernsthafte Aussicht besteht für die endgültige Lösung des Saarproblems und daß damit auch der Weg frei sein wird zu einem engen und dauerhaften freundschaftlichen Verhältnis zwischen dem französischen und dem deutschen Volk. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir freuen uns vor allem auch, daß wir unsere Freunde aus dem Saargebiet hier als ordentliche Delegierte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüßen können.

Die in Aussicht stehende Lösung der Saarfrage ist ein Lichtblick in der europäischen Politik, aber sie ist nicht das Resultat der Adenauerschen Außenpolitik (stürmischer Beifall), sondern sie mußte gegen den ausdrücklichen Willen und gegen die ausdrückliche Warnung des Bundeskanzlers durchgesetzt werden. (Hört, hört!) Wir verdanken diese Entwicklung in erster Linie den deutschen Parteien an der Saar (sehr gut! — Beifall), und wir werden nicht zulassen, daß die nationalpolitische und europäische Leistung der Deutschen an der Saar zugunsten einer unaufrichtigen Regierungspropaganda verkleinert oder unterschlagen wird. (Lebhafter Beifall.)

An die Bundesregierung richten wir die Forderung, daß sie nicht nur alles versucht, um die skizzierten Vereinbarungen zum Abschluß zu bringen, sondern daß sie auch, wenn die Eingliederung des Saargebiets erfolgt ist, großzügig und ausreichend dem Saargebiet die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gewährt, die es braucht, um seine sehr schweren wirtschaftlichen Probleme zu lösen und den Lebensstandard seiner Bevölkerung zu erhalten. Hilfe bedeutet hier: Nicht Subventionen, sondern Investitionen.

Die Regelung unseres Verhältnisses zum Saargebiet muß ein eindeutiger, positiver Beweis dafür sein, daß das deutsche Volk in der Bundesrepublik entschlossen ist, die sich aus der Wiedervereinigung ergebenden Aufgaben und Belastungen ohne Zögern und ohne Kleinlichkeit zu erfüllen (Beifall). Ein solches Beispiel wird auch seine werbende Kraft unter der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone haben.

Genossinnen und Genossen! Eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik am Beginn eines neuen Abschnitts der internationalen Politik muß auch einen neuen Ansatz in bezug auf die Politik der europäischen Zusammenarbeit finden. Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft muß so breit und so offen für alle wie nur möglich sein. Die engen Integrationsvorstellungen müssen überwunden werden.

Darüber hinaus steht die Bundesrepublik vor der Aufgabe, ein neues, engeres und freundschaftliches Verhältnis zu den Völkern in Asien und Afrika zu finden, vor allem zu jenen Völkern, die nicht in der einen oder anderen Weise mit den jetzt bestehenden großen Mächtegruppierungen in Ost und West verbunden sind.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bei den letzten Etatberatungen mit großem Nachdruck auch eine umfassende Hilfe für die sogenannten wirtschaftlich unterentwickelten Länder gefordert. Die Mehrheit des Bundestages ist nur sehr zögernd unseren Anregungen gefolgt, und das Erreichte entspricht weder unseren Erwartungen noch der Größe und Bedeutung der Aufgabe. Hier muß mehr und Umfassenderes geschehen (Beifall). Dabei sollen wir nicht nur abwägen, welchen unmittelbaren Nutzen die Bundesrepublik von dem Ausbau einer solchen wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben kann. Es geht um mehr. Es geht darum, den Völkern, die jetzt ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben und an den Aufbau ihrer eigenen Lebensordnung gehen, unsere solidarische Verbundenheit durch wirksame Hilfe an Material und an Menschen zu beweisen. (Starker Beifall.) Hier können wir für ein neues, demokratisches und friedliches Deutschland neue Freunde gewinnen, und hier können wir auch die Position der freien Völker in der Welt im Bewußtsein dieser Nationen stärken. Wir als Sozialdemokratische Partei

werden außerdem unsere spezielle Aufgabe darin sehen, in der nächsten Zukunft die persönlichen Beziehungen zu den sozialistischen Parteien Asiens und zu anderen demokratisch freiheitlichen Kräften in diesem Teil der Welt auszubauen. Ich werde im November dieses Jahres als Mitglied einer Delegation der Sozialistischen Internationale an der Konferenz der asiatischen sozialistischen Parteien in Bombay teilnehmen und in Verbindung mit dieser Reise eine Reihe anderer asiatischer Länder besuchen. (Starker Beifall.) Ich bin überzeugt, daß diese Reise für die weitere Politik der Sozialdemokratischen Partei wichtige Aufschlüsse zu geben vermag; und ich hoffe, daß sie dazu beiträgt, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien Asiens und uns zu vertiefen, und daß sie auch der weiteren Annäherung zwischen diesen Völkern und dem deutschen Volk dienen wird.

Genossinnen und Genossen! Alle diese Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei sind von dem Bestreben geleitet, die Außenpolitik der Bundesrepublik, die durch die Haltung der Bundesregierung in eine Sackgasse geraten ist, den neuen Erfordernissen anzupassen und damit auch initiativ neue Möglichkeiten für eine aktive Wiedervereinigungspolitik zu erschließen. Wir wissen, daß eine deutsche Außenpolitik nicht einseitig orientiert sein darf. Die Deutsche Frage kann nicht mit der einen gegen die andere Seite ihrer Lösung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben aber das Recht und die Pflicht, aus einer veränderten Situation heraus mit allen Beteiligten über notwendige Veränderungen unserer bisherigen Politik — auch im Rahmen einer Diskussion der Revision der Pariser Verträge — zu diskutieren. Wir müssen heraus aus dem Panzerturm der einseitigen Politik der Stärke. (Brausender Beifall.) Wir müssen den Schritt wagen in das weite Feld internationaler Verhandlungen, wenn wir im internationalen Geschehen als Partner beteiligt bleiben wollen, und wenn wir verhindern wollen, daß die Frage der Wiedervereinigung auf das tote Gleis geschoben wird.

Genossinnen und Genossen! Die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik besteht nicht weniger zwingend auf dem Gebiet der Innenpolitik. Hier sind in erster Linie die innenpolitischen Auswirkungen der Annahme der Pariser Verträge zu nennen. Die Bundesregierung und ihre Mehrheit haben seit der Ratifizierung der Pariser Verträge ihre vordringlichste Aufgabe darin gesehen, die notwendigen Gesetze für die Durchführung der Verträge — ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände — zu erzwingen. Sie hat sich damit zweifellos in offenen Widerspruch gesetzt zu einem großen Teil des deutschen Volkes, der weit über die Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinausgeht. (Starker Beifall.) Das ist besonders deutlich geworden vor der Verabschiedung der Pariser Verträge durch die damalige Paulskirchenbewegung. Die Kundgebungen dieser Bewegung waren die eindrucksvollsten Demonstrationen für eine Politik der Entspannung und der Wiedervereinigung, die seit Kriegsende in Deutschland stattgefunden haben.

Wenn diese Bewegung auch damals das ihr unmittelbar gestellte Ziel nicht erreichen konnte, nämlich die parlamentarische Verabschiedung der Verträge zu verhindern, so ist es doch ihr bleibendes Verdienst, das Bewußtsein für die Bedeutung und die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deut-

schen Einheit auf friedliche Weise in breiteren Volksschichten lebendig zu machen, als es früher der Fall war (Beifall).

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Männern und Frauen danken, die mit uns in der Paulskirche ihre Stimme erhoben haben oder die dann später in den eindrucksvollen Kundgebungen im Lande den Appell der Paulskirchenkundgebung so nachdrücklich unterstrichen haben. (Lebhafter Beifall.) Jede Situation und jede konkrete Frage der Politik erfordert ihre eigenen Mittel und Wege; und Ihr wißt, daß man eine Aktion wie die Paulskirchenbewegung nicht schematisch und beliebig oft wiederholen kann. Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit den Männern, die die Sprecher der Paulskirchenkundgebung gewesen sind. Aber ich möchte hier für unsere Partei ausdrücklich erklären, daß wir uns auch in Zukunft mit allen denen im deutschen Volk verbunden fühlen, die — unbeschadet ihrer religiösen oder weltanschaulichen Einstellung — das gleiche Ziel wie wir erstreben, nämlich durch eine friedliche Entwicklung und nicht durch eine Verhärtung der Spaltung Deutschlands die Wiedervereinigung unseres Volkes herbeizuführen ... (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratische Partei hat entsprechend ihrer politischen Grundauffassung und entsprechend ihrer Ablehnung der Pariser Verträge durch ihre Bundestagsfraktion alle sogenannten Ausführungsgesetze zu den Pariser Verträgen abgelehnt. Das gilt für das Freiwilligengesetz, das ohne triftige politische Gründe vor den Sommerferien des Jahres 1956 durchgepeitscht wurde, und das gilt ebenso für das Soldatengesetz. Die Fraktion war sich in der Überzeugung einig, daß die politische Entwicklung seit der Ratifizierung der Pariser Verträge die Gründe für unsere ablehnende Haltung nur noch verstärkt hat. (Beifall.)

Am schwerwiegendsten ist in diesem Zusammenhang zweifellos das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Bundesregierung und Restkoalition haben die Verabschiedung dieses Gesetzes wiederum vor den diesjährigen Sommerferien erzwungen. Diese Politik war nichts anderes als eine Demonstration zur Unterstützung der Kanzlerpolitik. (Sehr gut!) Das Freiwilligengesetz mußte im vorigen Sommer durchgepeitscht werden, weil es vor Beginn der Konferenz der Großen Vier in Genf verabschiedet sein sollte. Die Verabschiedung war ohne politischen Effekt im Hinblick auf den Konferenzverlauf; aber der Kanzler wollte es so. Dieses Mal wurde die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes erzwungen, weil der Kanzler neben den 650 Millionen DM Stationierungskosten für die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik auch noch die feste Zusage für die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes mit auf seine Reise nach Washington nehmen wollte. (Sehr richtig!) Wiederum: Der Kanzler befahl — und seine Fraktion folgte. (Lachen.)

Praktisch bedeutet diese überhastete Verabschiedung des Gesetzes auch vom Standpunkt der Regierungspolitik eine Halbheit, weil es ohne die gesetzliche Entscheidung über die Dauer der Dienstzeit und ohne die Verabschiedung des Organisationsgesetzes vom Standpunkt des Aufbaus der Streitkräfte ein Torso ist. Politisch ist die erzwungene Verabschiedung einer so weitreichenden Gesetzesvorlage mit den Interessen des deutschen Volkes unvereinbar. (Brausender Beifall.) Ich will hier nicht alle Gründe wiederholen, die die Sprecher unserer Fraktion in so eindrucksvoller Weise in der Auseinandersetzung

über dieses Gesetz im Bundestag vorgebracht haben. Ich will nur den wichtigsten politischen Grund nennen: Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik muß unvermeidlich zu einer Verhärtung der Spaltung Deutschlands führen. (Sehr richtig! — Großer Beifall.) Die Hartnäckigkeit, mit der die Regierung und ihre Koalition das Gesetz durchgesetzt haben, ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß die gegenwärtige Bundesregierung nicht gewillt ist, eine Politik auch nur in Erwägung zu ziehen, durch die die Bundesregierung erkennen läßt, daß sie auch von sich aus einen Beitrag zur Entspannung in der internationalen Politik und auch zur Auflockerung der Voraussetzungen für neue Verhandlungen in der Deutschlandfrage zu leisten gewillt ist.

Das Bestehen auf der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Augenblick ist um so unverständlicher, als angesichts der allgemeinen internationalen Situation niemand ernsthaft behaupten kann, daß für die Sicherheit des Westens und der Bundesrepublik die volle Aufrüstung der Bundesrepublik bis zu 500 000 Mann auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht eine Notwendigkeit ist, die unter diesem Zeitdruck erfüllt werden mußte.

Dazu kommt noch, daß die Anhänger der Wehrpolitik der Bundesregierung krampfhaft die Tatsache ignorieren, daß heute angesichts der Entwicklung der modernen Kriegstechnik in allen Ländern die Reduzierung der sogenannten konventionellen Streitkräfte in Angriff genommen worden ist und daß die Frage, ob nicht unter den heutigen Umständen die allgemeine Wehrpflicht überholt ist, heute in der westlichen Welt öffentlich diskutiert wird. (Sehr richtig!) Das gilt vor allem auch für ein so entscheidendes Land und Mitglied der NATO wie Großbritannien. Dort ist eine offene Diskussion, und es ist durchaus möglich, daß die gegenwärtige britische konservative Regierung im Jahre 1957 die allgemeine Wehrpflicht aufgibt.

Und weiter: Es ist auch eine paradoxe Situation, daß die Regierung auf der vollen Aufrüstung besteht, während in der ganzen Welt die Gespräche über Reduzierung der Truppenstärken andauern. Wir sind der Meinung, daß die Bundesregierung die Aufgabe hätte, schon jetzt, am Beginn der Aufstellung der Streitkräfte, mit den Vertragspartnern die Frage einer Beschränkung des deutschen Beitrags unter dem ausdrücklichen Hinweis zu diskutieren, daß eine solche Beschränkung gerade im Hinblick auf die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ein wesentlicher, wenn nicht entscheidender deutscher Beitrag zur Entspannung und zur Verminderung der Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands sein könnte. (Lebhafter Beifall.)

Die Behauptung der Bundesregierung, wir hätten in der Abrüstungsfrage nichts anzubieten, weil wir noch nicht auferüstet sind, ist eine bewußte Weigerung der Bundesregierung, auch auf diesem Gebiete eine Initiative in der Richtung eines Beitrags zur Entspannung in der Welt zu leisten.

Es gibt in diesem Zusammenhang — ich möchte es hier sagen — noch einen anderen Punkt: Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist, wie alle anderen Völker in der Welt, beunruhigt über die Auswirkungen der Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben auf die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen. Wir hier in der Bundesrepublik sind von diesem Problem genauso betroffen wie jedes andere Volk, auch wenn wir selbst an diesen Versuchen nicht beteiligt sind.

Wir sind der Meinung, es wäre die Pflicht der Bundesregierung, sich zum Sprecher dieser Besorgnisse der Bevölkerung zu machen (Beifall) und entweder allein oder gemeinsam mit anderen Regierungen vorstellig zu werden und auf die unverzügliche Einstellung dieser Versuche hinzuwirken.

Es wäre eine große Sache, wenn die Bundesregierung, statt immer von neuem die Deklamationen über die Politik der Stärke zu wiederholen, sich hier zum Sprecher der Besorgnisse von Millionen und aber Millionen von Menschen in diesem Lande machen würde.

Die Bundesrepublik hat in Verträgen feierlich darauf verzichtet, atomare, biologische und chemische Waffen und Kampfstoffe herzustellen. Die Bundesregierung muß — wenn nicht der Eindruck entstehen soll, es handle sich bei diesem Verzicht lediglich um eine aufgezwungene Bindung — gerade auch aus diesem Grunde aktiv für die Ausschaltung dieser Waffen auftreten.

Alles in allem: Die Bundesregierung handelt so, als sei nichts geschehen, als stehe die Zeit still (Beifall). Wenn die Regierung Adenauer sich weiter dieser Einsicht verschließt, wird sie ihre Starrköpfigkeit mit ihrer eigenen Existenz bezahlen und die Führung der Politik der Bundesregierung anderen Kräften überlassen müssen. (Sehr richtig! — Donnernder Beifall.)

Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bundestagsfraktion gegenüber dem Wehrpflichtgesetz ist eindeutig und klar. Die Fraktion hat das Gesetz einmütig in den frühen Morgenstunden des letzten Sonnabends abgelehnt. (Sehr gut!) Wir sind überzeugt, daß wir uns mit dieser Haltung in Übereinstimmung befinden mit den Notwendigkeiten der deutschen Politik, mit den Auffassungen breiter Schichten unseres Volkes und vor allem mit der jungen Generation unseres Volkes, die in den letzten Jahren in wachsendem Maße unserer Partei ihr Vertrauen entgegengebracht hat. (Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir werden dieses Vertrauen auch in Zukunft nicht enttäuschen. Über die zukünftige Außenpolitik der Bundesrepublik ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, und die Annahme des Wehrpflichtgesetzes bedeutet nicht, daß damit für alle Zeit unabänderliche Tatsachen geschaffen worden sind. (Starker Beifall.) In den kommenden Auseinandersetzungen, vor allem um die Zusammensetzung des dritten Deutschen Bundestages, wird die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß die Bundesrepublik eine Politik nach außen und im Innern treibt, die an die Stelle der starren Eingliederung dieses Teils Deutschlands in die Militärallianzen des Westens eine Politik setzt, die die internationale Entspannung fördert und die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung verbessert.

Die Frage eines militärischen Beitrages der Bundesrepublik muß auch in Zukunft diesem obersten Ziel untergeordnet bleiben. (Sehr richtig!) Das war und ist der Sinn des Beschlusses des Berliner Parteitages, den wir in den vergangenen zwei Jahren beachtet haben und den wir auch in Zukunft beachten werden.

Die Sozialdemokratische Partei gibt auch nach der Verabschiedung des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz nicht auf, und sie wird vor und nach den Bundestagswahlen für eine Revision dieser Militärpolitik kämpfen. (Starker Beifall.) Ich glaube, es



gibt keinen ernsthaften Menschen, sei er Freund oder Gegner, der eine andere Haltung von der Sozialdemokratie erwartet. Die Sozialdemokratische Partei kann und wird nicht eine von Grund auf verfehlte Wehrpolitik übernehmen und fortführen (Beifall). Aber lassen Sie mich mit derselben Eindeutigkeit hinzufügen, die Mittel und Methoden dieses Kampfes wird die Sozialdemokratische Partei allein bestimmen. (Starker Beifall.)

Sie wird sie sich weder von innenpolitischen Gegnern noch durch Einwirkung von außen aufzwingen lassen. Unsere Entscheidungen über die Mittel und die Formen dieser Auseinandersetzung werden bestimmt durch die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie, die die parlamentarisch-demokratische Ordnung der Bundesrepublik bejaht, und die eine Regelung dieser Frage — soweit sie mit den von der Bundesrepublik abgeschlossenen internationalen Verträgen verbunden ist — im Rahmen der mit den Verträgen selbst gegebenen Revisionsmöglichkeiten anstrebt.

Wir werden mit Eindeutigkeit und Festigkeit unseren Kampf gegen die gegenwärtige Außen- und die Militärpolitik der Bundesregierung fortsetzen. Aber wir werden uns gegen jeden Versuch wehren, diese Kampfstellung der Sozialdemokratie zu benutzen für kommunistische Versuche, die demokratische Ordnung im Westen Deutschlands zu zerstören oder die Sozialdemokratische Partei zu einem Instrument kommunistischer Politik machen zu lassen. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ebenso wird sich die Sozialdemokratische Partei nie bereit finden, auf außenpolitischem Gebiet eine Politik der Zerreißung internationaler Verträge, die verfassungsmäßig zustande gekommen sind, zu betreiben. Alle diejenigen in unseren Reihen, die darüber beunruhigt sind, daß wir die uns gesteckten Ziele trotz aller Anstrengungen angesichts der gegebenen Mehrheitsverhältnisse nicht erreichen konnten, müssen sich darüber klar sein, daß es uns nur gelingen wird, unsere Vorstellungen durchzusetzen, wenn wir über diese, unsere grundsätzliche Haltung nach innen und nach außen bei niemandem in Deutschland und im Ausland, der guten Willens ist, einen Zweifel aufkommen lassen (Beifall).

Nun hat es, Genossinnen und Genossen, in unserer Partei im Zusammenhang mit der Beratung der sogenannten Militärgesetze und der Ergänzungen des Grundgesetzes Diskussionen darüber gegeben, ob die Beteiligung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an den Ausschußberatungen über diese Gesetze und die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Grundgesetzergänzungen richtig war. Unsere Gegner haben aus diesen Diskussionen und aus dem Verhalten einiger unserer Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung über die Grundgesetzänderungen den Schluß ziehen wollen, daß die Sozialdemokratische Partei sich in einer ernsten Krise, wenn nicht gar in der Nähe einer Spaltung befindet.

Genossinnen und Genossen! Ich habe mit der Mehrheit der Fraktion das Verhalten einer Anzahl unserer Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung über die Grundgesetzergänzungen bedauert. Aber ich möchte hier mit aller Eindeutigkeit und in aller Öffentlichkeit und sicher im Namen aller Beteiligten von vornherein feststellen, daß unsere Gegner ihre Hoffnungen auf eine kritische Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie in ihrem eigenen Interesse begraben sollten. (Starker Beifall.) Die Sozialdemokratische Partei —

das wird dieser Parteitag beweisen — wird einig und geschlossen in allen entscheidenden Fragen in die großen Auseinandersetzungen gehen, die uns in den nächsten Monaten bevorstehen (Beifall).

Wer die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bei der Behandlung dieser Gesetze mit der Begründung kritisiert, sie bedeute eine Abschwächung der ablehnenden Haltung der Partei, geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Tätigkeit der Fraktion in den Ausschüssen schwächt unsere Ablehnung der Gesetze nicht ab. Wir haben in der Geschichte der parlamentarischen Arbeit der Sozialdemokratie, solange sie besteht, zahllose Fälle, in denen wir die Gesamtvorlage aus politischen oder auch aus im Gesetz selbst gegebenen sachlichen Gründen abgelehnt haben, ohne daß wir darauf verzichteten, bei der Gestaltung der Gesetzentwürfe im einzelnen das menschenmögliche für eine Verbesserung dieser Entwürfe im Sinne unserer Vorstellungen zu tun. Diese Praxis entspricht eigentlich dem kleinen Abc der parlamentarischen Arbeit (Beifall).

Im Falle der sogenannten Wehrgesetze stand die Sozialdemokratische Partei nicht nur vor der Tatsache, daß die Einbringung dieser Gesetze nach unserer Auffassung politisch falsch war, sondern daß auch die Gesetzentwürfe in ihrer Form und ihrem Inhalt absolut unmöglich waren vom Standpunkt einer demokratischen Organisation der Streitkräfte und ihrer Unterordnung unter die zivile Gewalt.

Jeder objektive Beobachter muß zugeben, daß alle die zur Debatte stehenden Gesetze durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie in den Ausschüssen in einer wesentlich verbesserten Form verabschiedet worden sind. Ich denke an das Freiwilligengesetz. Da blieb vom Regierungsentwurf praktisch nur die Überschrift übrig. Es gelang uns außerdem, in diesem Zusammenhang den Personalgutachterausschuß durchzusetzen, und ich brauche in diesem Augenblick nach den zurückliegenden Erfahrungen nicht noch ausdrücklich festzustellen, daß sich dieser Ausschuß als ein wertvolles Instrument für den Aufbau einer demokratisch orientierten Streitmacht erwiesen hat (Beifall).

Ähnlich liegen oder lagen die Dinge in bezug auf das Wehrpflichtgesetz. Es ist ein politisch unvertretbares Gesetz, und es ist auch in der Sache ein uns völlig unbefriedigendes Gesetz. Aber wer hätte den Kampf um die zivilen Rechte der einzelnen Mitglieder der Streitkräfte oder den Kampf um das in der Verfassung festgelegte Recht der Kriegsdienstverweigerung oder den Kampf um die Sonderstellung der jungen Menschen aus der Zone im Parlament aufnehmen sollen, wenn nicht die Sozialdemokratie ihn geführt hätte! (Starker Beifall.) Jeder, der Zeuge dieser dramatischen letzten Woche im Bundestag gewesen ist, sei es am Rundfunk oder am Fernsehapparat, wird sagen müssen, daß hier die sozialdemokratische Fraktion einen großen, harten Kampf mit außerordentlicher Energie und Tatkraft geführt hat (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Das gilt im Grunde auch für die Grundgesetzergänzungen. Hier wird aber in der Diskussion mit der falschen Behauptung gearbeitet, die Sozialdemokratische Partei habe erst durch ihre Zustimmung zu den Grundgesetzergänzungen die Aufstellung der Streitkräfte ermöglicht. Das ist un wahr! (Sehr richtig!) Diese Aufstellung der Streitkräfte ist ermöglicht worden durch die Änderung des Grundgesetzes, die die Zweidrittelmehrheit der Koalition im vergangenen Frühjahr gegen die Stimmen der Sozialdemo-

kratie durchgeführt hat. Ich möchte, daß mindestens unter Sozialdemokraten dieses Argument nicht mehr in die Debatte geworfen wird. (Starker Beifall.) Die Grundgesetzergänzungen sind gegen den Willen des Bundeskanzlers durch die Initiative der SPD herbeigeführt worden. Sie sind daher nicht ein Geschenk an Herrn Adenauer, sondern ein sozialdemokratischer Erfolg gegenüber der Politik des Bundeskanzlers (Beifall).

Wir haben mit diesen Grundgesetzergänzungen verfassungsmäßig zwei wesentliche Elemente der demokratischen Organisation der Streitkräfte festgelegt, nämlich die eindeutige und uneingeschränkte Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Gewalt und die Sicherung der Grundrechte des einzelnen Staatsbürgers in den Streitkräften. Hier spielt vor allem die verfassungsmäßige Verankerung des Wehrbeauftragten des Parlaments eine große Rolle. Wer will als Sozialdemokrat bestreiten, daß gerade auf diesen Gebieten alles geschehen muß, um die Auswüchse und Eigenmächtigkeiten früherer militaristischer Ordnung in Deutschland sich nicht wiederholen zu lassen! (Starker Beifall.)

Wir alle wissen, daß mit Gesetzen und Verfassungsbestimmungen allein diese Gefahren nicht völlig gebannt werden können. Aber Genossinnen und Genossen, unverständlich ist vor allem die Haltung jener Kritiker, die die Gefahr eines neuen Militarismus am ernstesten beurteilen, gegenüber einer Politik der Sozialdemokratischen Partei, die aus ihrer demokratischen Grundeinstellung heraus den Versuch unternimmt, ein Höchstmaß von gesetzlichen Sicherungen gegen die Gefahr eines neuen Militarismus zu schaffen.

Man dient dem Bestreben nach der Verhinderung eines neuen Militarismus nicht, wenn man von der Sozialdemokratie als schärfsten Ausdruck ihrer Besorgnisse die völlige Passivität und den Verzicht auf die parlamentarischen Möglichkeiten als die entscheidende Aufgabe verlangt. Der Geist der neuen Streitkräfte wird nicht zuletzt davon abhängen, daß die Menschen, die in diesen Streitkräften dienen oder in Zukunft dienen müssen, die Überzeugung haben können, daß sie in der Sozialdemokratischen Partei einen zuverlässigen Bundesgenossen haben, der bestrebt ist, in den neuen Streitkräften den Geist der Achtung vor der Würde des einzelnen Menschen zu stärken, und zu verhindern, daß die Armee wieder zu einem Staat im Staate wird (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in diesen Fragen hat die Billigung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gefunden. Wir legen Wert darauf, daß sie auch ausdrücklich durch den Parteitag gebilligt wird.

Die Auseinandersetzung um die Wehrgesetze ist ein Teil der Auseinandersetzungen um die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik überhaupt. Wir standen seit den Septemberwahlen 1953 vor der Aufgabe, den Anspruch der CDU/CSU-Mehrheit auf eine mehr oder weniger ausgesprochene Alleinherrschaft dieser Partei und ihres Bundeskanzlers abzuwehren. Dieses Machtstreben gründete sich nicht allein auf die Tatsache der absoluten Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag, sondern es wurde vor allem verkörpert durch die Einmannregierung des Bundeskanzlers. Wir haben in der Bundesrepublik seit 1953 in der ersten Gefahr gestanden, daß sich die Dinge in der Richtung eines autoritären klerikal und reaktionär bestimmten Systems, wie wir es in

der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen lange Jahre in Österreich erlebt haben, entwickeln würden. Der krasseste Versuch des Herrn Dr. Adenauer, die Machtposition seiner Partei unter allen Umständen zu sichern, war der Vorschlag des sogenannten Grabensystems für das Wahlrecht. Dieses Grabensystem war ein Anschlag auf den Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger und eine Gefährdung unserer demokratischen Grundordnung.

Die Größe der Gefahr für die demokratische Ordnung und für die geistige und kulturelle Freiheit in diesem Teil Deutschlands hat niemand deutlicher und eindrucksvoller dargestellt als der Genosse Dr. Adolf Arndt auf unserem Kölner Kongreß im Januar 1956.

Wir werden trotz des Rückganges des Einflusses der CDU und trotz der sinkenden Autorität des Bundeskanzlers auch in Zukunft mit solchen Gefahren zu rechnen haben.

Man wird — vor allem in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratischen Partei — immer von neuem den Versuch machen, den autoritären Anspruch der CDU mit der Notwendigkeit der Verteidigung des Christentums und des christlichen Glaubens gegen die angeblich kirchen- und religionsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie zu begründen. Genossinnen und Genossen! Wenn in den letzten Jahren in Deutschland, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik und auch auf dem Gebiet der Wehrpolitik, die Grundsätze der christlichen Lehre mißachtet und verletzt wurden, dann ist es in erster Linie und in beschämendem Maße durch die Christlich-Demokratische Union des Herrn Bundeskanzlers geschehen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei hat demgegenüber durch ihr praktisches Verhalten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem auch auf dem Gebiete der Schule und der Erziehung, bewiesen, daß ihre Politik darauf gerichtet ist, eine politische und soziale Ordnung zu schaffen, die den christlichen Menschen in unserem Volke die volle Entfaltung ihres religiösen Lebens ermöglicht und garantiert und die die Rechte der Kirchen als mitentscheidenden Trägern unseres kulturellen und geistigen Lebens in vollem Umfange der ihnen verfassungsmäßig zugebilligten Position respektiert und schützt. (Beifall.)

Es gibt keine wirkliche Demokratie ohne die Freiheit des Geistes und des Glaubens. (Starker Beifall.) Aber es ist ein Mißbrauch der Demokratie, wenn Kirche und Religion in den Dienst der Interessen einer politischen Partei gezwungen werden oder sich zwingen lassen. (Sehr gut! — Beifall.) Gegen diesen Mißbrauch wird sich die Sozialdemokratie, vor allem auch im Interesse der gläubigen Christen beider Konfessionen in unserem Land, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Genossinnen und Genossen! Eine Betrachtung über die gegenwärtige Situation und die sich daraus für die Sozialdemokratie ergebenden Aufgaben kann selbstverständlich das lebenswichtige Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik und der Sozialpolitik nicht auslassen. Wir haben auf unserem Kölner Kongreß die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie durch die Genossen Dr. Heinrich Deist und Professor Ernst Schellenberg darstellen lassen, und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in der jüngsten konjunkturpolitischen Debatte im Bundestag

und in der Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf der Regierung über die Alterssicherung und durch die Einbringung ihres eigenen Gesetzentwurfes über dasselbe Gebiet konkrete Vorschläge für die zukünftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unterbreitet.

Im Gegensatz zu der vor zwei Jahren, als die Regierungspolitik froh und unbeschwert auf dem Wellenkamm des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders und einer ansteigenden Konjunktur dahintrieb, sind jetzt die Schwächen und Gefahren, die Unsicherheiten und die Ideenlosigkeit der Politik der sogenannten sozialen Marktwirtschaft deutlich sichtbar geworden. Die Regierung Adenauer ist nicht in der Lage, mit ihrer bisherigen politischen Konzeption die auf sie zukommenden Aufgaben zu meistern und eine konstruktive vorwärtsweisende Politik zu entwickeln.

Die Resultate liegen auf der Hand: Bis zur Mitte des vergangenen Jahres hatte die Politik der Bundesregierung und ihrer Mehrheit jedem Versuch, die Empfänger von Renteneinkommen angemessen am steigenden Volkseinkommen zu beteiligen, Widerstand entgegengesetzt. Erst dem ständigen harten Kampf der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß die Renteneinkommen am Ende des vergangenen Jahres und in den ersten Monaten dieses Jahres in stärkerem Umfang erhöht wurden.

Die große Sozialreform, die die Bundesregierung seit 1953 angekündigt hat, kann auch in diesem Bundestag nicht mehr verabschiedet werden, weil die Bundesregierung mit ihren Vorarbeiten nicht weit genug gekommen ist.

Auf dem Gebiete der Alterssicherung wäre auch heute noch nichts geschehen, wenn unsere Fraktion nicht einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hätte (Beifall).

Auf der anderen Seite hat die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren zu einer stetigen Steigerung der Einkommen der Unternehmer und der sonstigen Großeinkommen geführt, die weit über die Entwicklung des allgemeinen Volkseinkommens hinausgeht und damit wesentlich zu einer überhöhten Investition und zu den heute herrschenden Spannungen in der Wirtschaft beigetragen.

Als sich im Verlaufe des letzten Jahres Tendenzen zur Preissteigerung zeigten, war die Bundesregierung nicht in der Lage, eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Ziel eines stabilen Preisniveaus und damit auch einer stabilen Währung durchzuführen. Das Ergebnis dieser Unfähigkeit ist geradezu erschütternd: Das gesamte Preisniveau ist in Bewegung, insbesondere die Lebenshaltungskosten sind im Laufe des letzten Jahres in beängstigender Weise gestiegen. Hier haben die Bundesregierung und ihre Mehrheit schwerste Schuld auf sich geladen, als sie durch ihre Einfuhr-, Vorrats- und Preispolitik die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, für Hausbrand und für Mieten bewußt erhöhten. Nach den Erfahrungen der letzten Monate, insbesondere nach dem dürftigen letzten Konjunkturprogramm der Bundesregierung, besteht leider allzu berechtigter Grund zu der Befürchtung, daß sich die Bundesregierung mit einer Politik der ständigen, allmählichen Preissteigerung und damit mit einer Politik der langsamen Aushöhlung der Kaufkraft der Deutschen Mark abgefunden hat. Im Interesse der großen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Rentner und der Sparer fordern wir von der Bundesregierung die Erfüllung ihrer Pflicht, für ein stabiles Preisniveau und damit für eine stabile Währung zu sorgen.

So ist im Laufe des letzten Jahres immer deutlicher geworden, daß mächtige Interessengruppen der Wirtschaft einen Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nehmen, der nicht mehr mit dem Geist einer gesunden Demokratie vereinbar ist (Beifall). Der Bundeskanzler und seine Mehrheit haben kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihre innere Übereinstimmung und damit ihre Abhängigkeit von diesen Interessengruppen öffentlich zu bekennen. Insgesamt muß man feststellen, daß die Bundesregierung in der entscheidenden Lebensfrage unseres Volkes, durch eine durchgreifende soziale Neuordnung allen Menschen die Sicherheit ihrer Existenz und ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, völlig versagt hat. Dieses Versagen ist mehr als der Ausdruck eines mangelnden sozialen Bewußtseins. Es ist ein Versagen gegenüber der nationalpolitischen und der europäischen Aufgabe, die Demokratie gerade hier in Deutschland, im Herzen Europas, durch soziale Ausrüstung krisenfest zu machen und ihre Anziehungskraft gegenüber den unterdrückten Völkern und Menschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Osteuropa zu erhöhen. Eine Politik, die den Kampf gegen den Kommunismus nur führt mit den billigsten antibolschewistischen Argumenten und mit dem Pochen auf militärische Stärke, ist in der Periode der neuen Methoden der internationalen Entwicklung überholt und ungeeignet; sie wirkt indirekt, wenn auch ungewollt, als eine Unterstützung der kommunistischen Infiltration und Propaganda (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Ich will hier nicht durch Einzelbeispiele diese Behauptungen unter Beweis stellen, aber eines sollte in der Fülle der Ereignisse nicht untergehen. Ich habe schon erwähnt, als Herr Adenauer nach Amerika ging, waren von einem Tag auf den anderen 650 Millionen da, um die Stationierungskosten an Amerika zu zahlen. Die Zusage an Amerika wurde gegeben ohne Information der anderen Beteiligten, nämlich der französischen und der englischen Regierung. Das ist auch ein Symptom für die Art, wie hier in der Bundesregierung Politik gemacht wird. Von einem Tag zum anderen 650 Millionen! Und wie lange haben wir im Bundestag kämpfen müssen, um eine bessere Regelung der Versorgung der Kriegsoffer durchzusetzen! (Lebhafter Beifall.) — Ich meine, wir können es in diesem Zusammenhang bei diesen Feststellungen belassen. Es wird vielleicht in der Aussprache noch Möglichkeiten geben, das eine oder andere zu ergänzen. Ich möchte eines noch sagen: Es geht hier nicht nur um die Auseinandersetzungen über mehr oder weniger weitgehende Forderungen der Opposition oder der Koalition, um eine sozialpolitische Auseinandersetzung im engeren Sinne, sondern es geht hier vielmehr um die prinzipielle Einstellung gegenüber den gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten unserer Zeit.

Die Regierung und ihre Mehrheit betrachten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als das Mittel einer Politik der Restauration, der Erhaltung alter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Privilegien jener Schichten, die sich immer noch als die Träger von Staat und Wirtschaft fühlen. Sozialpolitik in diesem Sinne ist für sie nur ein notwendiges Übel. Die wirkliche Aufgabe unserer Zeit ist es aber, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik in den Dienst einer Politik der sozialen Neuordnung zu stellen, die allen Menschen die Furcht vor der Not, vor allem aber vor einem Alter in Not nimmt. (Starker Beifall.)

Das Bedrückende und Empörende ist, daß dieser Egoismus sich in einer Zeit abspielt, in der die objektiven Voraussetzungen in der wirtschaftlichen Situa-

tion der Bundesrepublik gegeben sind, um allen Menschen ein Leben der sozialen Sicherheit und eines zeitgemäßen Lebensstandards zu ermöglichen. Es hängt nur von den Menschen selbst ab! (Beifall.)

Heute stehen wir — das ist meine feste Überzeugung — um den Preis der Existenz der Demokratie in Deutschland willen vor der Notwendigkeit, unter einer neuen politischen Führung des Volkes in der Bundesrepublik eine neue Innenpolitik aus dem Geist freiheitlicher Demokratie und sozialer Gerechtigkeit durchzuführen. Hier liegt die große Chance der Sozialdemokratie, aber auch unsere große Aufgabe.

Wir kämpfen für eine wirtschaftliche Ordnung, in der überall dort, wo freies Wirken und private Initiative auch heute noch wirksam sind und ihre Aufgabe im Interesse der Gesamtwirtschaft erfüllen, diese Freiheit geschützt, gefördert und nach Möglichkeit erweitert wird; überall dort, wo Kartelle, Monopole oder andere marktbeherrschende Unternehmungen oder Unternehmergruppen eine freie Entfaltung der Wirtschaft nicht mehr zulassen, eine straffe und wirksame öffentliche Kontrolle durchgeführt wird; und überall dort eine gemeinwirtschaftliche Ordnung zum Nutzen des gesamten Volkes herbeigeführt wird, wo Riesenunternehmungen, insbesondere in der Grundstoffwirtschaft, eine solche entscheidende Bedeutung nicht nur für den Wirtschaftsablauf, sondern darüber hinaus für die gesamte politische Entwicklung haben, daß ihre Führung nicht mehr nach rein privaten Interessensgesichtspunkten erfolgen kann.

Erst eine solche Ordnung sichert die freie Entfaltung all derer, die sonst der Macht und dem Einfluß der Großen und Mächtigen in der Wirtschaft ausgeliefert wären. Diese Politik gilt es durchzusetzen im Zusammenwirken mit allen gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes, mit allen Bevölkerungsgruppen, deren Eigeninteresse ebenfalls zu einer solchen Neuordnung drängt. In diesem Zusammenhang, meine lieben Genossinnen und Genossen, möchte ich noch einmal unsere Verbundenheit mit den Gewerkschaften, unsere Verbundenheit mit den sozial Schwachen in unserem Volke, aber auch unsere Verbundenheit mit jenen zum Ausdruck bringen, die als selbständig Schaffende in der Wirtschaft oder im geistigen Leben unserer Nation ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen haben (Beifall). Sie sollen wissen, daß die Sozialdemokratie aus ihrem eigenen Interesse und aus ihrer eigenen Grundvorstellung über die neue Gesellschaft an ihrer Seite steht (Beifall). Das gilt, lassen Sie mich das sagen, über die traditionelle Freundschaft, die uns mit den Gewerkschaften verbindet, hinaus heute vor allem auch für die Männer der Forschung und der Wissenschaft, für die Männer, die in der modernen Entwicklung der Technik eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Es ist unser Anliegen, und wir werden dafür kämpfen, daß diesen Männern und Institutionen in der Bundesrepublik die materiellen Voraussetzungen zu einer freien Entfaltung der Forschung und der Lehre gegeben werden. Der Zustand, daß die Bundesrepublik auf diesem Gebiet als ein unterentwickeltes Gebiet angesehen werden muß, muß überwunden werden. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Lassen Sie mich auch noch ein Wort an eine Gruppe, an einen großen Teil der Menschen in unserem Volke sagen — eigentlich nur zur Bestätigung dessen, was die Sozialdemokratie immer gesagt hat. Ich meine die Menschen, die als

Heimatvertriebene in der Bundesrepublik leben. Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahren durch ihr praktisches Verhalten bewiesen, daß sie es ernst meint mit der Forderung, diesen Menschen, die alles verloren haben, in der Bundesrepublik die Grundlagen einer neuen Existenz und einer neuen Heimat zu geben. Das Ziel ist nicht voll erreicht, aber es wird weiter mit aller Energie von uns vertreten und durchgekämpft. Lassen Sie mich dazu ein weiteres Wort sagen.

Wir wissen, wie sehr gerade bei diesem Teil unseres Volkes die Sorge um die Heimat eine entscheidende Rolle spielt. Die Menschen sollen wissen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an dem festhält, was Dr. Kurt Schumacher zuerst verkündet hat: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Oder-Neiße-Linie nicht als die endgültige Grenze Deutschlands im Osten an. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen, daß über diese Grenzfrage nur eine gesamtdeutsche Regierung, frei gewählt, allein mit den anderen Partnern eines Friedensvertrags verhandelt. Unser Ziel ist die Wiederherstellung eines freien, friedlichen, demokratischen Deutschlands in den Grenzen von 1937. (Beifall.) Wir werden auch in Zukunft das Recht auf die Heimat für alle, die ihre Heimat durch Gewalt verloren haben, verteidigen, und es bleibt unser Ziel und unsere Aufgabe, auf friedliche Weise dieses Recht auf Heimat für alle zu sichern. Daß wir in einem gespaltenen Deutschland, in einem Deutschland mit all den verheerenden Folgen der katastrophalen Politik des Nationalsozialismus unendlich mehr belastet sind und daß gerade deshalb das Wort von Kurt Schumacher wahr bleibt, das er auf den Trümmern dieses Landes 1946 gesprochen hat: „Hier geht es nicht um den Wiederaufbau, hier geht es um Neubau.“ (Stürmischer Beifall.)

Und sehen Sie, so ernst, wenn Sie wollen, so kompliziert, so verworren die Dinge sind, die Vorgänge in der deutschen Innenpolitik im letzten Jahr zeigen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen deutschen Politik wächst. Die Kräfte, die eine Ablösung des Regimes Adenauer für notwendig halten und fordern, sind gewachsen. Denken wir nur an die Umgruppierungen in den Parteien. Ich habe schon davon gesprochen, daß die Koalition der Regierung heute im wesentlichen nur noch getragen wird von der CDU/CSU. Die DP hat keine wesentliche Bedeutung, und sechs Minister ohne Partei in einer Regierung sind selbst für einen Bundeskanzler Dr. Adenauer zuviel. (Heiterkeit.) Aber das ist Aufgabe und Angelegenheit der Regierung!

Es kommt darauf an, daß wir einen Ansatz finden, in neuen Kombinationen eine neue Führung der Politik in Gang zu bringen. Aus diesem Grunde begrüßen wir es, daß zum Beispiel durch die Umbildung der Regierung in Nordrhein-Westfalen der rücksichtslosen Gleichschaltungspolitik des Bundeskanzlers gegenüber den Länderregierungen ein fester Riegel vorgeschoben wurde. (Starker Beifall.) Wir begrüßen auch die damit verbundene Auflockerung des innenpolitischen Lebens, die ja zuerst durch die Bildung der jetzigen Bayerischen Regierung im Dezember 1954 eingeleitet wurde.

Genossinnen und Genossen! Es ist nicht die Absicht und das Ziel der Sozialdemokratie, jetzt mit umgekehrten Vorzeichen die Adenauer-Politik der Blockbildung gegen eine andere große Partei etwa zu wiederholen, aber es war höchste Zeit, daß die CDU/CSU mit ihren Alleinherrschaftsansprüchen in die Schranken zurückgewiesen wurde und daß ihr deutlich gemacht wurde, daß es in der Bundesrepublik auf allen Ebenen auch demokratische Regie-



rungsmöglichkeiten ohne die CDU/CSU geben kann und gibt. (Stürmischer Beifall.) Wir beteiligen uns nicht an den Spekulationen über die Regierungsmöglichkeiten im Bund nach den nächsten Bundestagswahlen. Unser Ziel ist, aus diesen Bundestagswahlen hervorzugehen als die führende Kraft der neuen deutschen Innen- und Außenpolitik. Wir wollen durch unser Wirken den Einflußbereich der Sozialdemokratischen Partei so erweitern, daß ohne die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik nicht mehr regiert werden kann. (Stürmischer Beifall.) Die Blockpsychose, die während einer ganzen Zeit die Innenpolitik beherrscht hat, muß überwunden werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird aber in dem Kampf um die Gestaltung der zukünftigen inneren Ordnung in der Bundesrepublik alle demokratischen Kräfte und Gruppierungen fördern und mit ihnen von Fall zu Fall zusammenwirken, die mit uns das Ziel verfolgen, in der Bundesrepublik eine Regierung zu schaffen, die, frei von autoritären Neigungen, entschlossen ist, eine freiheitliche, soziale und friedliche Politik zu treiben (Beifall).

Wir sehen in einem solchen Zusammenwirken der Kräfte, die eine neue Orientierung der Politik der Bundesrepublik für notwendig halten, die natürliche Konsequenz einer Situation, die aus außen- und innenpolitischen Gründen eine Wende in der deutschen Politik zur zwingenden Notwendigkeit macht.

Wir streben an die konstruktive Zusammenarbeit der Kräfte, die das im Interesse Deutschlands und des friedlichen Zusammenlebens der Nationen Notwendige möglich machen wollen:

Eine Politik der internationalen Verständigung statt der Politik der starken Worte, eine Politik zur Sicherung der demokratischen Rechte statt der Entwicklung zum autoritären Obrigkeitsstaat,

eine Politik zur Gewährleistung sozialer Sicherheit für alle statt des herrschenden Gruppenegoismus der Bevorrechteten.

Wir sind überzeugt, daß unsere innen- und außenpolitischen Vorstellungen nicht nur den jetzt gegebenen Notwendigkeiten in unserer Außen- und Innenpolitik gerecht werden, sondern — Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich das zum Schluß sagen — daß sie auch in einem weiteren Sinn den Entwicklungstendenzen entsprechen, die sich heute in der Welt abzeichnen und mit denen der Parteitag morgen bei der Behandlung der wichtigen Frage der friedlichen Verwendung der Atomenergie und der Automatisierung und vor allem der gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser unabsehbaren neuen Entwicklung sich zu beschäftigen haben wird. Ich will diesem Thema nicht vorgreifen, aber wenn wir heute hier von einer Wende der deutschen Politik sprechen, dann sollen wir sie nicht nur sehen als eine Wende in der augenblicklich gegebenen Gegenwartssituation. Die Elemente, die die Veränderung in der internationalen Lage herbeigeführt haben, sind zugleich Elemente der großen zeitgeschichtlichen, gesellschaftspolitischen Wende, die sich in der Umwälzung in Wissenschaft und Technik ankündigt.

Wir als Sozialdemokraten, als eine Partei, die gewillt und berufen ist, die Zukunft der menschlichen Ordnung gerechter und vernünftiger zu gestalten, wir haben die Pflicht, schon jetzt die Aufgaben des Tages einzuordnen in den größeren Zusammenhang der neuen Epoche der zweiten industriellen Revolution.

Genossinnen und Genossen! Es ist eine gigantische Aufgabe, vor die wir durch die Entwicklung neu gestellt werden; denn es hängt von den Menschen ab, ob sie ihre Vernunft und ihre Einsicht so gebrauchen, daß die neuen Möglichkeiten der Menschheit zum Heil und zum Segen und nicht zu ihrem Verderben gereichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Lösung dieser Aufgabe erfordert nicht nur Begeisterung und den Glauben an unsere Ideale; sie erfordert auch ein ungeheueres Maß von geistiger Arbeit. Niemand kann uns diese Arbeit abnehmen, aber ich bin sicher, daß wir sie bewältigen werden, wenn wir die Aufgaben der nächsten Zukunft, nämlich die Durchsetzung einer neuen Politik in der Bundesrepublik auf innen- und außenpolitischem Gebiet in Angriff nehmen mit dem festen Blick auf das große zeitgeschichtliche Geschehen.

Wir stehen an einer Wende. Der Aufbau der vom freiheitlichen und demokratischen Sozialismus erstrebten gerechten und menschenwürdigen Gesellschaftsordnung ist heute zugleich eine dringende Gegenwartsaufgabe und eine unabwendbare geschichtliche Notwendigkeit.

(Langanhaltender stürmischer Beifall, die Tagungsteilnehmer erheben sich.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Genossinnen und Genossen! Euer Beifall entpflichtet mich, die Rede von Erich Ollenhauer noch im einzelnen zu unterstreichen. Ich möchte aber trotzdem mit einem Satz unser aller Freude zum Ausdruck bringen, daß Erich Ollenhauer nicht nur ein sachlich fundiertes Referat, sondern eine politische Rede gehalten hat, die im Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen von uns beispielhaft und vorbildlich sein kann für manche anderen Staatsmänner, die dieses Verantwortungsbewußtsein in der Politik in größerem Ausmaße zum Zuge bringen sollten. In diesem Sinne, Erich Ollenhauer, den herzlichen Dank des ganzen Parteitags! (Starker Beifall.)

Bevor wir in die Debatte eintreten, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß als Vertreter der unter uns weilenden Gesinnungsfreunde in der Sowjetzone, die in der letzten Zeit aus den Zuchthäusern entlassen wurden, ein Genosse einige Grußworte an uns richtet. Es ist angeregt worden, daß der Genosse Paul Szillat, der zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt war, ein alter Sozialdemokrat schon aus der Zeit vor 1933, der im Metallarbeiterverband und als Oberbürgermeister in Rathenow tätig war, im Namen der anwesenden ehemaligen politischen Gefangenen zu uns spricht. Ich bitte Paul Szillat, das Wort zu nehmen.

**Paul Szillat** (mit Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Für die vielen Genossen der Sozialdemokratischen Partei, die in den vergangenen elf Jahren in der Sowjetzone von den dortigen Machthabern inhaftiert und deportiert worden sind, überbringe ich dem Münchner Parteitag unsere Grüße und Wünsche für ein erfolgreiches Gelingen.

Obwohl in den letzten zwei Jahren eine ganze Reihe sozialdemokratischer Genossen teils aus den Gefängnissen und Lagern der UdSSR, teils aus den Zuchthäusern der Sowjetzone freigelassen worden ist, halten die Pankower Machthaber auch heute noch viele Genossen zurück. Das einzige Vergehen, das man uns und den noch in Haft Befindlichen vorwerfen kann, ist unser Bekenntnis zur Sozialdemokratie, zu unseren gemeinsamen Zielen des demo-

kratischen Sozialismus. Weder Verlockungen noch Drohungen, Mißhandlungen bei Verhören noch jahrelange Haft haben uns mitteldeutsche Sozialdemokraten in unserer Überzeugung wankend gemacht. (Lebhafter Beifall.) Wir waren und blieben Sozialdemokraten (Beifall.)

In der Nacht der Kerker, in der Hölle der Verhöre war der Glaube an die Partei und ihre Solidarität unser stärkster Halt. Wir wußten, daß wir nicht vergessen waren und daß Ihr alles tun würdet, um uns politischen Häftlingen zu helfen und unser gemeinsames Ziel zu erreichen: die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Das aber, was uns jetzt die Freude an der Heimkehr zu unseren Angehörigen, an dem Wiedergewinn der Freiheit vergällt und was uns nicht zur Ruhe kommen läßt, ist das Wissen, daß immer noch hinter Kerkermauern, in der Trostlosigkeit ihrer Zellenhaft, in schmachvoller Isolierung, ihrer Freiheit beraubt, Menschen und Gesinnungsgenossen in den sowjetzonalen Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, für die wir unsere Stimme erheben, für die wir im Namen der Menschlichkeit fordern, daß auch für sie endlich die Zuchthaus- und Gefängnistore geöffnet werden. (Lebhafter Beifall.) Diese Menschen, diese Freunde und Genossen aus einer Schicksalsgemeinschaft verflossener Jahre, diese Freunde in dieser Stunde unser Bekenntnis hören, daß wir uns ihnen mit allen Fasern unseres Herzens verbunden fühlen und daß es der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in München ist, der sich zum Sachwalter aller politischen Gefangenen der Sowjetzone erhebt. (Lebhafter Beifall.)

Vielen unserer Genossen und Freunde war es nicht vergönnt, den Tag der Heimkehr zu erleben. Sie starben hinter Kerkermauern und Stacheldraht. Sie bezahlten ihre Treue zur Partei, ihre Treue zu unseren sozialistischen Idealen mit ihrem Leben. Ihr Vermächtnis lebt in uns als eine unausweichliche Verpflichtung, das Werk, das ihnen aus den Händen glitt, weiterzutragen und zu Ende zu führen. Das ist um so mehr unsere Verantwortung und Pflicht, da wir wissen, daß unsere Freiheit das Ergebnis eures Kampfes ist. Hätte die Partei nicht immer wieder an das Gewissen der Welt appelliert, hätte sie nicht immer wieder auf die Lage der politischen Häftlinge hingewiesen und so einen Druck auf die kommunistischen Machthaber ausgeübt, hätte in Moskau und Pankow kein Mensch gedacht, die Gefängnistore wenigstens für einen Teil von uns zu öffnen. Unsere Freiheit ist ein Beweis für den erfolgreichen Kampf und den Einfluß unserer Partei. Wenn wir, Genossen, in diesem Sinne weiterarbeiten und weiterkämpfen, wird der Zeitpunkt nicht fern sein, in dem auch der letzte politische Häftling frei ist, in dem auch für die Brüder und Schwestern in der Zone die Stunde der Freiheit schlagen wird.

In diesem Sinne nochmals unseren Dank. (Starker Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Zur Ergänzung dazu erteile ich dem Genossen Franz Neumann das Wort.

**Franz Neumann:** Verehrte Genossinnen und Genossen! Voller Erschütterung haben wir durch den Genossen Szillat den Gruß der politischen Gefangenen gehört. Wir freuen uns, daß viele von ihnen nach den langen Jahren des Leidens endlich ihre Freiheit wiedererhalten haben.

Aber ich möchte in diesem Augenblick zwei gemeine Behauptungen und Unterstellungen hier vor dem Plenum des Parteitages zurückweisen, die von den Kommunisten gegen Sozialdemokraten erhoben wurden. Am 21. Juni hat das Pressebüro des Ministerpräsidenten der sogenannten DDR veröffentlicht, daß die 691 Sozialdemokraten — ich sage zu der Zahl: die *angeblichen* 691 Sozialdemokraten —, die entlassen worden sind, wegen krimineller Verbrechen zu Recht verurteilt worden seien (Pfui!). Diese kriminellen Verbrechen sollen darin bestehen, daß sie mit dem mit imperialistischen Spionagezentralen verbundenen Ostbüro der SPD zusammengearbeitet haben sollen.

Paul Szillat, den Grotewohl aus der früheren politischen Tätigkeit ja persönlich kennt, ist wie alle anderen Gefangenen Opfer seiner politischen Überzeugung geworden und hat die langen Jahre im Zuchthaus Brandenburg zubringen müssen.

Gerhard Sperling, der junge Ostberliner Falke, der mit 18 Jahren in den Kerker kam, hat ein Dokument, das die kommunistischen Behauptungen selbst widerlegt. Am 21. März 1956 erhielt seine Mutter folgendes Schreiben — es ist in der Parteitagausgabe des „Vorwärts“ abgedruckt —:

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik - Hauptabteilung II -  
Berlin W 8  
Clara-Zetkin-Str. 93  
16. 3. 1956

Betr.: Ihr Gesuch für Ihren Sohn Gerhard Sperling  
vom 23. 8. 1955

Wie Ihnen aus den Veröffentlichungen der demokratischen Presse bekannt ist, wurde bei Verurteilten wegen Kriegsverbrechens eine Befreiung von der weiteren Strafverbüßung ausgesprochen. Der verurteilte Gerhard Sperling ist aber wegen Untertätigkeit verurteilt worden. Die Schwere dieses Verbrechen gibt keinen Anlaß, die Angelegenheit dem Präsidenten zur Einleitung eines Gnadenverfahrens vorzulegen.

(Hört, hört!)

Liebe Genossinnen und Genossen! Unter „Untertätigkeit“ verstand man das Verteilen des von den Alliierten genehmigten Wahlmaterials zu den Berliner Wahlen vom 5. Dezember 1948, das hieß: „Arbeiten wollen wir und freie Menschen sein“. Dieses Bekenntnis war ein größeres Verbrechen, das keinen Anlaß gab, das Gnadengesuch Herrn Pieck vorzulegen, ein Gnadengesuch zu dem Zeitpunkt vorzulegen, zu dem die Kriegsverbrecher längst aus Sibirien gekommen waren (Pfui!).

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wissen es: Noch sind Tausende von Männern und Frauen hinter Kerkermauern. Herr Grotewohl, der am 21. April 1956 sagte, daß ihm nicht ein einziger Name eines politischen Gefangenen bekannt sei, hat dann in seiner Presseerklärung am 21. Mai verlauten lassen, daß 19 064 Menschen aus den Kerkern der Sowjetzone entlassen worden sind und daß es angeblich 691 Menschen sind, die Sozialdemokraten waren oder Sozialdemokraten sind.

Ich darf dazu sagen, daß alle, die sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigen, wissen, daß die Zahl 19 000 genauso falsch ist wie die Zahl 691. (Sehr gut!)

Warum gibt man nicht die Namen bekannt, warum sagt man nicht, wen man entlassen hat? Am 29. April habe ich vor der deutschen und internationalen Presse im Auftrag des Parteivorstands symbolisch für jedes der fünf Länder der sowjetisch besetzten Zone 10 Namen genannt. Wir wissen, daß wir die Liste der 50 Namen insofern korrigieren mußten; da einer der Genossen in einem sibirischen Lager, zwei in den Zuchthäusern der DDR verstorben sind. Von den 47 Sozialdemokraten, die wir am 27. April namentlich bekanntgegeben haben, sind bis heute — im „Vorwärts“ stehen noch 18 — 20 entlassen worden. Das nur als Beweis, daß nur ein Bruchteil der politisch Verurteilten die Freiheit bekommen hat.

Und nun ein Wort noch zu dem zweiten Angriff, ein Wort zum Ostbüro der Sozialdemokratischen Partei! Das Ostbüro ist ein Kind des Terrors in Mitteldeutschland. Die sowjetischen Machthaber haben es durch ihre Barbarei selbst gezeugt. In dem Augenblick, in dem die Kommunisten sich zu ihrem politischen Gründungsaufwurf vom 11. Juni 1945, ein freiheitliches demokratisches Deutschland mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk zu schaffen, bekennen, und ihn praktizieren, hat das Ostbüro seine Aufgabe erfüllt. Die Sozialdemokraten haben unter Bismarck illegal gearbeitet und auch unter Hitler. Sie wären ihrer Tradition untreu geworden, wenn sie angesichts des stalinistischen Terrors kapituliert hätten. Das Ostbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist das Verbindungsbüro zu den illegal lebenden Sozialdemokraten in der Zone und gibt den Unterdrückten Rat und Hilfe. Es sammelt Nachrichten über das Unrecht und den Terror derer, die vorgeben, im Namen der Arbeiter und Bauern der sowjetisch besetzten Zone zu sprechen. Wenn die Grundrechte eines demokratischen Staates auch in der Ostzone Gültigkeit erlangen, wenn die westdeutschen Sozialdemokraten mit ihren Gesinnungsfreunden in Mitteldeutschland frei verkehren können, wenn die sozialdemokratischen Parteibüros in Magdeburg, Rostock oder Görlitz wieder arbeiten, erst dann ist die Arbeit des Ostbüros der Sozialdemokratie überflüssig geworden (Beifall). Bis zu diesem Tage aber brauchen wir es, und es ist mir ein Bedürfnis, den Männern und Frauen zu danken, die seit einem Jahrzehnt ihre schwere Arbeit geleistet haben (Beifall).

Und nun das Letzte! Wir werden nicht müde werden in unserem Kampf für die Freilassung des letzten Mannes und der letzten Frau, die um ihrer Überzeugung willen heute noch hinter Stacheldraht und Zuchthausmauern schmachten müssen. Bis zum Tage ihrer Befreiung ertöne laut der Ruf aller rechtlich Denkenden, freiheitlich Gesinnten und die Freiheit Liebenden: Heraus mit den politischen Gefangenen! (Lebhafte Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Genossinnen und Genossen! Euer Beifall hat unterstrichen, daß die von Franz Neumann gegebene Parole: Heraus mit den politischen Gefangenen! die einstimmige Meinung unseres Parteitags ist (Beifall).

Wir fahren nun in unseren Beratungen fort. Die Geschäftsordnung ist von Ihnen genehmigt worden. Die Sprechzeit steht fest, ebenso, daß schriftliche Wortmeldungen erfolgen müssen.

Mit dem Referat Ollenhauers steht zur Diskussion der Antrag 95, der gestellt worden ist vom Parteivorstand und Parteiausschuß. Diese Vorlage bezieht

sich gleichzeitig auf die Anträge 1 bis 11, 13 bis 18, 20 bis 21, 23 bis 24 und 30. — Des weiteren der Antrag 96, Entschließung zur Lage in der Sowjetzone sowie Antrag 97, Entschließung zur Wehrfrage. Die letztere Entschließung bezieht sich gleichzeitig auf die Anträge 12 bis 33 und 35. — Dann: Antrag 98, Entschließung zur allgemeinen Politik. Dieser bezieht sich gleichzeitig auf die Anträge 34, 35, 37 und 82. — Dann: Antrag 99, Entschließung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. — Diese Vorlagen stehen mit dem Referat Ollenhauers zur Diskussion. Am Schluß der Diskussion wird dann entschieden werden, welche Meinung der Parteitag zum Ausdruck bringen will.

Die Mandatsprüfungskommission möge sich jetzt gleich unten im Tagungsbüro einfinden, damit sie vereinbaren kann, wie sie ihre Tätigkeit einrichten will.

Ich habe bis jetzt nur eine Wortmeldung, nehme aber nicht an, daß dies die einzige bleiben wird. Ich bitte nur, mir die Wortmeldungen heraufzugeben, damit wir nicht ins Stottern geraten.

Das Wort hat der Genosse Schellenberg (Berlin).

**Ernst Schellenberg** (Berlin): Liebe Genossinnen und Genossen! Die Wende der deutschen Politik, von der Erich Ollenhauer gesprochen hat, muß sich auch im sozialen Bereich vollziehen. Die Jahre der Regierung Adenauer haben mit geradezu erschütternder Deutlichkeit gezeigt, daß man nicht zugleich die Interessen der Besitzenden und Bevorrechtigten und die der sozial Schwachen wahrnehmen kann, daß man nicht gleichzeitig eine Politik der militärischen Stärke und Aufrüstung und eine der umfassenden sozialen Sicherung betreiben kann. Insofern hat im sozialen Bereich nicht nur der Ressortminister versagt, sondern ein politisches System (sehr richtig!). Die SPD war — wie Walter Menzel sicher noch darlegen wird — schon in den letzten Jahren der Motor des sozialpolitischen Handelns. (Unruhe im Saal — Glocke des Vorsitzenden.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Ich bitte, Unterhaltungen draußen zu führen, da der große Saal vom Redner nicht beherrscht werden kann, wenn dauernd Unterhaltungen stattfinden. — Ich bitte, unten die Türen zu schließen. Diejenigen, die hinausgehen wollen, mögen sich bitte beeilen.

**Schellenberg** (fortfahrend): Die SPD war der Motor des sozialpolitischen Handelns, und nur durch ihre Initiative und Aktivität sind die bisherigen Leistungsverbesserungen überhaupt erreicht worden. Aber, Genossinnen und Genossen, die Wende der deutschen Politik stellt uns auch im sozialen Bereich vor weit größere Aufgaben. Die Wende der deutschen Politik muß endlich die Ideenlosigkeit und Konzeptionslosigkeit im Sozialpolitischen beseitigen. In dem Gesetzentwurf über die Alterssicherung haben wir nur einen allerersten Schritt zur sozialen Neugestaltung unternommen. Eine umfassende Reform muß folgen. Wir müssen uns in diesen Tagen neben der Außen- und Wehrpolitik auch über die Prinzipien unserer Sozialpolitik klar werden. Das Ziel ist, die soziale Struktur dieser Gesellschaft zu ändern und eine soziale Neuordnung herbeizuführen.

Richtschnur unserer praktischen Politik zur Erreichung dieses Zieles werden die realen Lebensbedürfnisse der Menschen sein müssen, die konkrete Lage

der Jugendlichen, der berufstätigen Frauen und der Alten. Nur durch eine Anknüpfung an diese konkrete Situation der Menschen können wir sie für unsere Politik gewinnen. In dieser Hinsicht möchte ich auf das verweisen, was gestern über die Situation des Wahlkampfes gesagt wurde. Wir müssen diese unsere Forderungen und unsere Politik stärker als bisher an die Menschen heranbringen und propagieren. (Sehr richtig! — Beifall.) Nur so schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß wir zu einer Verwirklichung dieser Politik durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kommen. (Vereinzelter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Im sozialpolitischen Bereich gibt es viele Streitereien über organisatorische und institutionelle Dinge. Wir haben bei unserem ersten Schritt aus wohlwogenen Gründen den Besonderheiten der Angestelltenversicherung und den Besonderheiten der Bergarbeiter hinsichtlich der sozialen Sicherung Rechnung getragen.

Unsere Konzeption, daß gleiche soziale Pflichten auch gleiche soziale Rechte bedingen, ist der beste Schutz dagegen, daß eine solche Berücksichtigung von Besonderheiten zur sozialen Differenzierung und Deklassierung führt, die die Politik der hinter uns liegenden Ara auszeichnet. Wir müssen diese sozialen Leistungsfragen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Das gilt beispielsweise für unsere Forderung, daß die volle soziale Sicherung nicht mehr wie bisher ein Privileg einer kleinen Gruppe — beispielsweise der Beamtenschaft — ist, sondern daß sie zu einem unbedingten Recht für alle Arbeiter und Angestellten werden muß (Beifall), und daß alle Alten und Arbeitsunfähigen an der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung automatisch teilzunehmen haben.

Die CDU-Regierung wird — das wissen wir schon heute — diese Forderungen nur unter dem Druck des bevorstehenden Wahlkampfes und nur höchst unvollkommen verwirklichen. Diese Forderungen werden und dürfen aber aus der sozialpolitischen Diskussion nicht mehr verschwinden (sehr richtig!), bis sie durch eine sozialdemokratische Regierung verwirklicht werden. (Beifall!) Wir müssen unsere Sozialpolitik systematisch weiterführen und wir dürfen nicht ruhen, bis auch eine soziale Sicherung — das hat auch Ollenhauer angedeutet — für die Selbständigen verwirklicht ist. Aber auch hier, Genossen, müssen wir uns davor hüten, in eine schematische Gleichmacherei zu verfallen. Wir lehnen eine berufsständische Überheblichkeit und berufsständische Sonderinteressen ab. Aber wir müssen der besonderen Lage beispielsweise der Bauern, der Handwerker, der Geschäftsleute und der geistig Schaffenden Rechnung tragen. Wir können nur eine sinnvolle Sozialpolitik treiben, wenn wir der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation dieser Menschen Rechnung tragen. Nur dadurch, daß wir den sozialen Schutz in einer Form gewähren, die der sozialen Lage dieser Selbständigen entspricht, können wir sie für unsere Auffassungen gewinnen. Schon heute ist die sozialistische Forderung einer sozialen Sicherung auch für die freien Berufe in einem Maß in das Bewußtsein dieser Menschen gedrungen, das noch vor wenigen Monaten als utopisch abgetan werden konnte. (Sehr richtig!) Durch eine Sozialpolitik, die die Realitäten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens berücksichtigt, schaffen wir systematisch eine Sozialreform, die unsere Konzeption verwirklicht (Glocke), nämlich alle Menschen so sozial zu sichern, wie es dem Stand der Wirtschaft und unserer Kultur entspricht.

Genossen! Aber es ist nicht nur die wirtschaftliche, sondern es ist auch die gesundheitliche Sicherung voranzutreiben, in der Weise gesundheitliche Sicherung, daß jedem Menschen unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage die bestmögliche gesundheitliche Versorgung nach dem Stande der ärztlichen Wissenschaft gesichert ist. (Lebhafter Beifall.) Das ist die Gewährleistung des gleichen Lebensrechtes jedes Menschen, für das die Sozialdemokraten immer gekämpft haben.

Genossen! Damit komme ich zum Schluß. Unsere Sozialpolitik muß und wird zum Vorbild für ganz Deutschland werden! Wir werden in unserer Sozialpolitik die Einzelpersonlichkeit zu berücksichtigen haben, die man drüben mißachtet. Wir werden aber auch den sozialen Erfordernissen zu entsprechen haben, die man hier weitgehend mißachtet. (Großer Beifall.) Die sozialdemokratische Sozialpolitik muß vor allem den Gedanken der Freiheit der Persönlichkeit mit dem der sozialen Sicherheit verbinden. Dann führen wir eine Wende der deutschen Politik zu einer wahrhaft sozialen Politik herbei und schaffen eine soziale Neuordnung Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Für alle Redner: Ich werde mir erlauben, eine Minute vor Ablauf der Redezeit die Glocke leise ertönen zu lassen. Ich bitte, es mir zu ersparen, sie eventuell nachher lauter tönen zu lassen.

Das Wort hat jetzt der Genosse Rück (Südwest). Ihm folgt Genosse Walter Möller, Frankfurt.

Ich bitte die nächstfolgenden Redner, sich schon gleich nach vorn zu bemühen, damit wir nicht zuviel Zeit verlieren.

**Fritz Rück** (Stuttgart): Genossinnen und Genossen! Als ich die Tagesordnung des Parteitags nachlas, habe ich es einerseits als sehr positiv empfunden, daß die Fragen der Automation und der neuen Methoden behandelt werden sollen. Aber ich glaube, es wäre doch besser gewesen, man hätte diese mehr technisch-ökonomischen Probleme in einer Arbeitstagung behandelt; denn in einer Diskussion in diesem weiten Raum läßt sich dazu nicht allzuviel sagen. Was dagegen von Bedeutung wäre, das wäre, daß wir uns einmal in breiterem Rahmen und ausführlicher über die russische Frage und das Problem des Kommunismus unterhalten könnten.

Ich glaube, daß die sogenannte Zeitenwende in der Beurteilung Stalins auch darin besteht, daß man bei uns dazu übergehen müßte, den Vorschlag, den Hermann Müller in den 20er Jahren machte, vielleicht etwas zu berücksichtigen, nämlich die falschen Manuskripte zu verbrennen. Man hat zwar damals teilweise die falschen Manuskripte verbrannt. Man hat das vielleicht auch jetzt getan. Aber immerhin wäre es ganz wertvoll, sich heute einmal mit einer Seite dieser Angelegenheit zu beschäftigen, die für uns von außerordentlicher Bedeutung ist: Die Entwicklung der russischen Revolution und vor allem der Stalinismus hat zu etwas geführt, was nicht nur die kommunistischen Parteien korrumpiert hat, die zu reinen Apparaturen einer ausländischen Machtpolitik gemacht worden sind, sondern die gesamte sozialistische Bewegung und das gesamte sozialistische Ideengut diskreditierte. Das ist die entscheidende Frage. Das haben alle die miterlebt und mitempfunden, die vielleicht selbst Kommunisten gewesen sind. Ich bin ja als Mitglied des Spartakus-



bundes aus dem ersten Weltkrieg aus dem Widerstand gegen die Kriegsbewilligungspolitik in die kommunistische Bewegung gekommen. Wir haben damals die große Perspektive gesehen, die 1918 aufgestellt wurde: daß ein agrarisches Rußland und ein industrialisiertes Deutschland zusammen einen solchen Sektor eines sozialistischen Aufbaues geben, der wirklich die Welt politik entscheidend beeinflussen könnte. Es ist anders gekommen bei uns; es würde zu weit führen, hier darauf einzugehen, warum.

Aber die entscheidende Frage war die: In Deutschland gingen wir einen ganz anderen Weg, einen Weg, der über gewisse Stationen bis zum Jahre 1933 führte. Dazu hat auch die Spaltung der Arbeiterbewegung beigetragen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland hat einen entscheidenden großen Nachteil mit sich gebracht, daß nämlich auf einer Seite in der Sozialdemokratie ein großer Teil der führend gewesenen und der eigentlich sozialistischen Auffassungen mit den alten Manuskripten beiseitegelegt wurden und daß man immer mehr Auffassungen des Liberalismus aufgenommen hat. Das kann seine Berechtigung haben in einer bestimmten Situation. Es hat aber seine Gefahren, und diese Gefahren sind heute noch außerordentlich groß. Für uns wäre es heute von Bedeutung, einmal zu prüfen, weshalb die übliche antibolschewistische Schablone nicht genügt, von der auch Genosse Ollenhauer in seinem Referat sprach. Aber greifen wir doch einmal mit der Hand ans Herz! Die übliche antikommunistische und antibolschewistische Schablone ist auch für die Sozialdemokratie nicht das geeignetste. Auch der Kommunismus befindet sich in einem ganz neuen Milieu, und wir müssen uns auseinandersetzen mit Dingen, für die der nötige Ernst und die Kraft und die Möglichkeit gefunden werden müssen, sie wirklich genau zu studieren.

Der Kommunismus ist heute etwas ganz anderes, Genossen, als er sowohl in der Marxschen Theorie als auch zur Zeit Lenins und auch zur Zeit Stalins war. Wir werden damit rechnen müssen, daß sich verschiedene Formen des kommunistischen Aufbaues in der weiteren geschichtlichen Entwicklung ausbreiten werden, genauso wie wir damit rechnen können, daß eine Reihe von Übergangsformen zum Sozialismus teilweise von oben durch den Staat, teilweise mit anderen Methoden sich durchsetzen werden. Das entscheidende Problem ist, daß wir in all dem eine gewisse Linie durchhalten, d. h. daß wir nicht vergessen, daß heute die Schaffung einer organisierten Weltwirtschaft die wichtigste Aufgabe ist. Und eine organisierte Weltwirtschaft kann nur nach sozialistischen Prinzipien geleitet werden.

Nun, was war die entscheidende Tragik der russischen Entwicklung? Als ich im Jahre 1921 auf dem Dritten Kongreß der Komintern in Moskau war, da fühlte ich damals psychologisch und geistig, wie der ungeheuere Unterschied zwischen der Kulturstufe in Rußland und im Westen einwirkte auf die Methoden, auf die geistige Haltung, die Ideen, auf alles, was sich dort abspielte. Der Stalinismus war doch gar nichts anderes als der Versuch, die modernste Theorie auf ein barbarisches Land aufzupropfen und nun mit Peitschenschlägen dieses Land in die modernste Entwicklung hineinzuzwingen. Daß dabei der Druck von draußen eine entscheidende Rolle spielte, ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist interessant, wie wir im Jahre 1945 noch in Stockholm untereinander diskutierten über die Frage des dritten Weltkrieges. Ich sagte damals, der dritte Weltkrieg wird kommen, wenn nicht entweder in den Vereinigten Staaten oder in der Sowjetunion entscheidende strukturelle Veränderungen

vor sich gehen. Wir stehen erst am Anfang solcher struktureller Veränderungen, zunächst nur im Osten. Sie werden auch anderswo eintreten und eintreten müssen. Wir müssen sie genau beobachten. Man hat damals gesagt, als der Stalinismus all das entwickelte, was den humanitären Gedanken des Sozialismus mit Füßen trat: Lieber ein progressiver Kapitalismus als ein barbarischer Kommunismus. Und diese Stellungnahme ist auch zu verstehen. Man sagte weiter: Wenn das, was in Rußland jetzt gemacht wird, Sozialismus ist, dann sind wir keine Sozialisten mehr! Aber das war nicht mehr das, was man im Westen unter Sozialismus sich vorgestellt hat. Entscheidend für den Stalinismus ist die Auffassung: Der Zweck heiligt die Mittel; der Zweck bestimmt das Schicksal des Menschen; der Mensch ist ein notwendiges Opfer der Entwicklung; ganze Generationen können nur als Treppenstufen benutzt werden. All diese Theorien müssen abgelehnt werden und sind abgelehnt worden, und diejenigen von uns, die früher Kommunisten waren, sind vielleicht gerade deshalb aus dieser ganzen Bewegung herausgegangen. Das ist gar nicht so leicht und so einfach; denn der Kommunismus umfaßt seine Anhänger wie eine Kirche ihre Glaubensgenossen. Aber wenn die Frage mit dem Gewissen zu entscheiden war, dann galt es, ob die westliche Humanität entscheidend war, oder ob man alles der Diktatur unterordnen kann (Glocke).

Wenn wir heute diese ganze Entwicklung überblicken, müssen wir uns vor allem darüber klar sein, daß heute die Fortsetzung des kalten Krieges auch innerhalb der Parteien beendet werden muß. Das ist auch eine ernste Frage, die man sich überlegen muß. Wir müssen aber aus dieser Parteipolitik herauskommen, nicht etwa in Form einer Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei. Die ist hoffnungslos, wie sie es früher war. Es wäre wahrscheinlich für Rußland und den Kommunismus in den Ländern, wo er an der Macht ist, besser, wenn es in den anderen Ländern keine kommunistischen Parteien gäbe; denn die verhindern zu einem großen Teil die sachliche Stellungnahme gerade auch von sozialistischer Seite zu allen Fragen, die Rußland, Jugoslawien und die anderen Länder des Ostens betreffen.

Um noch ein letztes hinzuzufügen: Ich glaube, wir sollten in der Tat in der Frage der Wiedervereinigung doch versuchen, von der reinen Theorie wegzukommen. Wir haben das alles schon gesagt. Aber man sollte sich einige Punkte vielleicht merken und als Ziel sehen. Ich habe mir heute früh einige solche Punkte notiert. Wenn der Herr Vorsitzende es mir gestattet, werde ich sie noch vorlesen.

Zunächst einmal glaube ich, daß wir folgende Voraussetzungen mit der Ostzone aufstellen müssen: 1. Beseitigung der meistkompromittierten Nutznießer und Mittäter des Stalinregimes, 2. Entlassung aller politischen Gefangenen und Revision der Prozesse seit 1945, 3. Freiheit der Diskussion zwischen den Zonen und in den Zonen, was zugleich bedeutet Wiedezulassung politischer Parteien in der Ostzone.

Das ist die eine Seite. Aber auch auf westlicher Seite sind einige Forderungen zu erfüllen. (Glocke des Vorsitzenden) — Noch einige Minuten.

Von westlicher Seite wäre zu fordern der Abbau der prinzipiellen antibolschewistischen und antikommunistischen Haltung, die ausgesprochen imperialistische Konterrevolutionäre in einen Topf zusammenwirft mit Demokraten, selbst Sozialdemokraten. (Erneutes Glockenzeichen.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Genosse Rück, ich muß bitten; ich kann keine Ausnahme machen!

Das Wort hat der Genosse Walter Möller, Frankfurt am Main. Ihm folgt der Genosse Bartsch aus Mölln.

**Walter Möller** (Frankfurt a. M.): Genossinnen und Genossen! Es hat in unserer Partei in den letzten Monaten eine Diskussion über die Berechtigung des Ja unseres Parteivorstandes und der Fraktion zu den zweiten Grundgesetzänderungen gegeben. Ich möchte sagen, daß bestimmte Vorwürfe ungerechtfertigt sind; denn im Grunde ist dieses Ja von der Mehrheit des Parteitages in Berlin herausgefordert worden, und zwar gegen den Willen einer beachtlichen Minderheit, zu der auch ich mich zähle. Die Frankfurter Genossen, für die ich das Wort genommen habe, kritisieren nicht so sehr die sachliche Entscheidung als vielmehr die Form unserer Opposition gegen den Kanzler und seine Getreuen.

Genossen! In den Debatten etwa über die zweite Grundgesetzänderung und auch in der Debatte über die Wiedervereinigung, die wir erlebt haben, sah man Genossen fast verzweifelt vor den Lautsprechern sitzen und fragen: Wo bleibt denn unser Mann voller politischer Leidenschaft, der dem Kanzler Worte und Thesen entgegenschleudert, die der Tradition, dem Selbstbewußtsein und dem Stolz der deutschen Arbeiterbewegung wirklich angemessen sind!

Genossinnen und Genossen! Ein offenes Wort und ein Wille zur politischen Macht sind Dinge, die wir leider viel zu oft vermissen mußten. (Vereinzelter Beifall.)

In der letzten Woche war das anders. Da spürte man wieder bei vielen Mitgliedern, daß sie stolz darauf waren, Sozialdemokraten zu sein, als Ollenhauer, Herbert Wehner und Erler mit dem Kanzler in einer Art abrechneten, daß wirklich die Herzen höher schlugen, und wir haben nirgends ein Wort der Kritik gehört, daß in dieser Weise im Bundestag mitgearbeitet wurde. Wir haben im Bundestag gehört, wie Herr Kiesinger von der CDU den gehässigen Verdacht aussprach, das sei alles nur passiert, um diesen Parteitag psychologisch vorzubereiten. Genossen! Ich glaube, dieser Verdacht kann sehr leicht zerstreut werden; denn ich bin überzeugt, daß Herr Kiesinger in dem vor uns liegenden Jahr diese Herausforderung noch bedauern und, da er im übrigen auf ein gepflegtes Äußeres Wert legt, sicher auch auf natürliche Weise zu einigen grauen Haaren kommen wird.

Genossen! Wir fragen uns, wie kommen wir voran und was soll künftig geschehen! Dabei stehen wir eindeutig auf der Seite derer, die von dem Parteivorstand und der Fraktion erwarten, daß in einem kommenden Bundestag, wenn es die Mehrheitsverhältnisse erlauben, die Wehrpflicht aufgehoben wird (Beifall).

Genossen! Vor zwei Jahren haben wir in Berlin uns auch über den besten Weg zur Wiedervereinigung unterhalten. Inzwischen ist sehr viel geschehen, und es hat sich herausgestellt, daß dieser Weg nie das Ergebnis eines militärischen oder moralischen Drucks auf die Kommunisten, sondern nur das Ergebnis von Verhandlungen auf der Basis eines fairen Angebots sein kann, das die Interessen beider Seiten berücksichtigt. Aber damit sind wir auch zur Entscheidung aufgerufen, mit wem sind wir bereit zu verhandeln. Wir

haben auf diesem Parteitag 10 Anträge, die das Problem der Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow berühren. Der Genosse Ollenhauer hat einiges gesagt, das ich voll unterstütze, aber durch einige Gesichtspunkte ergänzen möchte.

Einige CDU-Größen posaunen heute mutig in die Welt hinaus, sie seien bereit, sich mit dem Teufel über die Wiedervereinigung zusammenzusetzen, aber wenn es um die praktische Politik geht, sind sie nicht bereit, ihren Botschafter in Moskau anzuweisen, die 500 Meter vom Hotel Metropol bis zum Kreml zurückzulegen. Wie war es aber, als der Kanzler in Moskau war? Er war bereit, über die Frage der 9000 Kriegsgefangenen auch mit den Vertretern der DDR zu verhandeln. Ich stelle offen die Frage, warum ist er nicht bereit, auch über die Frage der Befreiung der 18 Millionen Menschen gleiche Verhandlungen aufzunehmen. Liegt es daran, daß der Kanzler sich von der Freilassung der 10 000 einen politischen Erfolg versprach und von der Befreiung der 18 Millionen eine politische Niederlage befürchtet, gleichgültig, ob die Wiedervereinigung kommt oder nicht; der Kanzler hat mit der Ratifizierung der Pariser Verträge direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow unvermeidlich werden lassen. Er weigert sich zwar, diese Konsequenz seiner eigenen Politik zu ziehen und verhartet in völliger Untätigkeit. Aber wir Sozialdemokraten müssen handeln; denn, wir wissen es, die Menschen in Leipzig oder Dresden sehen in unserer Partei ihre letzte Hoffnung, und zwar mit Recht. Wir müssen die SED zum Gefangenen ihrer eigenen Propaganda machen. Eine, ich möchte sagen, eine Flut demokratischer und sozialistischer Ideen müßte sich hinter den Eisernen Vorhang ergießen, wo immer nur sich eine Möglichkeit bietet, und wenn dem Genossen Ollenhauer noch ein Angebot gemacht werden sollte, im Machtbereich der SED auf einer Kundgebung zu sprechen, bin ich der Meinung, sollte er hingehen und in einer Weise mit den SED-Leuten abrechnen, daß sie es nicht ein zweites Mal wagen, an einen Sozialdemokraten heranzutreten (Beifall).

Der Genosse Fritz Erler hat vor der Beratenden Versammlung des Europarats zur Frage eines kulturellen Kontakts in sehr guter Weise Stellung genommen, indem er sagte: „Wenn wir glauben, daß ein solcher Austausch auf den Verlauf der Ereignisse drüben keinen Einfluß haben kann, dann haben wir in Wahrheit die Hoffnung auf die Bewahrung der Freiheit in der Welt aufgegeben und uns damit abgefunden, daß der Kommunismus für alle Zeiten bestehen bleibt! Daran glaube ich nicht. Diese Gesinnung der Kapitulation habe ich nicht. Ich frage dich aber, Genosse Erler, warum willst du diesen Austausch nur mit der Sowjetunion? Warum hast du die Menschen in Mitteldeutschland von diesen Gesichtspunkten ausgenommen? Glaubst du, sie seien bessere Kommunisten als die Russen selbst? Warum widmen wir uns nicht zunächst den Aufgaben, die vor der Tür liegen, und was sollen solche Proklamationen, wenn noch immer jeder, der für einen Austausch von Jugendlichen, von Theatergastspielen oder Sportvereinen zwischen beiden Teilen Deutschlands eintritt, selbst in unserer Partei als getarnter Kommunist angesehen wird.

Ich weiß natürlich, Kulturaustausch und politische Verhandlungen beruhen auf zwei verschiedenen Ebenen. Es wird behauptet, wenn wir mit Pankow verhandeln, entbinden wir die Siegermächte von ihrer Verpflichtung zur Wiedervereinigung. Auch Genosse Ollenhauer hat dieses Argument stark in seine Rede eingebaut. Ich frage, wieso! Wenn wir verhandeln, ziehen wir

im Grunde nur die Konsequenz daraus, daß die Siegermächte trotz ihrer Verpflichtungen keinerlei echte Taten vollbracht haben. Es war der Parteivorstand, der erkannt hat, daß alle bisherigen Angebote der Westmächte in keiner Weise ausgereicht haben, um zu einem fairen Gespräch über diese Dinge zu kommen. Was sollen die Westmächte auch tun? Etwa die Wiedervereinigung zur Vorbedingung der Abrüstung machen? Das ist weder in ihrem noch im deutschen Interesse, militärische Drohungen sind nicht mehr modern. Das läßt die Russen auch kalt. Oder kann man erwarten, daß die Westmächte die glücklich mit Hilfe des Kanzlers durchgesetzten 500 000 westdeutschen Soldaten wieder aus ihrem Paktsystem entlassen? Das wäre der Mindestpreis, der für die Wiedervereinigung zu zahlen ist. Nein, Genossen! Die Verpflichtung der Siegermächte in den Verträgen steht leider im Widerspruch zu vielen ihrer eigenen Interessen, und sie hilft uns praktisch keinen Schritt weiter. Darum müssen wir wissen, was wir wollen, und wir müssen die SED zur Stellungnahme zwingen. Die Zeiten, auf die noch manche spekulieren, in denen die Hoffnung bestand, daß Moskau unter gewissen Umständen bereit sei, die SED zu desavouieren und über ihren Kopf hinweg zu verhandeln, sind seit Februar 1955 vorbei. Niemand, Genossen, wird uns den Weg zur Wiedervereinigung pflastern, wenn wir ihn nicht selbst finden (Glocke.)

Natürlich hat jede Politik ihre Risiken. Aber wir können nicht warten. Die Ara Adenauer geht zu Ende. Neue politische Akzente drängen aus der stickigen Bonner Atmosphäre ins Freie, und andere stehen nur zu sichtbar bereit, die Früchte unserer jahrelangen Politik selbst zu ernten. Darum müssen wir bedeutend schneller, mutiger und offensiver gegen die Kommunisten reagieren. Fordern wir Adenauer und Ulbricht auf, für die bessere Zukunft eines einigen Deutschland abzutreten — ich bin überzeugt, die ganze Partei wird hinter dem Vorstand und die Mehrheit des deutschen Volkes wird hinter der Partei stehen (Beifall).

**Hans-Werner Bartsch** (Möln): Genossinnen und Genossen! Der Genosse Ollenhauer stellte die Forderung auf, aus der Debatte innerhalb der Sozialdemokratie über die Beteiligung der SPD-Bundestagsfraktion an dem Wehrgesetz müsse das Argument verschwinden, daß erst die durch die Beteiligung und Mitzustimmung der Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD möglich gewordene Grundgesetzänderung im März 1956 die Einführung der Wehrpflicht ermöglicht hätte. Ich möchte dazu die Gegenfrage stellen, wie diese Behauptung, daß bereits durch die Grundgesetzänderung von 1954 die Einführung der Wehrpflicht möglich gemacht wurde, sachlich begründet wird. Es ist eine Tatsache, daß sowohl unter unseren Mitgliedern wie auch unter unseren Wählern der Eindruck besteht, die SPD habe ungewollt die Hand dazu gegeben, daß die Einführung der Wehrpflicht möglich wurde. Es genügt nicht, festzustellen, daß es eine Tatsache ist, daß bereits durch die Grundgesetzänderung von 1954 dies geschehen ist, sondern das muß in unserer Mitgliedschaft und in der Wählerschaft deutlich gemacht und sachlich begründet werden, daß die Pauschaländerungen vom März 1954 bereits die Einführung möglich gemacht haben und die Beteiligung der SPD an den Wehrgesetzänderungen lediglich ein Zurückziehen der Pauschaländerungen zu bestimmten Einzeländerungen war. Ich meine, damit würde auch dem Eindruck begegnet, der weithin unter unseren Anhängern und in unserer Mitgliedschaft besteht, als sei das Nein

der SPD-Bundestagsfraktion wankend geworden, und dazu möchte ich dem Genossen Ollenhauer sagen, daß das Nein der 20 bei der letzten Grundgesetzänderung diese Aufgabe erfüllte. Vom Kreis Lauenburg bin ich ausdrücklich auch deswegen delegiert worden, um diese 20 Nein-Stimmen zu stützen und damit das Nein der Bundestagsfraktion zu jeglicher Wehrpflicht und zu jedem Wehrwillen in unserem Volk auszudrücken (Beifall).

Noch zu einem zweiten Punkt möchte ich einiges sagen. Es erschien nach dem Referat des Genossen Ollenhauer so, als stünden direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow in Widerspruch zu der Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands. Ich meine, wir müßten hier die Realität sehen: an der Tatsache, daß die Forderungen der Sowjetunion diese direkten Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow mit zu der Grundvoraussetzung gemacht haben, können wir nicht vorbeikommen. Es ist Aufgabe unseres Parteitages, einen Weg zu erarbeiten, wie diese beiden Dinge miteinander zu vereinigen sind, die Forderung der Sowjetunion auf direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow und das Bestreben, die vier Großmächte nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Es war mir eine Freude, aus Anlaß der Genfer Konferenz in einer Zeitung von einer Rede des Genossen Carlo Schmid zu lesen, in der er etwa sagte, daß man den Vorschlag machen sollte, die vier Großmächte beauftragen die Regierung in Bonn und die Regierung in Pankow zu direkten Verhandlungen; auf diesem Wege sei gleichzeitig die damit nur allzu leicht verbundene völkerrechtliche Anerkennung beider Regierungen gegenseitig aufgehoben. Von diesem Vorschlag des Genossen Carlo Schmid, den ich selbst gleichzeitig in einer Zeitung veröffentlicht hatte, habe ich nichts wieder gelesen. Ich meine, es wäre auch etwas anderes, wenn wir rein informativ mit der SED, der Regierung Pankow, uns aussprechen und sie zu einer Stellungnahme zwingen: Welches sind nun eure realen Forderungen für das Programm einer Wiedervereinigung? Damit würden wir zugleich die reale Grundlage für ein Wiedervereinigungsprogramm, das bereits auf dem Parteitag 1954 in Berlin angekündigt worden ist, schaffen, und wir könnten die SED zu einer Stellungnahme darüber zwingen, welches denn die sozialistischen Errungenschaften sind, die sie gewahrt wissen will. Wir würden auch unsere eigene Stellungnahme zu diesen sozialistischen Errungenschaften klar präzisieren können. Damit würde der Gegensatz, in dem wir zu dem Pankower Regime stehen, klar und eindeutig auf diesen einen Nenner gebracht werden: Es ist das Einparteiensystem drüben, es ist die Diktatur drüben, die uns trennt, aber nicht irgendwelche sozialistischen Forderungen, die ihr dort drüben verwirklicht zu haben glaubt; nur so können wir auch aus dem antikommunistischen Ressentiment herauskommen, in dem wir weithin befangen sind, als sei mit dem Kommunismus einfach alles in Bausch und Bogen abgetan und damit zugleich auch der Sozialismus abgeschrieben. Daß das nicht der Fall ist, — (Unruhe und Zurufe) — Die Frage der freien Wahl ist in dem Augenblick klar und eindeutig, wo wir unsere Gegnerschaft gegen die Diktatur, gegen das Einparteiensystem, eindeutig und nicht nur mit antikommunistischen Worten zum Ausdruck bringen, sondern genauso gegen alle in der Richtung des Einparteiensystems liegenden Beschränkungen der Freiheit im Westen, etwa im Franco-Regime, aber auch in der 5-Prozent-Klausel im Bundesgebiet Stellung nehmen. Wenn wir die Demokratie wollen, müssen wir sie ganz und eindeutig wollen.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat Genosse Fritz Baade.

**Fritz Baade** (Kiel): Genossinnen und Genossen! In der Resolution, die der Parteivorstand und der Parteiausschuß uns in Antrag 95 vorgelegt haben, steht ein Satz von erfreulicher Klarheit, der hier auf dem Parteitag und im deutschen Volk viele Herzen höher schlagen lassen wird, nämlich der Satz: „Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. Die Sozialdemokratische Partei ruft das deutsche Volk auf, ihr bei den nächsten Wahlen die für die Erreichung dieses Zieles notwendige Stärke zu geben.“

Damit, Genossinnen und Genossen, ist der Wahlkampf von 1957 eröffnet. Wir sind der Bundestagsfraktion der CDU gegenüber in der Lage, mit gutem Gewissen zu erklären: Die Wehrpflicht, die ihr, die ihr nicht mehr die Mehrheit des deutschen Volkes darstellt, beschlossen habt, ist keine unabänderliche Tatsache, das deutsche Volk wird die Entscheidung darüber nochmals in die Hand nehmen. Und wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir durch unsere Verzögerungspolitik bei den EVG-Verträgen und bei den Militärgesetzen dem deutschen Volk dazu die Gelegenheit gegeben haben. Denn nur durch unseren zähen Widerstand ist erreicht worden, daß das Wehrgesetz aller Wahrscheinlichkeit nach am Tage der Wahl noch auf dem Papier steht und daß vor der Wahl von 1957 kaum Soldaten eingezogen werden können. Aber dem Parteitag liegen Anträge vor, die darüber noch hinaus gehen und die neue Bundestagsfraktion bezüglich der Koalitionsverhandlungen binden möchten. Genossinnen und Genossen! Ich habe für diese einer ernsten und ehrlichen Sorge entspringenden Anträge Verständnis. Das Schreckgespenst, das hinter allen Sozialdemokraten, welche die Weimarer Republik miterlebt haben, steht, der traurige Fall „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“, hat diese Sorge entstehen lassen. Es ist die Erinnerung an die schreckliche Tatsache, daß die Sozialdemokratie einmal, im Jahre 1928, einen Wahlkampf geführt hat unter dem Motto: nicht einen Panzerkreuzer zu bauen, sondern Kinderspeisungen zu finanzieren, und dann, als sie auf Grund des günstigen Ergebnisses dieser Wahl Regierungspartei und Koalitionspartei geworden war, den Bau des Panzerkreuzers nicht verhindert hat.

Da ich sicher einer der ganz wenigen Delegierten dieses Parteitags bin, die dieses Ereignis aus nächster Nähe miterlebt haben, habe ich das Bedürfnis, euch ein paar Worte dazu zu sagen: Glaubt nicht an die Legende, daß sich der Fall „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“ nochmals ereignen könnte. Die Situation von 1957 und 1958 hat in dieser Beziehung nicht die geringste Ähnlichkeit mit der Koalitionssituation von 1928! Ich war damals noch nicht Reichstagsabgeordneter, sondern bin es erst 1930 geworden; aber ich war wissenschaftlicher Berater der Reichstagsfraktion als einer der Vorsitzenden der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, zusammen mit Fritz Naphtali, der heute Wirtschaftsminister in Israel ist, und ein enger Berater von Rudolf Hilferding. Naphtali und ich haben damals dringend geraten, die Mittel für den Panzerkreuzer nicht zu bewilligen. Ich halte auch heute noch das, was damals geschehen ist, für einen der schwersten Fehler, die die Sozialdemokratie in jener Zeit begangen hat. Aber die Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß die Situation so war, wie es Hermann Müller als Reichskanzler in

der Reichstags-sitzung vom 15. 11. 1928 dargelegt hat: Der Bau des Panzerkreuzers war bereits von dem vorangegangenen Reichstag und der vorangegangenen Reichsregierung beschlossen worden. Auch der Reichsrat, in dem wir über Preußen eine ziemlich starke Machtstellung hatten, hatte sich schon vor der Wahl damit abgefunden und nur noch verlangt, daß noch einmal geprüft werden sollte, ob für die 9,3 Mill. RM — bitte haltet diese Zahl fest und vergleicht sie mit den vielen Milliarden DM, die das 500 000-Mann-Heer kosten soll — Deckung im Etat vorhanden war. Diese Frage mußte bejaht werden, und leider hat das Kabinett aus diesen sehr formalen und meinem Gefühl nach nicht ausreichenden politischen Gründen dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt.

Vergleicht diese Situation von 1928 mit der Situation, vor der ein sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender im Jahre 1957/58 bei Koalitionsverhandlungen stehen wird und vor die, wenn die Koalition zustande kommt, ein sozialdemokratischer Finanzminister in einem Kabinett der großen Koalition im Jahre 1957/58 gestellt sein wird! Die 9,3 Mill. RM im Jahre 1928 waren da, die vielen Mrd. DM, um welche die Kosten eines 500 000-Mann-Heeres über die Etatvoranschläge hinausgehen werden, sind nicht da. Sie müßten erst durch neue Steuern beschafft werden. Eine Wiederholung des Unglücks „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“ ist schon dadurch ausgeschlossen, daß das 500 000-Mann-Heer heute gerade auch finanziell noch völlig auf dem Papier steht. Es gibt nur einen einzigen Finanzierungsplan dafür, und dieser Plan ist das unsolideste Kartenhaus, das ich jemals in der Finanzgeschichte kennengelernt habe, nämlich der Juliusturm des Herrn Bundesfinanzministers Schäffer. Der Herr Bundesfinanzminister rechnet folgendermaßen: In den nächsten vier Jahren stehen je 9 Mrd. DM, also 4mal 9 Mrd. DM = 36 Mrd. DM, im Verteidigungshaushalt. In den ersten zwei Jahren spare ich jeweils 5 Mrd. DM, weil ich sie nicht brauche, da ja erst die Kader aufgestellt werden müssen. Diese Ersparnisse lege ich in den Juliusturm und kann dann im Jahre 1958, wenn das Heer Wirklichkeit ist, zusätzlich zu den 9 Mrd. DM, die im Haushalt stehen, weitere 10 Mrd. DM aus diesem Spartopf nehmen.

Mancher von euch wird die Diskussion gelesen haben, die ich mit Herrn Schäffer in der Wochenzeitung „Die Zeit“ über diese Berechnungen geführt habe. Ich habe dort dargelegt, daß der Herr Bundesfinanzminister an ein Märchen glaubt, wenn er annimmt, er könne Budgetüberschüsse im Jahre 1955 und im Jahre 1956 für die Finanzierung künftiger Militärausgaben horten, um sie später auszugeben. Mit dieser Feststellung befinde ich mich in Übereinstimmung mit der gesamten deutschen Wirtschaftswissenschaft. Der Wissenschaftliche Beirat seines eigenen Ministeriums hat Herrn Schäffer bescheinigt, daß künftige Wehrausgaben nicht durch Entnahmen aus papierernen „Ersparnissen“ bestritten werden können, sondern daß sie in voller Höhe aus künftigen Steuern aufgebracht werden müssen. Das Geld, das im Juliusturm angesammelt worden ist, ist so viel wert, als wenn es vor den Augen der Steuerzahler öffentlich auf einem Scheiterhaufen verbrannt worden wäre. Wenn der Finanzminister der Jahre 1958 und 1959 die Kosten für das 500 000-Mann-Heer aufbringen will, so muß er die Steuern erhöhen oder sogar neue Steuern schaffen.

Und nun stelle ich mir die Gesichter der CDU-Abgeordneten im neuen Bundestag vor, die Gesichter derselben Abgeordneten, die in der vorigen Woche



triumphierend gegen uns das Wehrgesetz beschlossen haben! Sie werden sehr wenig Lust haben, im neuen Bundestag die Steuern zu bewilligen, die notwendig sein würden, um das 500 000-Mann-Heer wirklich zu finanzieren. Eine effektive Durchführung des jetzt beschlossenen Wehrdienstgesetzes würde neue Steuern verlangen, und diese Steuern müßten aus einem Sozialprodukt herausgepreßt werden, das sich nicht mehr so schön von Jahr zu Jahr erhöht, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben, sondern das durch die Tatsache beeinträchtigt wird, daß die Arbeitskraft von 500 000 wertschaffenden Menschen fehlen würde.

Wenn ich dies alles bedenke, so habe ich gar keine Sorge, daß sich der Fall „Panzerkreuzer statt Kinderspeisung“ wiederholen könnte. Ich bin infolgedessen dagegen, daß hier auf dem Parteitag Bindungen für die künftigen Koalitionsverhandlungen beschlossen werden. Ich kann euch, Genossinnen und Genossen, und allen draußen nur eines sagen: Gebt der neuen Bundestagsfraktion das, was sie vor allen Dingen braucht, nämlich eine recht große Stärke als Ergebnis der Wahl. Laßt sie Koalitionsverhandlungen ohne gebundene Marschroute führen und nur mit dem Auftrag, der heute hier beschlossen werden wird, nämlich das Wehrgesetz wieder abzuschaffen. Dann könnt ihr sicher sein: Es wird niemals in der deutschen Geschichte wieder einen Fall „Panzerkreuzer gegen Kinderspeisung“ geben.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Es spricht der Genosse Weishäupl aus München.

**Karl Weishäupl** (München): Genossinnen und Genossen! Auch mein Beitrag bezieht sich auf die allgemeine Wehrpflicht. Der Unterbezirk München, der mich delegiert hat, begrüßt die Haltung der SPD in der Wehrpflichtdebatte; er dankt der Bundestagsfraktion für die klare, unmißverständliche Haltung. Die SPD München hat mich ersucht, obwohl eigentlich die sozialen Fragen mein Steckenpferd gewesen wären, die Verantwortlichen der Partei zu bitten, diese feste Haltung auch in Zukunft zu verfolgen.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich als einer, der als aktiver Jahrgang den zweiten Weltkrieg vom Anfang bis zum Ende, bis zum bitteren Ende, möchte ich sagen, mitgemacht hat und der zweimal verwundet wurde, gegen die allgemeine Wehrpflicht ganz einprägsam und deutlich, auch wenn einige Wiederholungen dabei sein sollten, folgendes in Stichworten sagen.

Wer die allgemeine Wehrpflicht in einem geteilten Deutschland bejaht, handelt gewissenlos. Deutschland — ich zitiere hier Erler — ist mehr denn je in diese zwei feindlichen Lager gespalten. Und ich zitiere nochmals Erler, der sagt: Die Spaltung wird durch die Wehrpflicht vertieft. Da beißt die Maus keinen Faden ab, sagen wir in Bayern. Das Hauptziel der deutschen Wiedervereinigung ist dadurch wesentlich erschwert worden. Damit ist die Politik der Stärke und der Drohung, die seit Jahren vertreten wird, einfach sinn- und nutzlos. Ich bin überzeugt, schon übermorgen oder vielleicht schon morgen wird drüben im Osten ebenfalls die Wehrpflicht eingeführt, auch wenn Herr Ulbricht das gegenwärtig dementiert. Die kasernierten jungen Menschen in der Ostzone werden dann KP-Führungsoffizieren ausgeliefert sein. Wir haben das ja bis 1945 mit den NS-Führungsoffizieren erlebt. Diese ideologische Vergiftung wird die Jugend in der Ostzone, nach meiner Auffassung, tödlich treffen.

Es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß die Wehrpflicht eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet, und wir sind überzeugt, daß überholte militärische Vorstellungen, weil man in der kurzen Zeit nicht umlernen konnte, aus der Mottenkiste hervorgeholt werden und daß die alten Argumentationen wieder laut werden — man hört sie ja schon wieder —, daß das Militär die beste Schule sei, daß nur das Militär ordentliche, aufrechte Menschen schaffe und zu Verantwortungsbewußtsein erziehe usw. Auch die Begriffe Vaterland, Tapferkeit, Ehre usw. werden sicher wieder überbewertet werden. Wir glauben deshalb, daß die Auswirkung der Wehrpflicht auf die Spaltung Deutschlands katastrophal sein wird. Das Wehrpflichtgesetz paßt nicht in das gegenwärtige politische Gefüge, und ich glaube, Deutschland wird sich damit sicher in eine Art Isolierung begeben. Nach meiner Meinung wären wir mit 200 000 gutausgebildeten Berufssoldaten ausgekommen. Ohne die Wehrpflicht hätte sich auch ein Gespräch mit Moskau über die Wiedervereinigung in Freiheit leichter eröffnen lassen, als das jetzt der Fall ist. Mit einem Wehrpflicht-Heer von 500 000 Mann kann ein massierter Angriff der Russen doch nicht aufgehalten werden, auch davon sind wir überzeugt. Ich glaube auch, daß die Einführung der Wehrpflicht die demokratische und vor allem die soziale Entwicklung beeinträchtigt. Wer weiß, ob die Wehrpflicht nicht bestimmten neofaschistischen Tendenzen neuen Auftrieb geben wird! Ich glaube auch, die Wehrpflicht ist — vielleicht kann man das mit Einschränkung sagen — immer so lange ein Unsinn, solange hinter ihr kein klarer Staatsbegriff steht, solange wir kein konkreter Staat sind und solange hinter der Wehrpflicht keine nationale Politik, gestützt auf die Arbeiterschaft, steht, sondern sich eine solche Überlegung ausschließlich auf die Interessen der westlichen Besatzungsmächte stützt.

Man sollte bei dieser Debatte meines Erachtens auch erinnern an die 4 Millionen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der letzten Kriege, die uns mahnen. Niemand wird wohl auch daran glauben, daß es militärisch möglich wäre, die Bundesrepublik davor zu bewahren, Schlachtfeld zu werden. Ich persönlich bin jedenfalls davon überzeugt, daß Deutschland ein Vorfeld ist und auch ein Vorfeld bleiben wird. Man kann nach meiner Auffassung Deutschland nicht starr an der Elbe verteidigen.

Auch der Abstand zu dem Geschehen von 1945, das hinter uns liegt, ist noch zu kurz. Viele Menschen von uns und wir selbst werden in die schwersten Gewissenskonflikte gebracht.

Vielleicht darf ich noch eines sagen, und das möchte ich den politisch Verantwortlichen zurufen: Spart doch diese Milliarden, nützt die Zeit für eine andere Fortentwicklung, nämlich für eine umfassende soziale Sicherung, legt doch die finanzielle Grundlage für bessere Ziele, sorgt doch in erster Linie für die Kriegsoffer, was bisher nicht geschehen ist, unterstützt die Wissenschaft, die auf diese Unterstützung wartet, und fördert den technischen Nachwuchs mit diesen Mitteln, baut Zentren für die vorbeugende Medizin im Sinne der Schrift des Genossen Professor Preller.

Wir sollten uns klar gegen die Wehrpflicht entscheiden, und man sollte nicht danach fragen, ob im nächsten Jahr eine Koalition mit der CDU/CSU möglich ist oder unmöglich. Ich möchte damit sagen, wir sollten nicht an uns selbst denken, sondern an das Volk, das in Frieden und Freiheit auch in Zukunft leben will. In diesem Sinn bejahen wir den Antrag Nr. 97. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, jetzt Mittagspause zu machen, und zwar bis 14.30 Uhr. Sie haben den Plan ausgehändigt bekommen, aus dem Sie ersehen können, wo Sie essen.

Ich habe noch 25 Wortmeldungen vorliegen. Sollte sich noch einer der Genossen zum Wort melden wollen, so bitte ich, das jetzt wenn möglich noch schnell zu machen, damit wir einen genauen Überblick haben wegen der Zeiteinteilung.

Wir treten in die Mittagspause ein.

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr unterbrochen.)

## Nachmittagssitzung

(Beginn 14.45 Uhr.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen. Ich eröffne die Sitzung; wir fahren in der Tagesordnung fort. Das Wort hat der Genosse Walter Hesselbach aus Frankfurt am Main; ihm folgt der Genosse Dr. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig.

**Walter Hesselbach** (Frankfurt am Main): Zu der Rede des Genossen Ollenhauer ließe sich eigentlich die ganze grundsätzliche Diskussion des Parteitags führen. Ich möchte aber ganz bewußt mich jetzt auf einen Punkt konzentrieren, und zwar in aller Sachlichkeit, Nüchternheit und Leidenschaftslosigkeit auf die Frage der Kontaktaufnahme mit der Regierung der DDR. Man redet so außerordentlich viel von der rechtsgestaltenden Kraft des Faktischen, und wir müssen, ob wir es wollen oder nicht, in unserer praktischen Arbeit diese Tatsache immer wieder — oft sehr gegen unsere Gefühle — akzeptieren. Es besteht gar kein Zweifel, und es darf kein Zweifel daran bestehen, daß wir in der Regierung der DDR eine Unrechtsregierung, einen Unrechtsstaat sehen, und es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Staat auch dann ein Unrechtsstaat bliebe, wenn er sämtliche Zuchthäuser und Konzentrationslager öffnete. Er bliebe ein Unrechtsstaat, weil alle totalitären Staaten Unrechtsstaaten sind. Daran kann kein Zweifel bestehen.

Es kann zweitens kein Zweifel daran bestehen, daß wir freiheitlichen Sozialisten die Revolutionsbewegung des 17. Juni wie die Revolutionsbewegung der Arbeiter in Posen mit heißem Herzen verfolgt haben und ihnen mehr Erfolg wünschten, als sie bisher hatten.

Es kann zum dritten kein Zweifel darüber bestehen, daß es eine Gemeinschaft zwischen freiheitlichen Sozialisten und Kommunisten nicht geben kann und nicht geben darf. Das sei grundsätzlich und unmißverständlich festgestellt.

Auf der anderen Seite, Genossen und Genossinnen, ist die DDR eine Realität, eine Realität wie die UdSSR, die Volksdemokratien und die Volksrepublik China Realitäten sind. Und so steht die Tatsache im Raum, daß die Regierung der UdSSR der Regierung der DDR eine Quasi-Souveränität eingeräumt und verschiedentlich erklärt hat, es sei Sache der Deutschen, die Gespräche über

die Wiedervereinigung zu führen. Es wird behauptet, Genossinnen und Genossen, daß solche Gespräche von vornherein sinnlos seien. Es wird gesagt, daß sie seitens der UdSSR keine Beachtung finden könnten; und es wird zum dritten gesagt, daß wir von seiten der Westmächte unter Umständen Repressalien zu befürchten hätten. Auch wird gesagt, von der westdeutschen Bevölkerung würde ein solcher Versuch der Gesprächsaufnahme schlecht aufgenommen. Und es wird zuletzt gesagt, daß die Aufnahme eines solchen Gesprächs zu irgendeinem Zeitpunkt die UdSSR von ihrer Verpflichtung, die sie zusammen mit den anderen Mächten in der Frage der Wiedervereinigung hat, entbinde. Ich möchte meinen, daß diese Behauptungen reine Hypothesen sind, die bisher durch nichts bewiesen wurden. Ich glaube, daß, wenn die Gesprächsaufnahme auch zu nichts anderem führen würde, als daß sie offenkundig machte, daß diese Hypothesen richtig sind, daß sie allein dann schon ein Erfolg wäre, weil wir dann nicht mehr auf unbewiesene Hypothesen angewiesen sind, sondern auf erkannten und sich ergebenden Tatsachen aufbauen können. (Zuruf: Dann hast du aber schon Pech angefaßt!)

Weiter, Genossinnen und Genossen, bin ich der Meinung — man kann sich zwar bemühen, das nicht zu sehen, man will es auch da und dort nicht sehen —, daß die außerordentliche Gefahr besteht — ich sage das nach sehr reiflicher Überlegung und nicht aus Freude an der Opposition —, daß man bei der Bevölkerung in die Reihen derjenigen hineinmanövriert wird, die die Wiedervereinigung lediglich als Propagandadeklamation gebrauchen. Ich brauche nicht zu sagen, daß wir nicht zu diesen Kreisen gehören; aber ich sage, es besteht die Gefahr. Ich möchte nun auf gar keine Weise so mißverstanden werden, daß ich zu denen gehöre, die glauben, hier und jetzt oder in allernächster Zeit müßten Verhandlungen mit der DDR mit dem Ziel der Wiedervereinigung geführt werden. Das ist nicht meine Absicht. Ich glaube, das wäre auch zur Zeit politisch falsch. Ich bin der Meinung, daß solche Verhandlungen in erster Linie mit der UdSSR und den anderen Mächten zu führen sind. Aber ich halte es für genau so falsch, Genossinnen und Genossen, heute, auf Hypothesen aufbauend, ein für allemal und für alle Zeiten zu erklären, daß man nicht gewillt sei, mit der Regierung der DDR überhaupt Gespräche zu führen. Wir wissen nicht, welche Situation sich morgen, übermorgen und in den nächsten Jahren ergeben wird. Wir müssen die politische Elastizität behalten; nur darum geht es, und nicht um die Frage, jetzt und hier etwas zu tun. Es geht also um die Forderung, nicht jetzt und hier zu sagen: Niemals. Wenn ich dieses Niemals falsch verstanden haben sollte, wäre die Interpretation auf diesem Parteitag schon von außerordentlicher Bedeutung.

Ich glaube, daß die Sozialdemokratische Partei die Aufgabe hat, Pankow zu einer ganz klaren Stellungnahme zu zwingen. Durch diese Initiative nämlich erschüttert sie das System von drüben, und durch diese Initiative fördert sie die Wiedervereinigung. Ich betone nochmals: Derartige Gespräche können und werden nicht die großen Mächte aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern sie können, richtig geführt, im Gegenteil die großen Mächte gerade an ihre Verantwortung erinnern. Ich bin der Meinung, wir machen in der Frage der Wiedervereinigung zu wenig Unruhe. Wir machen viel zu wenig Unruhe, die die vier Mächte bewegen könnte, diese Frage einmal mit allem Nachdruck anzufassen (Beifall). Die Wiedervereinigung ist keine nationale

Frage. Sie ist eine Lebensfrage für den freiheitlichen Sozialismus, eine Lebensfrage auch für den Protestantismus und eine Lebensfrage für Europa und die gesamte freie Welt. Man kann hier auf die Dauer eine Politik nicht mit Sentiments und Moralisieren führen. Man muß diese Dinge ausschalten.

Genossen und Genossinnen! Rein gefühlsmäßig hassen wir in unseren Kreisen jede Form des Totalitarismus. Wer haßte ihn nicht? Wer möchte nicht rein gefühlsmäßig sagen: Wir wollen nichts, aber auch gar nichts mit denen zu tun haben. Wen faßte nicht der heiße Zorn, wenn er an die unterdrückten Genossen, an die unterdrückten Sozialisten denkt, die wir heute repräsentativ begrüßen dürfen, und sie sieht! Aber ich glaube, daß diese Gefühlsbewegungen, dieser heiße Zorn, nicht immer und zu jeder Zeit die richtige Grundlage für eine gute und erfolgreiche Politik sind. Die Wiedervereinigung ist eine so bedeutsame Frage; sie ist keine Frage der Taktik, sondern eine Frage der Notwendigkeit und eine Frage der Befreiung von 17 Millionen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs. Wir sind ja in unseren Auffassungen gar nicht so außerordentlich weit auseinander. Wir alle haben den gleichen Wunsch und den gleichen Willen, und ich möchte mich zwischen die beiden streitenden Seiten stellen. Ich meine, daß die Hypothesen der einen wie der anderen Seite nicht bewiesen sind. Ich glaube, daß man alle Türen und alle Möglichkeiten offenhalten muß. Und aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde, möchte ich, Genossinnen und Genossen, — und damit es jetzt auf diesem Parteitag gesagt ist — beschwörend sagen: Verbaut nicht aus irgendwelchen Sentiments, verbaut nicht aus diesen Regungen heraus jede Möglichkeit der Gesprächsaufnahme für die Zukunft! (Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig. Ihm folgt der Genosse Heinz Kühn, Köln.

**Fritz Wenzel** (Braunschweig): Genossinnen und Genossen! Es gereicht unserer Partei zur Ehre, daß die Diskussion über die Frage der Wiederaufrüstung einen so breiten Raum in ihr einnimmt. Bei dieser Diskussion, mit welchen Argumenten sie auch immer geführt werden kann, ist ein Doppeltes klar: Erstens, unsere Partei ist Partei des Friedens von jeher, und zweitens, unsere Partei ist Partei gegen jeden Militarismus von jeher. — Das bedeutet praktisch, was auf dem Berliner Parteitag ausgesprochen wurde und was wir aus den Ausführungen des Genossen Ollenhauer heute herausgehört haben und was etwa auch vom Parteitag 1929 in Magdeburg formuliert wurde: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik.

Genossen und Genossinnen! Das ist aber genau der eigentliche Sinn des politischen Pazifismus. Über den Pazifismus wird manchmal auch in großen Zeitungen bei uns reichlich dummes Zeug zusammengeschrieben. (Zuruf: SOS!)

Es ist eine Tatsache, die auch auf diesem Parteitag mit Betonung ausgesprochen werden soll, daß unsere Partei eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mitgliedern hat, die sich in diesem Sinne zum politischen Pazifismus bekennen. Diese Genossen sind keine politischen Schwärmer und keine Utopisten. Ich selbst zähle mich zu ihnen und darf sagen, es geht uns um das klare Erfassen der politischen Probleme in ihrer Realität, wie jedem anderen auch.

Realpolitik kann nicht an den Gegebenheiten der Wirklichkeit vorbeigehen. Eine die Wirklichkeit der politischen und der gesamt menschlichen Situation betreffende Frage ist die, ob man heute noch die menschliche Freiheit und die menschliche Sicherheit wirklich mit Waffen verteidigen kann und ob dann, wenn man das nicht mehr kann, die Aufrüstung — in welcher Form auch immer — und eine Mitbeteiligung dabei — in welcher Form auch immer — nicht sinnlos sei. Wir Pazifisten antworten auf diese Frage mit einem eindeutigen Nein. Nun gut! Diejenigen unter uns, die die restlose Gültigkeit unserer Antwort bezweifeln mögen, sind aber doch mit uns völlig einig, wenn wir sagen: In einem gespaltenen Deutschland jedenfalls werden wir jeden Versuch, Einheit und Freiheit mit der Waffengewalt zu erzwingen, die die Aufrüstung in Ost und West geschaffen hat, mit ihrem völligen Verlust und um den Preis eines deutschen Bruderkriegs zu bezahlen haben. Daher kommt — ob Pazifist oder nicht — unser unbedingtes Nein zur Wiederaufrüstung und zu der in der letzten Woche im Bundestag beschlossenen Wehrpflicht. Die Politik Adenauers, die uns die Politik der Verträge, die Wiederaufrüstung und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschert hat, ist dabei ebenso aus dem Geist der Politik von gestern, wie das für jene Männer der Koalition gilt, die in dieser Frage das große Wort geführt haben, von Kiesinger über Behrendsen und Kliesing bis hin zu Manteuffel. Sie haben das zum Teil mit den uns bekannten nationalistischen Phrasen begründet. Der politische Kampf gegen den Geist von gestern wird sich in unserer Partei, besonders auch mit den jungen Genossen, weiter verstärken, und ich wünschte mir eine neue Paulskirchenbewegung gegen die eingeführte Wehrpflicht mit dem Protest und der Kampfbereitschaft aller Millionen in unserem Volk, die, auch wenn sie nicht unserer Partei angehören, doch, einig mit uns in unseren politischen Erkenntnissen, sich mit uns gegen die Wiederaufrüstung und die Einführung der Wehrpflicht wenden. Wir sollten uns dabei nicht als zu gut vorkommen, mit unseren klaren politischen Argumenten der Vernunft und der Klugheit auch die echten Gefühle, die es hier zu verteidigen und vor Verfälschung zu schützen gibt, anzusprechen, seelische Gefühle, die jeden bewegen und bestimmen, wenn es um Frieden, Freiheit und Wiedervereinigung geht; denn die andere Seite treibt rücksichtslos Mißbrauch mit solchen Gefühlen. Wir haben es in der Bundestagsdebatte erlebt. Man war stellenweise schamlos genug, echte menschliche Gefühle sogar ganz aufzuopfern nur um des Preises willen, einige junge Menschen mehr in den Zwang der Wehrpflicht zu pressen. Die Frage der Kriegsdienstverweigerung und die Lösung, die dieses Anliegen heute schon bei mehr als 100 000 Menschen gefunden hat, die sich dazu bekennen, ist dafür der beste Beweis. Die Regierungsparteien haben sich nicht gescheut, hier in der Abstimmung Entscheidungen zu fällen, die gegen den Geist und die Bestimmungen des Grundgesetzes ausgelegt werden müssen.

Sie tragen in erster Linie die Verantwortung dafür, wenn solche Stimmen lebendig werden, wie z. B. heute eine in der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Lockrufe der DDR“ ein Wehrdienstgegner veröffentlicht. Dort heißt es, daß die Regierung der DDR und der Nationalrat der kommunistisch gelenkten Nationalen Front am Dienstagabend beschlossen hätten, alle durch die allgemeine Wehrpflicht unmittelbar bedrohten Jugendlichen der Bundesrepublik in einer gemeinsamen Erklärung aufzufordern, sich der Bonner

Militärdiktatur zu entziehen. — Ich sage noch einmal: Wir dürfen auch von der Verantwortung für solche Nachrichten die Regierungskreise nicht freisprechen.

Ich möchte ein zweites sagen: Diese Kreise tragen auch die Schuld daran, wenn junge Menschen, mit echter Überzeugung und guten Gründen für die Sache der Kriegsdienstverweigerung ausgerüstet, in Gefahr geraten, sich radikalisieren zu lassen oder radikal zu werden. Mit Blick auf die Entscheidungen, die selbst zu der Frage der Kriegsdienstverweigerung in der letzten Woche durch die Regierungsparteien deutlich wurden, ist das verständlich. Die Haltung der SPD seit ihrem Beschluß auf dem Berliner Parteitag und die Arbeit der Bundestagsfraktion in der Frage der Kriegsdienstverweigerung geben den jungen Menschen, den Kriegsdienstverweigerern, großes Vertrauen zur SPD. Ich glaube, neues Vertrauen wird zum alten hinzukommen, wenn die Partei die Proteste gegen die Einführung der Wehrpflicht unbeirrt weiterführt und wenn die Partei auf diesem Parteitag beschließt, was die Entschließung zur Wehrfrage beinhaltet, daß das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. (Glocke des Vorsitzenden.) Mit der Deutlichkeit, mit der diese Forderung vortragen wird, hoffe ich, werden wir gleichzeitig auch das Ohr und die Stimme aller der Menschen in unserer Bundesrepublik bekommen, die mit der Außenpolitik Adenauers und insbesondere mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht um gar keinen Preis als Deutsche in einem gespaltenen Volk — sich einverstanden erklären können (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Heinz Kühn, Köln. Ihm folgt der Genosse Franz Marx, München. — Einen Augenblick!

Die Mandatsprüfungskommission wird aufgefordert, sich am Vorstandstisch zu versammeln und die Prüfungskarten mit Mitgliedsbuch einzusammeln, damit sie arbeiten kann.

**Heinz Kühn** (Köln): Genossinnen und Genossen! In geradezu rollendem Einsatz hat uns eine gewisse Presse in den letzten drei Tagen in ihren sonst nicht sehr sozialdemokratenfreundlichen Spalten mit einem wahrlich penetranten Wohlwollen überschüttet. Nie — so kann man da lesen — war die Sozialdemokratie so nahe daran, Regierungspartei zu werden, ja sogar die regierungführende Partei zu werden, wie jetzt, wenn sie nur bereit wäre, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen! Das ist, man erwartet von uns hinsichtlich des Wehrgesetzes: Ihr seid besiegt! Nun fügt euch und findet euch damit ab! Dann seid ihr regierungsfähig und ministrabel. — Hier wird der Pferdefuß dieses ganzen neugewonnenen Wohlwollens sichtbar. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dieser Parteitag hat die Pflicht, weithin sichtbar zu bekunden, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre künftige Haltung zum Wehrpflichtgesetz ohne jede koalitionspolitische Spekulation festlegt. (Sehr richtig! — Lebhafter Beifall.) Ich bin froh, daß die diesem Parteitag vorliegende Entschließung zur Wehrpolitik keine Zweifel läßt. Darin steht: Das verbindliche Ziel der sozialdemokratischen Politik in der Zukunft ist, das Wehrpflichtgesetz wieder

aufzuheben. Ich will nicht verhehlen: Mir und vielen Freunden wäre es richtiger erschienen, es vielleicht noch etwas unmißverständlicher und klarer zum Ausdruck zu bringen. Aber wir werden unseren weitergehenden Antrag angesichts dieser Entschliebung zurückziehen, angesichts der Tatsache, daß wir gewiß sind, daß der Parteitag sich darin einig ist, die Resolution hinsichtlich der Wiederaufhebung des Wehrpflichtgesetzes als bindende Verpflichtung des Handelns der Partei in der Zukunft zu interpretieren. Ohne koalitionspolitische Spekulationen, die anzustellen man uns — ich sagte es schon — angelegentlich anpreist. Wir müssen und dürfen nur handeln aus dieser Haltung der Glaubwürdigkeit und der Gesinnungstreue, und ich glaube auch, auf die Dauer ist Glaubwürdigkeit und Gesinnungstreue auch die beste Realpolitik, die eine Partei betreiben kann (Beifall). Wenn es richtig ist, und es ist richtig, daß Ollenhauer und alle die anderen Sprecher für uns im Bundestag gesagt haben, daß dieses Wehrpflichtgesetz ein nationales Verhängnis vom Standpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands aus ist, wenn es „unvereinbar mit den Interessen unseres Volkes“ ist, dann muß dieses Gesetz wieder zu Fall gebracht werden, wenn uns das deutsche Volk dazu die Möglichkeit gibt. Der Kampf ist noch nicht entschieden. Er wird weitergehen in der Diskussion und in der parlamentarischen Auseinandersetzung um die Dienstzeit, in der Diskussion um die ökonomischen Konsequenzen dieser von der Adenauerschen Mehrheit verabschiedeten Gesetze, und so wird, ob wir wollen oder nicht, die Auseinandersetzung um dieses Gesetz das Herzstück der Wahlauseinandersetzung 1957 sein. Damit ist die letzte Entscheidung noch nicht gefallen. Die Sieger der Bundestagsentscheidung vom Juli dieses Jahres mögen sehr leicht, sie *müssen* die Besiegten der Wahlauseinandersetzung in der neuen Bundestagswahl 1957 werden. Es ist gesagt worden, daß man die Wehrfrage nicht überschätzen dürfe, daß sie nur eine Frage unter vielen anderen ähnlich wichtigen sei. Das ist richtig. Die Entwicklung der Preise, der Kampf um die Stabilität, die Kaufkraft unseres Geldes, alles das sind Punkte, die ebenso sehr im Mittelpunkt stehen. Aber ich glaube, die Frage des Wehrpflichtgesetzes wird eine der entscheidendsten Fragen für den Wahlausgang 1957 sein, und bin sicher, daß wir dabei die großen Massen des Volkes hinter uns haben. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Meinungsbefragungsergebnisse immer ganz frei von Problematik sind. Ein englischer Politiker hat einmal gesagt, man benutze oft Statistiken wie Betrunkene Laternenpfähle, nicht zur Erleuchtung, sondern, um sich daran festzuhalten. So werden Statistiken oft mißbraucht. Aber einen Tatbestand gibt es in allen Statistiken der Meinungsbefragter: Daß die junge Generation Deutschlands in überwältigender Mehrheit gegen das Wehrpflichtgesetz steht. Nicht einmal 25 Prozent wünschen die Wehrpflicht.

Nun, Genossen, ich möchte nicht, daß wir dieses Problem ausschließlich oder überhaupt unter propagandistischen Gesichtspunkten entscheiden. Dafür ist die Frage zu ernst. Wir müssen sie beurteilen aus einem Mindestmaß an Illusion und aus einem Höchstmaß an Verantwortung.

Mindestmaß an Illusion — auch das lassen Sie mich hier sagen — erfordert, daß wir erkennen, daß es, solange es diese Mehrheit im Bundestag gibt, nicht möglich sein wird, den demokratischen Charakter militärischer Institutionen endgültig und dauerhaft zu sichern, unabhängig davon, ob man den Weg des Wehrpflichtgesetzes oder den einer freiwilligen Basis für solche militärische



Kräfte wählt. Das Bulletin der Bundesregierung hat ganz deutlich gesagt, sie wolle die Bundeswehr als „politische Armee im kalten Krieg“.

Nun, angesichts dieser Grundhaltung der Mehrheit, glaube ich, sollte dieser Parteitag dem Appell Erich Ollenhauers folgen und die harte Arbeit und Mühe der Bundestagsfraktion anerkennen, die Bemühungen um die demokratische Fundamentierung dessen, was nun gegen unseren Willen geschaffen worden ist. So wenig man davon überzeugt sein kann, daß es auf die Dauer möglich ist, so sehr sollte man anerkennen, daß es angesichts dieser massiven Gegnerschaft doch gelungen ist, auf diesem Weg zum mindesten ein beträchtliches Maß an demokratischen Fundamenten zu legen und zu sichern.

Nun, ich sage, ein Höchstmaß an Verantwortung. Ich glaube, Genossen, wir können die allgemeine Wehrpflicht ablehnen, nicht nur aus innenpolitischen Gründen und aus Gründen der deutschen Wiedervereinigung. Wir können auch aus der weltpolitischen Analyse herauslesen, daß sich die Weltgeschichte unserer Argumentation zuwendet. Das wird in einem Jahr noch sehr viel deutlicher sein. Wir erleben doch einen Doppelprozeß der Entwertung der deutschen Divisionen, eine militärisch-technische Entwertung und eine weltpolitische Entwertung. Selbst die Sprecher der CDU haben im Bundestag bereits begonnen, sich von der Idee der NATO abzusetzen. Ich glaube, in dieser Bundestagsdebatte ist sichtbar geworden, daß es bei ihnen nicht so sehr Sicherheitsüberlegungen sind, die sie an den alten Vorstellungen festzuhalten zwingen, sondern einfach Bündnisrücksichten, nicht aber die nur vorgegebene Sicherheit des deutschen Volkes.

Manche Presse hatte in diesen Tagen gesagt — ich entsinne mich dieser Worte —: Wenn die Sozialdemokratische Partei hier gegen das Wehrpflichtgesetz eine Resolution beschließt, dann ist sie der Totengräber der Wehrpflicht. Da schwingt im Unterton doch mit, daß wir damit auf die Sicherung der Freiheit verzichten würden. Genossen! Diese Argumentation ist so töricht, daß dagegen zu polemisieren sich nicht lohnt. An Bekenntnissen zum Grundsatz der Selbstverteidigung der Freiheit, der Selbstsicherung der Freiheit, ist die Geschichte unserer Partei wahrlich so reich, daß es einer solch törichten Behauptung polemisch zu entgegnen eigentlich nicht bedarf.

Ich wollte zu einem zweiten Problem noch eine kurze Bemerkung machen. Durch die bisherige Politik der Bundesregierung ist uns die Wiedervereinigung mehr in die Ferne gerückt, als sie — Erich Ollenhauer hat es bereits gesagt — es noch vor wenigen Jahren war. Nicht die Angst vor der Zerspaltung Deutschlands, sondern die Angst vor der Entspannung in der Welt beherrscht die Politik des Bundeskanzlers. Das sieht man an einem so törichten und scharfmacherischen Begriff wie „Todfeinde“, den Kiesinger als eine „etwas altertümliche“ Formulierung des Bundeskanzler zu bagatellisieren versucht hat. Die deutsche Geschichtsschreibung wird Adenauer eines Tages nicht als eine Heilsfigur der deutschen Geschichte, sondern als ein deutsches Verhängnis charakterisieren (Beifall). Seine Politik wird zu Pankow hinführen, wenn das deutsche Volk in den kommenden Wahlen nicht eine Mehrheit gegen ihn setzt. Der Bundeskanzler kann sich die Wiedervereinigung nicht anders vorstellen als eine Gleichschaltung gewissermaßen nach dem Modell der Bundesrepublik. (Glocke des Vorsitzenden), als einen Akt kommunalpolitischer Eingemeindung, wie das einem rheinischen Oberbürgermeister im politischen Denken angemessen sein mag.

Kurz, die Wiedervereinigung wird ein sehr viel schwierigerer Prozeß sein, Genossen! Hier laßt mich ein kurzes abschließendes Wort sagen — die Klingel ruft mich vom Podium — an die Adresse derjenigen Kreise, die Verhandlungen mit Pankow wollen. Man darf diese Frage nicht aus gefühlsmäßiger Ungeduld lösen wollen. (Sehr gut!) Die Wiedervereinigung ist ein sehr schwieriger Prozeß. Ich glaube, daß wir sie auf dem Wege über Pankow nicht erreichen werden, sondern daß wir sie erreichen müssen in Ausnutzung aller Möglichkeiten, die für Verhandlungen mit Moskau gegeben sind.

Die Wiedervereinigung ist mehr als in der Vergangenheit zu einer Sache der Deutschen selbst geworden. Aber es wäre ein ungeduldiger und falscher Avantgardismus, zu glauben, daß wir nun mit Pankow verhandeln sollten. Damit würden wir das Gegenteil bewirken und würden die Figuren, die bereits im Begriffe sind, zu wanken, nur stabilisieren. Ich glaube, der Wiedervereinigung leisten wir einen besseren Dienst, wenn wir die deutsche Politik dazu bringen, und, wenn es uns nicht gelingt, bei der gegenwärtigen Bundesregierung dann darauf hinarbeiten, diese Regierung eines Tages selbst zu führen und dann alle Möglichkeiten auszunutzen, die in einer direkten Verhandlung mit Moskau gegeben sind (Glocke des Vorsitzenden), nicht in einer Politik der Umkehr, des Reversement des alliances, des Bündnisses mit dem Osten gegen den Westen, ebensowenig wie man die Wiedervereinigung mit dem Westen gegen den Osten erreichen kann. Wir erreichen sie nur durch eine aktive Politik *beim* Westen und *beim* Osten (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Genossinnen und Genossen! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich den gestern schon in Aussicht gestellten, heute zu unserer Freude erschienenen Morgan Phillips begrüßen. (Lebhafter Beifall.) Gleichzeitig begrüße ich Sam Watson, den Vorsitzenden des internationalen Unterausschusses der Labour Party. (Lebhafter Beifall.) Als Gäste aus Indien Asoka Metha, Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei von Indien, und in ihrer Begleitung Mrs. Seroff. (Lebhafter Beifall.) Wir freuen uns, daß Sie es möglich machen konnten, heute noch zu uns zu kommen. Den Gedankenaustausch, der üblich ist und auch hier nicht ausgeschlossen werden soll, wollen wir auf morgen vertagen; heute wollen wir erst die Diskussion weiterbetreiben. Also nochmals herzlichen Gruß vom Präsidium des Parteitags.

Jetzt hat das Wort der Genosse Franz Marx, München. Ihm folgt Olaf Radke, Offenbach.

**Franz Marx** (München): Genossinnen und Genossen! Die Ausführungen Erich Ollenhauers ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Eine klare Distanzierung von der Bundesregierung auf allen Gebieten der Politik und gleichzeitig auch eine klare Alternative zur Regierungspolitik fand darin ihren Ausdruck. Die überzeugenden Argumente, bestätigt durch die Entwicklung, haben unsere Gegner nicht zu einer Korrektur ihrer bisherigen Haltung gebracht und haben es außerdem nicht vermocht, eine Änderung der deutschen Politik herbeizuführen. Alle noch so ernsthaften Appelle waren vergeblich. Und nicht nur das, Genossinnen und Genossen, sie wurden beantwortet — so ernsthaft sie gemeint waren — mit Unterstellungen, Verleumdungen und einer Diskriminierung, die im Hinblick auf die Ernsthaftig-

keit unserer Argumente und unserer Politik geradezu beschämend waren. An der Spitze dieser Unterstellungen und Verleumdungen steht der deutsche Bundeskanzler. Genossinnen und Genossen! Wir wollen das einmal mit aller Deutlichkeit auch auf einer solchen Kundgebung zum Ausdruck bringen. Von der Wahl der Bundeshauptstadt Bonn bis zu der Diskriminierung zweier sozialdemokratischen Bundestagskandidaten geht ein eindeutiger Weg dieses Kanzlers, eines Mannes, der zum Prinzip seiner politischen Handlungen den Satz gemacht hat: Der Zweck heiligt die Mittel.

Genossinnen und Genossen! Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir in unserem Kampf gegen diesen Kanzler und seine Regierung härter sein müssen, das bedeutet, daß unsere Angriffe entschlossener und, ich möchte sagen, rücksichtsloser sein müssen (Beifall). Mit welcher Hemmungslosigkeit arbeitet der Bundeskanzler! Er kann erst durch den Zwang von Gerichts-urteilen dazu veranlaßt werden, nachgewiesene Verleumdungen zurückzunehmen. Was hindert uns, Genossinnen und Genossen, hart und scharf zuzupacken, härter und schärfer, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir alle mußten es bei der letzten Debatte — und nicht das erste Mal im Deutschen Bundestag — wiederum erleben, wie dieser Kanzler bei der Begründung seiner Politik sich auch Kurt Schumachers bediente. Und hier muß diesem Mann, dessen Gegensätzlichkeit zu Kurt Schumacher nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf menschlichem Gebiet und noch weiter allen offenbar war, die schon im ersten Deutschen Bundestag die Auseinandersetzungen um die Bundespolitik erlebten, hier muß diesem Kanzler mit aller Deutlichkeit — Erich Ollenhauer hat es einmal getan — bei jeder Gelegenheit gesagt werden, daß er mit Kurt Schumacher aber auch nichts gemeinsam hat (Sehr richtig!).

Genossinnen und Genossen! Noch zu einer anderen Frage, zu unserer Stellung zur Wehrpolitik! Die Resolution, die uns vom Parteivorstand vorgelegt wird, hat offenbar noch nicht in der Öffentlichkeit die restlose Klarheit geschaffen, die zunächst wir von dieser Resolution haben. Auch die Äußerungen von Erich Ollenhauer, die sich auf dieses Problem beziehen, vermeiden zum mindesten in der Formulierung den Satz, der in der Entschließung steht, nämlich den Satz, daß die Partei das Wehrpflichtgesetz aufheben würde, wenn wir die deutsche Politik bestimmen würden. Der Genosse Ollenhauer sagte: Mit der Annahme des Wehrpflichtgesetzes ist nichts Unabwendbares geschehen. Und der zweite Satz lautete: Sie wird für eine Revision der Wehr-gesetze kämpfen — sie, die Partei. Genossinnen und Genossen! Das ist richtig. Aber es läßt doch manche andere Ausdeutung zu. Wir sollten im Hinblick auf die Unklarheiten, die gerade in der Vergangenheit innerhalb der Partei über die Wehrpflicht und die Wiederaufrüstung entstanden sind, jede Unklarheit vermeiden. Wir sollten ganz klar und eindeutig und immer wieder zum Ausdruck bringen, daß, wenn die Partei nach der nächsten Bundestagswahl zu einer überzeugenden politischen Kraft in Deutschland wird, dann ihre Aufgabe darin bestehen wird, das Wehrpflichtgesetz aufzuheben. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich warne vor einer Politik, die auf einer Propaganda der Unklarheit aufgebaut ist. Denn wenn wir in Deutschland die entscheidenden politischen Bestimmungen mit treffen können, dann dürfen wir im Hinblick auf eine mögliche Regierungstätigkeit keine Korrektur unserer Politik vornehmen. Das ist eine verhängnisvolle Sache, und davor möchte ich

warnen. Denn das würde keiner in Deutschland mehr verstehen. Entweder, Genossinnen und Genossen, verzichten wir auf eine solche Formulierung — und davor möchte ich warnen — oder aber wir müssen uns mit der vollen Konsequenz auch nach der nächsten Bundestagswahl für eine solche Formulierung einsetzen. Denn dann wird unsere Politik überzeugend und so klar sein, daß sie auch zu einem überzeugenden Sieg unserer Partei in der deutschen Politik führen wird (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Radke aus Offenbach. Ihm folgt Arno Behrisch aus Hof.

**Olaf Radke** (Offenbach): Genossinnen und Genossen! Es ist erschütternd, daß ein Mensch, wie zum Beispiel der Genosse Ollenhauer, der in seiner Person und in seiner politischen Laufbahn und durch sein Leben die Gewähr dafür bietet, nicht nur gefeit gegenüber totalitären Bestrebungen zu sein, sondern der im Gegenteil ein aktiver Kämpfer für die Freiheit ist, bei der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vorab immer erklären muß, daß Voraussetzung dieser Wiedervereinigung Deutschlands die Garantie der Freiheit und der Demokratie ist. Es wird heute einem Politiker nicht mehr von vornherein unterstellt, daß eine Identifizierung mit dem System des Ostblocks von vornherein ausgeschlossen ist. Wer hat eigentlich diese doch so erschreckende Verlausung der politischen Moral in unser Leben gebracht? Ich glaube, an die Ausführungen des Bundeskanzlers in der Wehrpflichtdebatte anknüpfen zu können und auch ihn hierfür allein verantwortlich machen zu müssen.

Und so ist es in der Resolution zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auch wieder notwendig gewesen, unter IV, Ziffer 9 und 10, zu erklären, daß wir uns von dem Pankower System distanzieren und daß wir das Pankower System nicht als legale Vertretung der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone ansehen. Ist das aber notwendig? Die Frage stellen, heißt doch praktisch sie verneinen. Denn sollten wir immer nur unter der Furcht leben, ohne diese Erklärungen würden wir durch den Bundeskanzler mit dem Kommunismus identifiziert werden? Wir sollten uns doch endlich davon freimachen und uns von vornherein zugestehen, daß eine Identifizierung mit dem kommunistischen System für die Sozialdemokratische Partei eine Unmöglichkeit ist, auch ohne Erklärung. Denn was heißt diese Formulierung doch letztlich, gemessen wiederum an der Ziffer 11? Die Ziffer 11 der Resolution des Parteivorstands und des Parteiausschusses geht von der Realität der Spaltung Deutschlands aus und von der Realität, daß drüben in der sowjetisch besetzten Zone eine Regierung existiert, die im inneren Bereich eine tatsächliche, ja sogar furchtbare Macht ausübt. Darum sind wir in der Bundesrepublik allein in der Lage, das Los der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone zu verbessern, wenn wir durch Kontakte technischer Art versuchen, irgendwelche Erleichterungen zu erreichen, sei es in der Gefangenenfrage, sei es in der Verkehrsfrage, sei es auch im Austausch von Publikationen insbesondere kultureller Art.

Genossinnen und Genossen! Wenn das aber aus der Realität, wie es in Ziffer 11 dieser Resolution gesagt ist, tatsächlich notwendig wird, so ist der Unterschied, der zu der Formulierung der Ziffer 9 besteht, in der es heißt: Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht durch Verhandlungen

zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der sowjetisch besetzten Zone erreicht werden, weiter nichts als ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied mehr.

Warum aber geben wir diese Erklärung ab? Weil wir selbst unter der Furcht, möchte ich sagen, leben, wenn wir diese Erklärung nicht abgeben, mit dem System des Bolschewismus gleichgesetzt zu werden.

Aber diese Erklärung in Ziffer 9 stellt tatsächlich eine Gefahr dar, und zwar — und da möchte ich anknüpfen an das, was der Genosse Heinz Kühn gesagt hat — wir sollten hier nicht erklären, daß wir es für zwingend notwendig halten, zur Wiedervereinigung Deutschlands Verhandlungen mit der Regierung in Pankow zu führen, aber auch nicht daß wir niemals mit Pankow verhandeln. Wir sollten uns in dieser Frage weder positiv noch negativ festlegen, da das politische Geschehen heute mehr als je im Fluß ist. Wenn diese Resolution das darstellen soll, was man im amerikanischen politischen Bereich als das Plattform-Programm der zukünftigen Bundesregierung, gestellt von der Sozialdemokratischen Partei, ansieht, dann müssen wir bedenken, daß bis dahin — so Gott will, daß wir eine Mehrheit bekommen — noch ein Jahr und drei bis vier Monate vergehen. Was in dieser Zeit geschehen kann, weiß niemand hier im Saal. Aber durch diese Formulierung werden wir ad absurdum geführt, wenn z. B. die vier Besatzungsmächte beschließen — was die politische Situation jederzeit mit sich bringen kann —, daß bestimmte Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands tatsächlich nur durch Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der DDR gelöst werden können. Die UdSSR hat das ja heute schon — mit realem oder nur propagandistischem Hintergrund, mag dahingestellt sein — für Pankow erklärt (Glocke des Vorsitzenden).

Ich glaube, die Formulierung der Ziffer 9 beinhaltet sogar noch etwas anderes. Hier steht, daß die vier Mächte nicht aus ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands entlassen werden sollen. Das ist richtig. Aber, Genossinnen und Genossen, die vier Mächte, das sind das Vereinigte Königreich von Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika, betreiben eine Politik ihrer eigenen Interessen. Und es kann in der politischen Konstellation die Möglichkeit enthalten sein, daß die eigenen Interessen der vier Mächte eine Wiedervereinigung Deutschlands trotz Deklamationen und Erklärungen als nicht erwünscht erscheinen lassen. Deshalb sollten wir nicht nur sagen, daß die vier Mächte nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden sollen, noch sollten wir uns auch wegen der Verhandlungen, die unter Umständen mit Pankow stattfinden sollen, festlegen. Denn in einem oder in eineinhalb Jahren können vielleicht durch Verhandlungen mit Pankow, gemessen an dem Fluß der Verhältnisse im östlichen Bereich der Welt, unter Umständen Fakten entstehen, die dann die vier Mächte zwingen, sich über die Wiedervereinigung Deutschlands aus eigener Verantwortung und eigenem Interesse tatsächlich zu unterhalten.

Ich würde also empfehlen, den Parteitag zu veranlassen, sich zur Frage der Verhandlungen mit Pankow weder negativ noch positiv zu erklären, sondern der Partei hier die nötige Elastizität zu belassen. Die Resolution, die ja letztlich die Erklärung der zukünftigen sozialistischen Regierungspolitik sein soll, darf uns in dieser Frage nicht festlegen, wenn wir in einem Jahr oder in einem Jahr und vier Monaten die Mehrheit erhalten sollten (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Behrisch, Hof. Ihm folgt der Genosse Siegfried Aufhäuser, Berlin.

**Arno Behrisch (Hof):** Genossinnen und Genossen! Es ist manchmal gut, wenn man zurückschaut, weil man dann feststellen kann, wie weit der Weg nach vorne noch ist. Lassen Sie mich mit solch einer Rückschau beginnen! Am 12. April 1853 schrieb in der „New York Times“ ein kluger Mann, genannt Karl Marx, einen Artikel, dem ich einige Sätze entnehmen möchte.

Karl Marx sagte:

Wird die riesenhafte russische Großmacht auf ihrem Weg zum Weltreich innehalten? Selbst wenn sie wollte, werden es ihr die Umstände verbieten. Möglicherweise müssen die natürlichen Grenzen Rußlands von Danzig oder auch von Stettin bis Triest verlaufen. Rußland hat nur einen Gegner,

so sagte Marx

die explosive Kraft der demokratischen Ideen und den der Menschheit angeborenen Freiheitsdrang.

Nun, Genossinnen und Genossen, die Grenzen verlaufen von Danzig bis Triest. Und wo ist die Kraft der demokratischen Ideen, die explosive Kraft demokratischer Ideen, die man entgegenstellen könnte? Ich will — es ist nicht meine Sache — nicht von Europa und der Welt sprechen, ich spreche von Deutschland. Und da sehe ich, daß die Bundesregierung dieser Tatsache, die Karl Marx vor hundert Jahren aufgezeichnet hat, nur eines entgegengesetzt hat, einen alten, kümmerlichen, dritten Aufguß der Politik der Stärke.

Genossinnen und Genossen! Den ersten Aufguß haben wir von einem Krüppel kaiserlichen Geblüts bekommen, der vielleicht damals in diesem Gedanken festgehalten war und der ja auch in dieser Vorstellung aufgewachsen ist. Den zweiten haben wir vom Braunauer bekommen. Den dritten Aufguß dieser Politik, die schon zweimal katastrophal geendet hat, hat uns ein Mann beschert, der sich christlich nennt, der sich als christlicher Politiker bezeichnet.

Genossinnen und Genossen! In Schleswig-Holstein soll ein Plakat hängen, auf dem man sagt: „Eifert ihm nach, er war in seinem Leben nie Soldat.“ Ich finde, das ist eine gute Bezeichnung für diesen Kanzler. Denn Silone sagt in einem seiner Bücher sehr richtig: Keine Rede, keine Predigt und kein Buch überzeugt im Leben so wie das Beispiel. Wo ist ein Sohn dieses Bundeskanzlers, der sich freiwillig gemeldet hätte? Wo ist ein Ministersohn, wo ein Sohn dieser ganzen Wehrpolitiker, von dessen freiwilliger Meldung man erfahren hätte? Sie wollen die Jungen zum Wehrdienst, aber die Jungen der anderen, des Nachbarn; den eigenen möglichst nicht (Beifall). Genossinnen und Genossen! Wir haben aus der Denkschrift der Bundesregierung erfahren, was sie mit diesen Jungen vorhat. Ein Vater schrieb in einem Leserbrief etwas, was ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil es das trifft, was Millionen Mütter und Väter in diesem Lande empfinden. Dieser Vater schrieb:

Ja, diese Kommißenthusiasten, die die „höchste Pflichterfüllung“ unseren Jungen andrehen möchten, was wollen sie mit diesem Kriegshandwerk unseren Jungen beibringen. Worin besteht die Ausbildung dieser 18- bis 21jährigen? Sie sollen lernen, wie man zu Lande unbekannte Menschen,

genannt Feinde, mit gezieltem Schuß abknallt oder sie vielleicht einmal im unvermeidlichen Nahkampf kurz und schmerzlos, am besten hinterwärts umlegt, oder ein verheertes Land der verbrannten Erde hinterläßt, wie man aus der Luft Städte ausradiert und lebenswichtige Bauwerke oder Produktionsstätten durch Volltreffer zerstört oder wie man zu Wasser Schiffsbesatzungen zu Himmelfahrtkommandos verwandelt, kurzum Sachen, die im zivilen Leben nur Geisteskranken oder Kapitalverbrechern vorbehalten sind.

Und so sagt dieser Vater am Ende:

Diese heranwachsenden Jugendlichen, die, wenn sie etwas tun, nach den Jugendgesetzen behandelt werden, sollen als 24jährige noch nicht die Verantwortung tragen in einem Gemeinderat oder als Bürgermeister eines Dorfes von hundert Einwohnern, aber sie können als Truppenkommandeure über Leben und Gesundheit von Tausenden von Menschen entscheiden.

Genossinnen und Genossen! Weil Erich Ollenhauer Kurt Schumacher zitierte und das Wort vom Neubau Deutschlands erwähnt hat, für den Kurt Schumacher kämpfte, frage ich mich: Was ist denn hier los in dieser Bundesrepublik? Haben wir den Neubau oder haben wir nicht erlebt, daß sie den Schutt genommen, eingemahlen und damit wiederaufgebaut haben? Jeder Bauarbeiter aber weiß, daß Bauschutt, in dem Wanzen waren, für Neubau nicht taugt, und, Genossinnen und Genossen, wir haben die Wanzen in der Bundesrepublik, die braunen Wanzen der vergangenen Zeit! (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Da kommen sie noch mit der Phrase der Sicherheit — wir haben die Vertreter Asiens hier begrüßt, wir hatten die Vertreter Burmas in den letzten Tagen in Bonn —, unser Bündnis mit ihnen ist die größte Sicherheit für unser Land, jenseits aller Soldatenspielererei. Hierin liegt, meine ich, die größte Chance — wir müssen es nur an die Leute herbringen —, daß die Leute die Überzeugung haben, die Sozialdemokratie und nur die Sozialdemokratie wird meinen Jungen davor bewahren, daß er in die Mühle des Barras hinein muß. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Deshalb muß es klar sein: Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird den Barras hinwegfegen, und sie wird, meine ich, nicht nur die Verträge revidieren, sie wird eine Politik machen, die diese Verträge überwindet, die sie überflüssig macht.

Und da komme ich zu dieser Alternative, die uns Sicherheit gibt. Hören wir nicht von den Vertretern Asiens täglich, wonach sie schreien? Hören wir nicht von den Sozialisten Indiens, Burmas, Thailands und Indonesiens, daß sie, wenn sie nicht dem Kommunismus verfallen wollen, Hilfe brauchen? Hier in diesem Land steht der drittgrößte Produktionsapparat dieser Welt. (Glocke des Vorsitzenden).

Genossinnen und Genossen! Unsere Lösung — und jede Mutter, jeder Vater, jeder Junge in diesem Lande muß es begreifen — muß sein: Wir werden die Blankschen Kasernen demontieren, nicht indem wir sie wegschaffen, soweit sie stehen; wir werden sie zu Lehrwerkstätten machen, und wir werden die deutschen Jungen, Genossinnen und Genossen, nicht als Soldaten, nicht als Eroberer in die Welt schicken, wir werden sie nach Asien schicken als Monteure, als Ingenieure, die Mädchen als Krankenschwestern, kurzum als alles

das, was man dort braucht (Unruhe). Ich glaube, Genossinnen und Genossen, niemand wird das Deutschland ankreiden, niemand wird es wagen, ein Deutschland anzugreifen, das sich mit diesen aufsteigenden Kräften Asiens verbündet hat, niemand wird es wagen, mit einem solchen Deutschland anzubandeln. Ich meine, das wäre die einzige Sicherheit, die dieses Land der Mitte mit dem drittgrößten Produktionsapparat dieser Welt haben kann.

Und darum ist meine Meinung, Genossinnen und Genossen — und das war sie auch, als ich im Bundestag zu dieser unter uns strittigen Sache nein gesagt habe —: Die Sozialdemokratie, Genossinnen und Genossen (Glocke des Vorsitzenden), muß einem Vorwurf ausweichen, der ihr 1953 angeheftet wurde, dem Vorwurf nämlich, daß sie eine Partei sei, die mit halben Mitteln auf halben Wegen zu halben Zielen zauderhaft strebe.

Das Referat Ollenhauers gibt uns die Gewähr des Erfolges, wenn wir den nötigen Druck dahinterlegen, daß wir, Genossinnen und Genossen, jene Kräfte in diesem Lande mobilisieren, die uns befähigen werden, mit dem Blankschen Zauber aufzuräumen. (Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Aufhäuser.

**Siegfried Aufhäuser** (Berlin): Genossinnen und Genossen! Wir beraten uns über die Wiedervereinigung Deutschlands in einem Augenblick, in dem die Welt nicht nur politisch, sondern auch in ihren wirtschaftlichen Systemen in Bewegung geraten ist. Wir können die ökonomische Seite der Wiedervereinigung von diesem großen Umbruch in der Welt nicht trennen. Diese Wiedervereinigung steht nicht nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Außenpolitik und mit der Wehrpolitik; sie ist auch ökonomisch bedingt von dem tiefen Gegensatz, der auch in der wirtschaftlichen Frage zwischen der heutigen Bundesregierung und der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften besteht. Diese Gegensätze über den Weg, auf dem die Wiedervereinigung ökonomisch erfolgen soll, zur heutigen Bundestagsregierung sind nicht geringer als die tiefe Kluft, die sich in der Frage der Wehrpolitik zwischen Regierung und Sozialdemokratie aufgetan hat. Unsere Bundesregierung in Bonn hat es noch nicht erfaßt, daß die ökonomische Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland weit mehr ist als eine Frage der Tagespolitik, und es wird die Aufgabe dieses Parteitages sein, ihr klarzumachen, daß wir diese ökonomische Wiedervereinigung nur im sozialistischen Blickfeld sehen können und dürfen.

Genossen! Wir sehen heute, wie die Technik alle Völker in Unruhe versetzt hat und wie die Gefahr auftaucht, daß die Technik den Menschen meistert, während wir wünschen, daß der Mensch auch die heutige moderne Technik überwindet. An dieser großen Wende der Wirtschaftssysteme in der ganzen Welt haben wir Gelegenheit zu einer neuen, starken und intensiven sozialistischen Kraftentfaltung mit dem Ziel einer Neugestaltung der gesamten deutschen Wirtschaft einschließlich der einzugliedernden Ostwirtschaft. Wenn die Sehnsucht jener Menschen in Ostdeutschland am Tage X keine Enttäuschung werden soll, dann liegt es vor allem an der ökonomischen Entscheidung, die wir zu treffen haben. Es kommt dann darauf an, daß an diesem Tage X wirtschaftspolitisch weder eine Gleichschaltung mit der dirigierten



Zwangswirtschaft des Ostens stattfindet noch sich das Wirtschaftswunder des Westens etwa wiederholt.

Genossen! Es wird an uns liegen, Herrn Professor Erhard daran zu hindern, daß seine überhitzte und überspitzte Markt- und Profitwirtschaft im neuen Gesamtdeutschland nicht etwa zur Salzsäule zu erstarren braucht. Wir stehen heute auf diesem Parteitag in dieser Frage unter dem Gesetz der Stunde. Für Bonn war bisher die wirtschaftliche Wiedervereinigung weiter nichts als der Einbau der mitteldeutschen Industrie in das Wirtschaftssystem, weiter nichts als eine Fortführung der Wiedergutmachung, der Reprivatisierung ohne jede Rücksicht darauf, wie sich der Markt in Ostdeutschland in den zurückliegenden Jahren entwickelt hat, und ohne Rücksicht darauf, welche Betriebsformen heute in Ostdeutschland üblich geworden sind.

Genossen! Wir können in diesen ökonomischen Fragen nicht nur die Fehler der Kommunisten sehen, sondern wir sind gezwungen, hier auf die Tatsachen zu sehen und zu erkennen, daß diese große ostdeutsche Wirtschaft marktmäßig bereits völlig in den ganzen Ostblock hineingewachsen ist, und daß es auch darauf ankommt, nicht nur die Absichten Adenauers zu erfüllen, sondern darauf, die künftige gesamtdeutsche Handelspolitik auch auf dieses Gebiet, mit seinen bis nach China reichenden Märkten, auszudehnen. Wir können aus den Zahlen, auch wenn wir nicht immer alle für voll nehmen, die uns aus dem Osten berichtet werden, doch feststellen, daß nicht nur die Einfuhr der Rohstoffe aus dem Osten nach dem heutigen Ostdeutschland einen enormen Umfang angenommen hat — Rohstoffe wie Wolle, Kautschuk und anderes —, sondern daß auch die Ausfuhr der Fertigwaren, wie Maschinen, chemische Produkte und anderes, aus Ostdeutschland zu Dreiviertel der gesamten Produktion in den osteuropäischen Ländern und darüber hinaus in Asien und in China abgesetzt worden ist. Auch der neue Fünfjahresplan der Ostregierung zeigt, daß man den Export um ein weiteres Viertel steigern will, und trotz aller Skepsis, mit der wir diesen Zahlen begegnen, sollen wir doch auch diesen Tatbestand der ostdeutschen Wirtschaft nicht bagatellisieren und etwa erwarten, daß die ostdeutsche Wirtschaft mechanisch nach dem Rezept von Adenauer und Erhard an die westdeutsche Wirtschaft angeglichen wird.

Partei Vorstand und Parteiausschuß haben bereits in ihrer Vorlage mit Recht darauf hingewiesen, daß es nicht angehe, die Wiedergutmachung und die Reorganisation der ostdeutschen Wirtschaft zu einer Einheit zu machen, sondern daß sie getrennt behandelt werden und dem künftigen gesamtdeutschen Parlament die Bewegungsfreiheit vorbehalten bleiben muß, welche Betriebsformen in Zukunft in Ostdeutschland für die Industrie und den Handel empfohlen werden dürfen. Selbstverständlich soll in der Wiedergutmachung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verfahren werden. Aber die Sozialdemokratische Partei kann sich in dem Programm, das sie in nächster Zeit ausarbeiten will, auch bei der Einigung mit Ostdeutschland nicht einfach die Eigentumsbegriffe zu eigen machen, die heute bei uns vorherrschend sind, ohne Vorbehalte zu erheben (Glocke).

Ohne auf weitere Einzelheiten eingehen zu können, muß ich sagen, Genossen: Die Mission der Sozialdemokratie auf ökonomischem Gebiet ist bedingt, und so sehr wir auf der einen Seite den Pseudosozialismus der Kommunisten und Bolschewisten ablehnen, ebensowenig lassen wir uns bei der Wiedervereini-

gung unsere eigenen Ideale für den Sozialismus rauben. Was man uns nicht rauben kann, weder Ulbricht noch sein Vorgesetzter in Moskau, ist unser Bekenntnis und unsere Begeisterung für den Sozialismus (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Es wird mir mitgeteilt, daß eine Reihe von Delegierten den Ausweis und den Mitgliederbogen noch nicht abgegeben hat. Es werden Mitglieder der Mandatsprüfungskommission durch den Mittelgang gehen und die Bogen einsammeln. Ich bitte die Delegierten, dann ihre Hände zu erheben. Das Wort hat nunmehr der Genosse Lipschitz, Berlin. Ihm folgt der Genosse Hans Merten.

**Joachim Lipschitz** (Berlin): Vor knapp einer Woche haben die sowjetischen Behörden in Karlshorst dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, unserem Genossen Otto Suhr, das berühmte — oder berüchtigte, wie man will — Funkhaus in der Masurenallee ohne jede Bedingung und Auflage übergeben. Bei diesem Übergabeakt waren weder Vertreter des Ostmagistrats oder Vertreter der SED dabei, sondern es handelte sich ausschließlich um eine Formalität zwischen Behörden des Berliner Senats und der sowjetischen Militäradministration. Diese Tatsache zeigt doch sehr deutlich, daß man in der gegenwärtigen Situation die Nerven behalten soll, und daß die Sowjets durchaus bereit sind, auch über die SED und ihre staatlichen Organe in der sowjetischen Besatzungszone zur Tagesordnung überzugehen, wenn direkte Verhandlungen mit westdeutschen oder Westberliner Stellen den Sowjets unmittelbare Vorteile versprechen. Aus diesem Grunde meine ich, Genossen, könnte man diesen Vorgang als Symptom werten und die Frage direkter Verhandlungen zwischen Pankow und Bonn jetzt auf dem Parteitag nicht etwa zu einer Frage von Mut und Furcht machen (Beifall).

Wenn ich mich persönlich dazu bekenne, nicht bereit zu sein, mit Pankow zu verhandeln und insofern die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution in diesem Punkt unbedingt bejahe, dann — gestatten Sie mir das Wort — verbitte ich es mir aber ganz energisch, deswegen mich mit weniger Mut ausgestattet zu sehen als jene, die für direkte Verhandlungen eintreten. Ich glaube, man darf in diesem Zusammenhang die vom Genossen Ollenhauer gemachten Bemerkungen nicht einfach überhören. Er hat sehr klar darauf hingewiesen, daß die Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands nur im Zusammenhang mit einem europäischen Sicherheitssystem zu sehen ist, also einem System, an dem alle vier Mächte teilzunehmen haben. Wenn man diese These bejaht, ist es eine Utopie, daß Deutschland nun plötzlich seine Wiedervereinigung als ein separates nationales Problem lösen kann, losgelöst von der europäischen Frage. (Sehr richtig!) Er hat weiterhin gesagt, und auch das kommt bei den Gegenargumenten zu kurz, daß das System Ulbricht sozusagen das System der letzten Stalinisten im Ostblockbereich ist. Dazu ist nicht uninteressant, sich zu vergegenwärtigen, daß an der letzten Parteikonferenz der SED zum erstenmal seit ihrem Bestehen keine Delegation der KPdSU teilgenommen und daß vor Beginn des Referats von Ulbricht der sowjetische Botschafter Puschkin ostentativ den Raum verlassen hat. Wenn man diese Tatsache richtig wertet — und Protokollfragen spielen im östlichen Bereich womöglich noch eine größere Rolle als bei uns —, gibt es für die eigentliche Überlegung nur zwei Alternativen: Entweder man geht davon aus, daß die

SED heute noch eine von Moskau gelenkte Partei ist; wenn das der Fall ist, warum sollen wir dann mit den Handlangern verhandeln und nicht gleich direkt mit den Auftraggebern? Insbesondere dann, Genossen, wenn man das Gefühl nicht los wird, daß der Handlanger bereits seine Kündigung in der Tasche hat. Oder aber man betrachtet die SED nicht mehr als linientreu im bolschewistischen Block, dann wollen wir doch nicht zu denen gehören, die ihr zu einer Legitimation verhelfen, die die Sowjets im Begriffe sind, ihr zu entziehen. Man mag das mit allen möglichen Schattierungen betrachten, eines kommt bei der Betrachtung der direkten Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow zu kurz, nämlich die Frage der Wirkung auf die ostzonale Bevölkerung. Ich bedaure außerordentlich, Genossen, daß in diesem Zusammenhang mehrfach das Wort Sentiments gefallen ist. 19000 politische Häftlinge sind keine Frage des Sentiments, sondern eine fürchterliche Realität. (Starker Beifall.) Der Parteitag würde sich selbst untreu werden, wenn er noch vor wenigen Stunden unseren Genossen Szillat hier hat reden lassen und dann dafür eintritt, mit seinen Kerkermeistern in direkte Verhandlungen einzutreten. (Starker Beifall.)

Wir haben es alle als schmerzlich empfunden, als in den Jahren 1933 bis 1945 Herrn Hitler zu einer Art Legitimität dadurch verholfen wurde, daß bei der Olympiade 1936 und nachher in Godesberg und an allen möglichen anderen Stätten die Demokratien kamen, ihm Besuche abstatteten und dadurch erst Gesellschaftsfähigkeit verschafften. Genossen, wir dürfen dasselbe nicht noch einmal tun. Selbstverständlich sagt jeder von uns ja zu einer offensiven Politik der Erleichterung der Situation der Bevölkerung durch Lockerung ihres schweren Loses. Jede Lockerung dieses schweren Loses muß von uns erkämpft werden. Aber alles das darf niemals angesehen werden als ein Ersatz für die Wiedervereinigungspolitik. Ulbricht kann für uns schon deswegen kein Gesprächspartner sein, weil der Preis, den wir für die Wiedervereinigung zu fordern haben, er selbst, Ulbricht, sein müßte. Er müßte also mit uns über die Bedingungen seines eigenen politischen Selbstmordes verhandeln, und wer macht denn das wohl gern (Beifall).

Was wir der Bundesregierung vorzuwerfen haben, ist etwas ganz anderes, Genossen. Wir haben ihr vorzuwerfen, daß sie im Grunde genommen niemals, wenn meine Beobachtungen mich nicht täuschen, ich darf unterstreichen niemals ernstlich die östliche Seite, die Sowjets, gefragt hat, welchen Preis sie vom deutschen Volk dafür fordern, daß eine Wiedervereinigung in Freiheit hergestellt wird. Man hat eigentlich mehr nach der Methode gearbeitet, wir kennen den Preis nicht, den die Russen verlangen, aber wir wissen von vornherein, daß er für uns zu hoch ist (Glocke). Ich habe die Sorge, daß die Zurückhaltung in dieser wichtigen Frage nach dem Preis für die Wiedervereinigung im Grunde genommen der Angst entstammt, daß ein Preis genannt werden könnte, der für ein Volk von nationaler Solidarität und Nationalstolz akzeptabel wäre, daß es dann aber keine Möglichkeit mehr gäbe, diesen Preis abzulehnen. (Starker Beifall.)

Mich erinnert die derzeitige Situation bisweilen an die Anekdote von dem preußischen Grenadier, der nach dem Kriege 1870/71, weil ihm keiner gesagt hat, daß der Krieg zu Ende ist, auf dem Posten stehengeblieben ist, auf den er hingestellt wurde, und wenn er nicht durch Zufall erfahren hätte, daß der Krieg zu Ende ist, wäre er wahrscheinlich dort gestorben. Mir kommt der

Bundeskanzler vor wie dieser letzte Grenadier, der letzte Postenhalter der Politik der Stärke, der hauptsächlich deshalb aushält, weil ihm noch keiner gesagt hat, daß von dieser Politik in der Zwischenzeit selbst die Auftraggeber erheblich abgekommen sind. Wenn wir aber im Bilde bleiben wollen: Es wäre genau so lächerlich, wenn wir jetzt mit dem letzten Grenadier des Stalinismus, Herrn Ulbricht, auf der östlichen Seite in Verhandlungen eintreten wollten. (Anhaltender Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Hans Merten; ihm folgt der Genosse Willy Brandt.

**Hans Merten** (Korbach): Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir können dem Genossen Lipschitz für seine außerordentlich logischen und klaren Darlegungen, die er dem Parteitag gegeben hat, nur von Herzen dankbar sein. Da ich diese Worte nur unterstreichen kann, kann ich es mir ersparen, was ich ursprünglich vorhatte, auf die Dinge einzugehen, die in diesem Zusammenhang angesprochen worden sind.

Es ist gesagt worden: Warum müssen wir immer von Frieden und Freiheit im Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung sprechen. Liebe Genossen! Ich glaube, wir müssen auch in unseren eigenen Reihen hin und wieder Umschau halten, ob es nicht da und dort Äußerungen gibt, die Leuten, die uns übel wollen, Veranlassung geben könnten zu sagen, daß die Sozialdemokratische Partei Kräfte in sich birgt, die hin und wieder mit dem Gedanken liebäugeln, es mit ein bißchen weniger Freiheit bei der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu versuchen. Wir müssen mit aller Klarheit, wie es der Genosse Lipschitz getan hat, herausstellen, daß es in der Frage der Wiedervereinigung für uns nur einen einzigen möglichen Weg gibt, und daß es keine Abweichung von diesem Wege geben kann, weil jede Abweichung von der Gegenseite sowohl hier in der Bundesrepublik als auch in der sowjetischen Zone ausgenutzt würde, um die stärkste Kraft, die um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ringt, eben die Sozialdemokratische Partei, aus dem Ringen auszuschalten. Es ist ganz klar, daß nicht nur Herr Ulbricht im Falle der Wiedervereinigung seinen Posten verliert; es wird noch einen zweiten geben, der in diesem Zusammenhang seinen Posten verliert, der vom Genossen Lipschitz sehr deutlich angesprochen worden ist. Die Sozialdemokratische Partei ist die Garantie dafür, daß hier nichts passiert, was weder den Frieden noch die Freiheit gefährden könnte.

Im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage möchte ich zu dem Antrag Ziffer 97 des Parteivorstandes noch eine Bemerkung machen. Dieser Antrag zur Wehrfrage hat offensichtlich ein Problem ausgeklammert, das uns sowohl bei der Beratung der Wehrfrage schlechthin als auch bei diesem Parteitag sehr heftig bewegt hat, das Problem der Kriegsdienstverweigerung. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, daß wir keiner Entschließung unsere Zustimmung geben können, die sich über die Frage der Kriegsdienstverweigerung einfach ausschweigt. Wir haben es im Bundestag erlebt, mit welcher Erbitterung gerade in dieser Frage gerungen worden ist, und zwar in erster Linie deshalb, weil die Regelung der Kriegsdienstverweigerung ein Prüfstein dafür ist, ob es in Zukunft bei uns in der Bundesrepublik noch so etwas wie uneingeschränkte Gewissensfreiheit geben wird oder nicht.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, der augenblicklich mit den notwendigen, nach der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Unterschriften versehen und beim Präsidium eingereicht wird:

Der Parteitag stellt fest:

Das Wehrpflichtgesetz beschränkt das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung (Art. IV Abs. 3 GG) in verfassungswidriger Weise. Dadurch wird zugleich das Grundrecht auf Gewissensfreiheit (Art. IV Abs. 1 GG) verletzt. Die Bundesrepublik Deutschland gerät in die Gefahr, ihre Freiheitlichkeit zu verlieren und zu einem Zwangsstaat der Gewissensvergewaltigung herabzusinken.

Der Parteitag erwartet von der Bundestagsfraktion und den unter Beteiligung von Sozialdemokraten gebildeten Länderregierungen und der gesamten Mitgliedschaft, jeden rechtlich und demokratisch zulässigen Schritt zu unternehmen oder zu fördern, der zur Abwehr dieses Rechtsbruchs geeignet ist.

Ich glaube auch, wir sollten um der Wichtigkeit dieser Frage willen den Antrag nicht als Ergänzung zu Ziffer 97 des Parteivorstandes bringen, sondern ihn als besonderen Antrag beschließen. Das scheint um so mehr notwendig zu sein, als aus den Verhandlungen der vergangenen Woche klar hervorgegangen ist, daß die Mehrheitsparteien im Bundestag bereit sind, die Kriegsdienstverweigerer in irgendeiner Weise von vornherein zu diffamieren. Es war immer wieder die Rede davon, man könne nicht jene schützen, die aus Faulheit, Bequemlichkeit oder persönlichem Gewinnstreben sich vom Wehrdienst drücken wollen. Wir haben nicht die Absicht, jenen irgendeine Freude zu machen. Es sollen aber auch jenen, bei denen es nicht Faulheit oder Bequemlichkeit, sondern echte Gewissensnot ist, Waffen in die Hand gedrückt werden, die sie womöglich auf ihre eigenen Verwandten abschießen müssen. Von dieser Gewissensnot wollte man einfach keine Kenntnis nehmen. Wahrscheinlich steht dahinter der Gedanke, daß das Ergebnis der Einberufungen, wenn man die Gewissensfreiheit in diesem Punkt uneingeschränkt anerkennt, weit hinter dem zurückbleibt, was man sich einbildet, unbedingt einziehen zu müssen. Schon die Abstimmung beim Bundesgrenzschutz war, obwohl sie unter erschwerten Umständen stattgefunden hat, ein warnendes Vorzeichen dafür. Wenn die Sozialdemokraten sich nicht schützend mit ganzer Kraft im politischen Raum hinter jene stellen, die aus der Not des Gewissens heraus diesen Wahnsinn nicht mitmachen können, wer soll sich denn dann hinter diese Menschen stellen? Deshalb ist uns hier eine Aufgabe gegeben, der wir uns in keinem Fall entziehen dürfen, erst recht nicht angesichts der Tatsache, daß wir gerade beim Wehrpflichtgesetz feststellen konnten, daß auf der Gegenseite die Herzensverhärtung schon so weit gegangen ist, daß eine Sprecherin sagen konnte, man könne die jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge, die ihre Eltern noch in der Zone haben, nicht von der Wehrpflicht freistellen, denn diese Flüchtlinge haben schon so viele Vorteile in der Bundesrepublik, man könne ihnen nicht auch noch diese Bevorzugung einräumen. Es ist nicht gelungen, vom Bundeskanzler auch nur ein Wort zu dieser Frage zu hören.

Ich habe noch eine andere Frage, die ich nur mit wenigen Worten ansprechen will, die sich mit dem Antrag 98 des Parteivorstandes befaßt. Unter Ziffer 5

des Antrags 98 wird in wenigen Worten über die Frage der Preise und der Sozialreform und anderes gesprochen. Ich glaube, daß wir als Sozialdemokratie die Aufgabe haben, zur Sozialreform wesentlich deutlicher und ausführlicher den Menschen draußen zu sagen, was wir vorhaben. Genosse Schellenberg hat bereits darauf hingewiesen, daß wir zwar sehr gute Gedanken haben, aber daß es uns bisher nur in unzureichendem Maße gelungen ist, diese Gedanken an die Menschen heranzubringen und damit politisch auszuwerten. Wir sollten auch mit größter Deutlichkeit sagen, daß wir uns mit allen Mitteln dafür einsetzen wollen, daß die Preise von der Höhe herunterkommen, auf der sie sich augenblicklich befinden, und zwar mit allen Mitteln, die die Gesetze bieten, und mit den Mitteln, die durch neue Gesetze geschaffen werden müssen. Diese Punkte müssen deutlicher herausgestellt werden, damit sie von den Menschen draußen auch verstanden werden, die sich dann in ihren politischen Entscheidungen danach ausrichten und uns folgen können in dem Kampf für Fortschritt, Frieden und Freiheit. (Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Willy Brandt, Berlin. Ihm folgt der Genosse Jochen Steffen aus Kiel.

**Willy Brandt** (Berlin): Genossinnen und Genossen! Für die deutsche Politik ist es von wichtiger Bedeutung, die niemand unterschätzen sollte, daß auf diesem Parteitag unsere Alternative zur Regierung Adenauer-Globke entwickelt wurde. Das ist, wie mir scheint, das Entscheidende, damit die Bevölkerung, um deren Vertrauen wir ringen, in positiver, vertrauenerweckender Form mit den wenigen zentralen Gesichtspunkten eines neuen Kurses in Deutschland vertraut gemacht wird, nämlich einer Außenpolitik, die in die heutige weltpolitische Landschaft paßt, einer aktiven und nicht formelhaften Wiedervereinigungspolitik, dem Ausbau der inneren Freiheit und einer modernen Politik der sozialen Sicherheit, der wirtschaftlichen Stabilität und des lebendigen Anschlusses an die revolutionierenden Erkenntnisse des menschlichen Geistes.

Was die Wehrfrage betrifft, Genossinnen und Genossen, so wäre es gut, wenn wir uns im Sinne der Ausführungen von Erich Ollenhauer überflüssige, mißverständliche Streitigkeiten in den eigenen Reihen ersparen könnten und wenn wir unterstellten, daß der zugrunde liegende Tatbestand von uns durchwegs einheitlich beurteilt wird. Unumstritten ist für uns doch, daß der Krieg, zusätzlich zu allen früheren Argumenten, als Mittel der Politik auszuschneiden hat, weil er – mit den modernen Zerstörungsmitteln geführt – die Vernichtung der Menschheit heraufbeschwört. Unumstritten ist auch, so möchte ich meinen, daß die gegenwärtige bundesdeutsche Politik mit der schrecklichen Gefahr verbunden ist, die Spaltung vertiefen zu helfen. Unumstritten dürfte aber auch sein, daß es uns, weil es uns andere aufzwingen, nicht erspart bleibt, uns mit den Fragen der tatsächlichen oder vermeintlichen Sicherheit leider noch zu befassen, und daß wir diese Auseinandersetzung mit dem gesunden Willen zur Macht zu führen haben. Eine große Partei, die regieren will, kann den Fragen der staatlichen Gewalt nicht ausweichen. So möchte ich in der uns vorgelegten Entschließung das Wort von der Revision der Wehrpolitik auf-fassen, und das andere absolut richtige Wort, daß die Verteidigung der Freiheit viel mehr ist als ein militärisches Problem.

Anders als einige der bisherigen Diskussionsredner, aber in Übereinstimmung mit anderen, insoweit auch mit Lipschitz, unterschreibe ich voll und ganz, was der Parteivorsitzende über Verhandlungen mit Pankow gesagt hat. Pankow hat keine demokratische Legitimation, und – von allem anderen abgesehen – kann es keine gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der beiden deutschen Teilstaaten geben; denn gerade dadurch würde die Teilung verewigt werden können. Man hat uns heute vormittag gesagt, die Sowjets hätten andere Forderungen erhoben. Dem haben wir meines Erachtens sachlich, aber beharrlich, unsere Auffassung entgegenzusetzen und um sie zu ringen. Unser Nein an die Adresse des Ulbricht-Regimes läßt sich aber sehr wohl vereinbaren erstens mit einem aktiven und unermüdlichen Einwirken auf Diskussionen und Entwicklungen in der Sowjetzone, auch in der SED, und zweitens mit einem Höchstmaß an Bemühungen darum, daß der vielfältige Kontakt zwischen der Bevölkerung in den beiden Teilen Deutschlands verstärkt wird und daß praktische innerdeutsche Fragen so vernünftig wie nur irgend möglich geregelt werden, um wo immer möglich jedenfalls die unsinnigsten Auswüchse des kalten Krieges alter Prägung beseitigen zu helfen.

Man fragt uns nach unseren Vorstellungen vom Weg zur deutschen Einheit. Heute ist es, glaube ich, nicht mehr möglich, unsere Vorschläge über ein System gemeinsamer Sicherheit, das Deutschland einen Status besonderer Art gewähren würde, lächerlich zu machen oder uns wegen solcher Vorschläge zu verdächtigen und zu diffamieren. Heute beginnt es zur Binsenwahrheit zu werden, daß wir mit unseren Freunden im Westen — ich sage trotz vieler Meinungsverschiedenheiten absichtlich „Freunde im Westen“; denn ich habe nicht vergessen, wer uns, ich komme ja aus Berlin, aber das gilt nicht nur für die Stadt Berlin, in schwerster Zeit es ermöglicht hat, zu überleben — heute beginnt es also zu einer Binsenwahrheit zu werden, daß wir mit unseren Freunden im Westen offen reden und uns um die Zustimmung der sowjetischen Seite ernsthaft bemühen müssen, wenn wir zu einer Lösung der deutschen Frage kommen wollen. Nachdem die Bundesregierung mit der Entdeckung Indiens durch Herrn Blücher begonnen hat, beginnt es sich auch herumszusprechen, daß wir in den Völkern der asiatischen Revolution Bundesgenossen in unserem Ringen um das nationale Selbstbestimmungsrecht zu finden haben und finden können, Freunde zu gewinnen haben, deren Verständnis und Hilfe wir vielleicht bei künftigen Erörterungen unserer Probleme, z. B. vor den Vereinten Nationen, sehr nötig haben können.

Von den innerdeutschen Voraussetzungen der Wiedervereinigungspolitik ist schon die Rede gewesen. Zu diesen inneren Voraussetzungen gehört weiterhin die Stadt Berlin, die durch ihr einfaches Dasein eine starke objektive Kraft gegen ein Sich-Abfinden mit zwei deutschen Staaten darstellt. (Beifall.) In der „Verbannung“ hat man sich bis in die letzte Zeit ernster Versäumnisse Berlin gegenüber schuldig gemacht, und wir haben immer wieder auf die Hilfe unserer Fraktion zurückgreifen müssen. Ich denke, was die Versäumnisse der anderen Seite angeht, beispielsweise an den Langwellensender, den man uns abspenstig machen möchte, und ich denke daran, daß Berlin erneut ausgeklammert wurde beim Gesetz über die direkten Wahlen zum Bundestag. Ich möchte aber auch, Genossinnen und Genossen, in diesem Kreis und vor den Delegierten des Parteitages ein schlichtes Wort des Dankes sagen für die vielen Beweise ursprünglicher Hilfsbereitschaft von seiten derer, die längst be-

griffen haben, worum es geht, und ich danke insbesondere als einer der Sprecher Berlins der Arbeiterwohlfahrt und vielen anderen Freunden für die großherzige Aufnahme unserer Berliner Ferienkinder. Das ist eine bessere gesamtdeutsche ursprüngliche Haltung als das formelhafte Hersagen bestimmter Parolen von anderer Seite. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich aber — und auch das gehört zum Thema des Weges zur Wiedervereinigung — muß, davon sind wir fest überzeugt, noch viel geschehen, um einen festen Willen in unserem eigenen Volk zu entwickeln. Die Dinge sind nicht stehengeblieben. Die Aufgeschlossenheit hat zugenommen, aber es fehlt noch viel daran, den unbeugsamen Willen zur Wiedervereinigung so zu entwickeln, daß man ihn nirgends in der Welt ignorieren kann.

Lassen Sie mich damit schließen, Genossinnen und Genossen, daß ich sage: Wir haben zwar ein „Kuratorium unteilbares Deutschland“, wir haben aber noch nicht eine „Volksbewegung unteilbares Deutschland“, und die wird nur entstehen können, wenn sie maßgebend mit getragen werden wird von den selbstlosen politischen Kämpfern der deutschen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Steffen aus Kiel.

**Jochen Steffen** (Kiel): Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, daß ich zunächst noch einmal auf den Antrag 95 des Parteivorstands eingehe, insbesondere auf die Ziffern 9, 10 und 11. Dieser Antrag des Parteivorstandes enthält, wenn wir genau hinsehen, in bezug auf das Verhältnis mit Pankow in der Frage der deutschen Einheit zwei Perspektiven, und ich glaube, daß wir es in der Diskussion bis jetzt versäumt haben, auf die Differenzierung dieser beiden Perspektiven hinzuweisen.

Es ist einmal die Frage zu stellen, ist es möglich, durch Verhandlungen zwischen Pankow und Bonn der Einheit Deutschlands näher zu kommen. Ich glaube, wir sollten mit dem Genossen Lipschitz der Meinung sein, daß es ein Novum wäre, zu meinen, eine Diktatur und noch dazu eine kommunistische Diktatur könnte durch die Stimme der Beredsamkeit zum freiwilligen Abdanken gezwungen werden. Insofern dürfte die Mehrheit der Partei dem Vorschlag des Vorstandes bestimmt zustimmen. Wir haben betont, daß wir nicht wollen, daß die vier Alliierten aus ihren Verpflichtungen für die Einheit Deutschlands entlassen werden. Aber, Genossinnen und Genossen, seit dem Ende des Krieges und seit dem Tag, wo die Alliierten gesagt haben, daß sie Deutschland weiterhin als eine Verwaltungseinheit betrachten wollen, sind etliche Jahre vergangen, und es bleiben doch zwei Tatsachen praktisch im Raume stehen: einmal die Tatsache, daß trotz dieser Versicherung seit 1945 die Handlungen der Alliierten alles andere als die Einheit Deutschlands gefördert haben, und die zweite Tatsache — und das ist die große Gefahr in der Entstalinisierung —, daß die Großmächte sich über die Köpfe Deutschlands hinweg auf eine Erhaltung des Status quo einigen könnten.

Wir alle, Genossinnen und Genossen, haben es lebhaft begrüßt, und unsere Sympathie galt dem Kampf der Arbeiter in Posen, wie ja auch unsere Sympathie und unser Beistand unseren Genossen und den arbeitenden Menschen in der sowjetischen Besatzungszone gegolten hatten. Eines aber dürfte doch



möglich sein, und das bitte ich in den Kreis der Erwägungen einzubeziehen, daß der Aufstand in Posen durchaus im Gefolge haben kann eine erneute Verhärtung des bis dahin in einem sehr raschen Fluß begriffenen östlichen Machtsystems. Es scheint mir durchaus möglich zu sein, daß der Aufstand in Posen nicht nur für Polen, sondern auch für die sowjetisch besetzte Zone eine Zäsur in der Umwandlung und fortschreitenden Entstalinisierung bedeuten könnte, und ich weiß nicht, ob unsere Partei sich von vornherein darauf festlegen kann, daß man bei den Verhandlungen, die dann notwendig sein könnten zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, sich dann von vornherein nur mit technischen Kontakten zufrieden geben kann. Die Staatsrechtslehrer mögen verschiedener Meinung sein und sind sehr verschiedener Meinung, in welchem Verhältnis die sowjetische Besatzungszone und die Bundesrepublik zueinander stehen. Ich bin nicht kompetent, um in diesem Streit der Staatsrechtler einzugreifen, aber es scheint mir die eine Tatsache zu bestehen, daß auf beiden Seiten ein Staatsapparat besteht mit allen Gewalten, die einem Staatsapparat zur Verfügung stehen, bewaffnete Macht, Beamtenapparat und Justiz, und es könnte nach meinem Dafürhalten doch durchaus eine nüchterne Perspektive sein, wenn man sagt, dieser Zustand in einem ehemals einheitlichen Staatsgebiet entspricht dem Zustand eines latenten Bürgerkriegs, und es kann durchaus die Situation kommen – und sie könnte vielleicht näher sein, als es uns scheinen mag –, daß uns schon sehr viel damit gedient ist, wenn wir die Einheit fördern könnten dadurch, daß wir einen verstärkten Kontakt zwischen den Menschen dieses auseinandergerissenen Deutschlands sicherstellen. Warum sollten wir dadurch die Stalinisten stützen? Wäre es nicht sehr wohl möglich, daß wir diese Verhandlungen, selbst wenn sie über den technischen Rahmen hinausgehen müßten, von gewissen Forderungen, von der Erfüllung gewisser Forderungen abhängig machen könnten? Könnte nicht in dieser Weise eine einwandfreie Hilfsstellung für die Menschen dort drüben in der sowjetisch besetzten Zone geleistet werden, wenn wir sagen, so wie die Situation ist, Verhandlungen, jawohl, aber ohne Ulbricht, ohne Melzheimer und ohne Benjamin und nicht, bevor die letzten politischen Gefangenen die Zuchthäuser verlassen haben? Insofern wäre es sehr wohl denkbar, wenn wir der Anregung, die von dem Genossen Radke gegeben wurde, in bezug auf die Abfassung des Antrags 95 stattgeben würden.

Es kann bei der Haltung unserer Partei seit 1945 keinen Zweifel darüber geben, daß die Sozialdemokraten das nicht tun, um das kommunistische Regime und die kommunistische Diktatur zu stützen. Wir wissen sehr wohl, daß, wenn die Jauche des Stalinismus auch durch das Filter der Selbstkritik gegossen würde, es darum immer noch nicht der reine Wein des freien Gewissens und der Menschenwürde geworden ist. Wer aber Politik machen will und die Einheit Deutschlands als das notwendigste Ziel dieser Politik betrachtet, kann nicht darauf verzichten, auch diesen Weg zu gehen (Beifall).

**Vorsitzender von Knoeringen:** Es spricht der Genosse Hüllen-Westliches Westfalen.

**Aloys Hüllen (Siegen):** Genossinnen und Genossen! Ich möchte einmal versuchen, meine Zeit nicht auszuschöpfen, und hoffe trotzdem, das zu sagen, was zu sagen ich beauftragt bin. Ich bin vom Unterbezirk Siegen-Wittgenstein delegiert und habe als Delegierter einen festen Auftrag bekommen. Dieser Auftrag

ist in vielen Ortsvereinen und Distriktsversammlungen nicht von kühlen Politikern, sondern von einfachen Genossen und Menschen diskutiert worden. Ein großer Teil von ihnen hat in den Jahrzehnten seiner Zugehörigkeit zur SPD das gehalten, um was unser allseits verehrter Genosse Wissell mit so zu Herzen gehenden Worten die Jugend gebeten hat! Sie haben jahrzehntelang in unwandelbarer Treue trotz Verfolgung, Gefängnis und Konzentrationslager unter Einübung ihrer Gesundheit der Sozialdemokratischen Partei die Treue gehalten. Diese und nicht nur diese, sondern ohne Ausnahme alle Genossen haben mich beauftragt, den Antrag Nr. 33 zu begründen und dem Parteitag gemäß diesem Antrag darzulegen, jede Art von Militär und erst recht die Wehrpflicht abzulehnen. Ein Teil der Diskussionsredner, die vor mir gesprochen haben, hat mir einen Teil der Begründung vorweggenommen, und es erübrigt sich, dies zu wiederholen. Ich will sie nur, sofern sie sich kompromißlos gegen jede Art von Remilitarisierung wenden, voll unterstreichen. Genosse Ollenhauer selbst hat eine Reihe von Argumenten in diesem unserem Sinne vorgebracht. Ich gehe aber nicht einig mit ihm, mit seinem Argument, durch die Mitarbeit an den Wehrgesetzen das Militär demokratisieren zu können. Ich habe selbst zwei Jahre aktiv gedient, habe den Krieg mitgemacht und war fünf Jahre nach dem Krieg in Kriegsgefangenschaft. Meiner bescheidenen Ansicht nach kann es beim Militär nur eine Form von Verständigung geben, und das ist der Befehl und die Ausführung des Befehls. Ich weigere mich, ein Feuerwerk aufzubauen, das angeblich nicht abgebrannt werden soll und das, wenn es aufgebaut ist, dann doch jeder Depp in Brand stecken kann, so daß dann die schönste Knallerei in Gang ist. Anders gesagt: Ich glaube nicht, daß der H-Bombe ihre Gefährlichkeit genommen wird, wenn man sie im Pazifik über einem kleinen, einsamen Atoll zur Explosion bringt, sondern bin der felsenfesten Überzeugung, daß die H-Bombe nur dann nicht gefährlich ist, wenn sie erst gar nicht hergestellt wird.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, der Parteitag möge den Antrag Nr. 33 des Ortsvereins Siegen als den weitergehenden Antrag beschließen.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Fritz Erler.

**Fritz Erler** (Pforzheim): (Mit Beifall begrüßt): Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist heute wieder einmal gerungen worden um die Frage, was in der deutschen Politik geschehen kann, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu erreichen, und wieder einmal sind bei dem Tasten nach den möglichen Wegen auch Freunde aus unseren Reihen zu einer sorgsam Prüfung der Frage gelangt, ob nicht doch durch Gespräche mit den Machthabern der sowjetischen Besatzungszone ein Schritt auf dem Wege der Wiedervereinigung getan werden könnte. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß ich zu dieser Frage mit jedem Satz einverstanden bin, den der Genosse Lipschitz hier ausgesprochen hat. Und zwar warum?

Ich bin dafür, daß alles getan wird, um durch die Ausnutzung jedes denkbaren Kontakts mit denen, die tatsächlich die Gewalt in der Sowjetzone in der Hand haben, so viel an Bewegungsfreiheit für die Deutschen in ihrem Verkehr über die Zonengrenze hinwegzuschaffen, wie nur irgend erreicht werden kann, einfach darum, damit das Gefühl lebendig bleibt, daß wir *ein* Volk sind und nicht zwei. Ebenso nüchtern sollten wir aber auch einsehen, daß es das

Unmögliche verlangen heißt, mit einem Regime über die Bedingungen seiner eigenen Abschaffung verhandeln zu wollen. Der Schlüssel dazu liegt in Moskau und nirgends sonst! (Zustimmung.) Ich gebe aber zu, wenn einmal — und dafür müssen die Voraussetzungen in Bonn, also praktisch durch die nächsten Bundestagswahlen geschaffen werden — eine deutsche Bundesregierung in sorgsamer Absprache mit den westlichen Vertragspartnern — auch das ist erforderlich — endlich die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ausnutzt, um mit der entscheidenden Macht, die das letzte Wort in der Frage der deutschen Einheit allein sprechen kann, zu klären, wenn das geschehen ist, wenn wir wissen, woran wir mit den Sowjets selbst sind, wenn es sich dann nur noch um die Ausführung der Vereinbarungen handelt, die wir mit der Sowjetunion getroffen haben, dann bin auch ich durchaus bereit, mich mit jedem zusammzusetzen — da dann an den Vereinbarungen selbst nichts mehr geändert werden kann —, um die Modalitäten der praktischen Durchführung der Einigung über die Wiedervereinigung durchzuführen (Beifall). Aber umdrehen können wir diese Reihenfolge nicht. Sonst würde man sehr rasch merken, daß sich einem ernstesten Gespräch zwischen den frei gewählten Vertretern des deutschen Volkes und der Sowjetunion die Pankower Herren sogar ganz bewußt in den Weg stellen und neue Hindernisse auftürmen; denn es geht ja um ihre Macht, die sie behalten wollen (Beifall).

In diesem Zusammenhang ist auch der Zustand diskutiert worden, den das wiedervereinigte Deutschland einmal haben soll. Da fiel das Stichwort von den sozialistischen Errungenschaften, das eigentlich von denen drüben ausgegeben wurde. Ich möchte hier klar sagen — Genosse Ollenhauer hat das ganz ausführlich behandelt —, es gibt Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur der Sowjetzone, die man nicht einfach ungeschehen machen kann, die nach vorne entwickelt werden müssen. Wir können und wollen die früheren Privilegien nicht wiederherstellen, aber die kommunistischen Privilegien, die müssen gebrochen werden (Beifall). Und deshalb meine ich, daß wir unter gar keinen Umständen eine Diskussion über den sozialen Umwandlungsprozeß in der sowjetischen Besatzungszone auf das Geleise bringen lassen dürfen, welche kommunistische Hypotheken auf Gesamtdeutschland bestehen bleiben könnten. Der Genosse Radke hat in diesem Zusammenhang davor gewarnt, durch eine ausdrückliche Erklärung noch einmal festzustellen, daß es keine Identifizierung des freiheitlichen Sozialismus mit dem kommunistischen System gebe, weil das selbstverständlich sei. Der Genosse Radke hat vollkommen recht; das ist selbstverständlich.

Aber sind wirklich die Wähler in unserem Lande alle politisch so informiert, daß sie das Selbstverständliche schon begriffen haben? Ist man draußen in der Welt, auch in den Ländern, mit denen wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten und pflegen müssen, wirklich so aufgeklärt, daß es gar keine Verwechslungsmöglichkeit mehr gibt? Hat nicht die Diffamierungskampagne insbesondere des Jahres 1953 im deutschen Volk und in der Welt draußen verhängnisvolle Früchte getragen? Ist es daher nicht einfach ein Gebot der Gerechtigkeit und der Klarheit im politischen Leben, wenn wir jedem deutschen Wähler und jedem an der Politik interessierten Ausländer klar und unmißverständlich sagen: Wer einen Sozialdemokraten wählt, hat nicht etwa damit einen halben Kommunisten gewählt, sondern den Vertreter der Freiheit, und das ist etwas völlig anderes (Beifall).

Die Beleidigungsprozesse gegen die Diffamierungen aus dem sogenannten christlichen Lager erfreuen zwar die Gemüter, aber auf die Wahlentscheidung haben sie keinen Einfluß, weil sie hinterher kommen. Deshalb muß unsere Politik dahin gehen, trotz der zu erwartenden neuen Diffamierungen ein Klima in Deutschland und in der Welt zu schaffen, das ihnen von Anfang an die Glaubwürdigkeit nimmt.

Nun noch rasch ein paar Sätze zu einem anderen Thema. Wiederholt wurde gesprochen von der Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an den Wehrgesetzen, und da wurde etwas durcheinandergebracht, was wir sorgsam scheiden wollen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist in den Bundestag gewählt worden, um auf jedes Gesetz, das diesen Bundestag passiert, auch wenn es ein Gesetz ist, das wir im ganzen ablehnen, so viel wie möglich Einfluß zu nehmen. Wir sind hingeschickt, um zu handeln und nicht um davonzulaufen. (Lebhafter Beifall.) Das gilt also auch für die sogenannten Wehrgesetze, die wir abgelehnt haben, das Freiwilligengesetz, das Soldatengesetz und jetzt das Wehrpflichtgesetz. Und dann gibt es noch den anderen Komplex, den Erich Ollenhauer ausführlich behandelt hat, den Komplex nämlich, daß wir die Verpflichtung in uns spürten (und ich glaube, wir haben recht daran getan, so gehandelt zu haben), dann, wenn die Bewaffnung der Bundesrepublik nicht verhindert werden konnte, in die Verfassung diejenigen Schutzbestimmungen einzubauen, die dem Schutz der demokratischen Freiheiten, dem Schutz der Menschenwürde und dem Schutz des Staatsbürgers in diesem Staat vor Mißbrauch der militärischen Gewalt zu dienen bestimmt sind. Das und nichts anderes ist die Aufgabe der Grundgesetzergänzungen dieses Jahres, und das ist, Genossinnen und Genossen, eine Niederlage des Bundeskanzlers. Es war nicht zuletzt die Arbeit der Bundestagsfraktion auf diesem Gebiet, daß zu verschiedenen Malen das Parlament dem Bundeskanzler die Zähne gezeigt hat. Es ist nicht zuletzt diese Arbeit gewesen, die einen Beitrag geleistet hat zum Niedergang des Adenauermythos in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Es hat sich herausgestellt, daß der Bundeskanzler auch im Parlament besiegt ist (Beifall).

Und nun zu einem letzten Problem, zu dem auch der Genosse Willy Brandt schon einige Worte gesagt hat. Die Absage an den Mißbrauch der militärischen Macht zu außenpolitischen Erpressungen sollte uns nicht dazu bringen, die Augen vor einem anderen Problem zu verschließen, vor dem innenpolitischen Problem der staatlichen Macht überhaupt. Jeder Staat ist Macht, genau wie die Presse Macht ist, die Parteien, die Fabrikanten, die Industrieverbände, die Gewerkschaften und die Banken. Das kann man alles nachlesen bei Ferdinand Lassalle in seiner kleinen Schrift über das Verfassungswesen. Die Macht ist weder gut noch böse, es kommt nur darauf an, wozu man die Macht gebraucht, es kommt darauf an, daß die Macht unter demokratische Kontrolle gebracht wird, und zwar jedes Stück Macht, in der Gemeinde, im Kreis, im Staat und genauso in der Wirtschaft. Unser ganzer Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist doch ein Kampf um die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Diesen Kampf führen wir auch auf dem Gebiete der militärischen Macht. Nachdem wir ihr Entstehen nicht verhindern konnten, können wir diese Macht, die leider entstand, nicht ignorieren, sondern es entsteht für uns daraus die Schutzaufgabe für die Demokratie und den einzelnen Staatsbürger. Ich gebe Heinz Kühn recht, dazu braucht es ein selbstbewußtes Parlament und

vor allem eine selbstbewußte Sozialdemokratie. Wenn ich so kleingläubig wäre wie mein Vorredner, daß wir auf diesem Gebiet überhaupt nie etwas erreichen könnten, würde ich daran verzweifeln, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe meistern kann, die Gesellschaft im ganzen umzugestalten (Beifall).

Wir fürchten die Macht nicht. Wir kennen sie und ihre Gefahren. Wir ringen um die Macht. Wir wollen sie gebrauchen, um aus den Positionen der Regierung heraus die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und gesicherter Freiheit zu erreichen, um eine Ordnung der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit zu erkämpfen und für kulturelle Freiheit und Menschenwürde zu sorgen. Wir stellen uns aber immer neu dem Votum des Wählers. Niemals wird eine Sozialdemokratische Partei die Macht dazu gebrauchen, sich diesem Votum zu entziehen. Das soll das deutsche Volk wissen. Die Sozialdemokraten weichen keinen Problemen aus, sie stellen sich jeder Aufgabe unserer Zeit. Sie ringen mit Ernst um ihre Probleme und sie wollen, sie können und sie werden sie meistern. Diese Zuversicht haben wir. Nun übertragen wir sie auch auf unser Volk, und dann gibt es das, was wir herbeiführen wollen: die Wende in der deutschen Politik. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Prof. Dr. Preller. Ihm folgt Willi Birkelbach.

**Ludwig Preller** (Stuttgart): Liebe Genossinnen und Genossen! Unser außen- und innenpolitisches Thema Nr. 1 ist die Wiedervereinigung, und mit Recht sagen wir, die Wehrpflicht erschüttert die Möglichkeiten der Wiedervereinigung. Aber, Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir müssen noch eines hinzusetzen: Die Frage der Wiedervereinigung wird auch davon bestimmt, ob die Bundesrepublik ein sozial reaktionärer Staat bleibt oder ob sie ein sozial fortschrittlicher Staat wird; denn wenn, wie wir wissen, drei Viertel der Arbeitenden Arbeiter, Angestellte und Beamte sind, dann ist es die Lage *dieser* Arbeiter, und es ist *ihre* soziale Zufriedenheit, die letztlich das Urteil der Arbeitenden über eine Regierung — auch über eine sozialdemokratische Regierung — über den Staat und seine Verteidigungsmöglichkeit und auch darüber bestimmt, ob die Freiheit des Westens glaubwürdig erscheint. Im 20. Jahrhundert, Genossinnen und Genossen, muß die Freiheit eine soziale Freiheit sein. Das Gefühl unwürdiger Abhängigkeit ist es doch, das meistens die Atmosphäre dieses Unbehagens und der Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Leben erzeugt.

Genossinnen und Genossen! Wir haben in der Bundestagsfraktion an einem zentralen Punkt angesetzt — Ernst Schellenberg hat heute morgen bereits darauf hingewiesen —: an der Lage der Sozialrentner; der Sozialrentner, die ja heute noch zu den Ausgestoßenen aus dem Paradies der angeblich sozialen Marktwirtschaft zu gehören scheinen.

Unser Entwurf will nicht nur die Höhe, sondern vor allem auch die Währungsfestigkeit der Renten erreichen. Genossen, das Feilschen um die jeweilige Rentenhöhe macht doch den Rentner schließlich zu einem Objekt der jeweiligen politischen Spekulation, und davon wollen wir ihn befreien.

Der Sozialpolitische Ausschuß beim PV hat aber bereits in Dortmund gezeigt, daß er weiter geht. Wir wissen, daß mit der dringend fälligen Rentenreform für das Gebäude einer echten Sozialreform erst die Grundmauern gesetzt sind. Die Stärke unserer sozialpolitischen Partearbeit liegt darin, daß wir, daß die Sozialdemokratie es ist, die allein Ernst macht mit dem Wort, das der Bundeskanzler so großspurig in der Regierungserklärung hingesprochen hat, mit dem Wort von der umfassenden Sozialreform. Denn Sozialreform heißt Gesellschaftsreform. Und wer anders in dieser restaurativen Bundesrepublik, wer anders als die Sozialdemokratie kann denn eine Gesellschaftsreform ernstlich und wirklich wollen? Wir sind es, die die Not in den Betrieben kennen, die körperliche und die seelische Not; die Not, die darauf beruht, daß nur der mitkommt, der genügend Kräfte hat, der dem Tempo der Arbeit nicht nur für einige Stunden, sondern für dauernd gewachsen ist. Wir sollten nicht immer nur von den akuten Erkrankungen sprechen, sondern wir sollten uns endlich einmal, Genossinnen und Genossen, klarmachen, daß der Körper schon lange überanstrengt, daß der Körper schon lange zermürbt sein kann, ehe die eigentliche Krankheit einsetzt. Der sozialdemokratische Sozialplan tritt eben dieser Not entgegen. Er will nicht nur die Krankheit besser heilen als vorher, er will vor allem die Menschen gesund erhalten, ihnen mehr innere Kräfte und Gesundheit geben als bisher. Genossinnen und Genossen, von den 6 Milliarden Mark, die in jedem Jahr in der Bundesrepublik für Heilung ausgegeben werden, dient noch nicht einmal ein Prozent der Erhaltung der Gesundheit. Wenn wir in der Denkschrift des Herrn Blank zur Wehrpflicht gelesen haben, daß die Wehrpflicht u. a. dazu tauglich sei, die Zahnsanierung der Jugendlichen zu betreiben, dann wollten wir doch von den 11 Milliarden des Herrn Blank lieber einige hundert Millionen für eine echte Gesundheitsvorsorge haben. (Lebhafter Beifall.)

Mit dieser Gesundheits-Sicherung hat die Sozialdemokratie ein Thema aufgegriffen, das in dieser Form und mit dieser Klarheit keine Bundesregierung und keine der bürgerlichen Parteien begriffen und aufgegriffen hat. Ich möchte, weil in einem der Anträge von Göttingen gefragt worden ist, wie die Sache finanziert werden soll, hinzufügen: Gerade die Gesunderhaltung der Menschen macht ja die Mittel frei, um den alten Menschen höhere und bessere Renten geben zu können, vor allem, wenn ihre Zahl in 15 Jahren steigt. Das tun wir, weil wir eine Arbeiterpartei sind und weil wir wissen, wo dem Arbeiter der Schuh drückt, dort nämlich, wo der Arbeiter mit 40 oder 50 Jahren spürt, daß seine Kräfte nachlassen und daß die Invalidität droht. Genossinnen und Genossen! Das ärztliche Können und die Sozialversicherung haben das Leben verlängert. Aber, Genossinnen und Genossen, der Arbeitnehmer möchte die längere Lebenszeit nicht mit einem längeren Siechtum bezahlen müssen. (Sehr richtig!)

Will man dieses Programm durchführen, so kann man nicht nur die Verhältnisse so hinnehmen, wie sie eben sind, und vielleicht ein wenig daran herumdoktern. Das ist die Sozialpolitik des Kapitalismus. Unsere sozialistische Sozialpolitik stößt über die Grenze hinaus. Die sozialistische Sozialpolitik weiß, daß die sozialen Verhältnisse gestaltet werden müssen, daß sie andere werden müssen. Ich erinnere an das Thema der 40-Stunden-Woche. Sie ist ja nicht nur dazu geschaffen, damit die Menschen mehr Freizeit haben, sondern damit sie vor allem die Auswirkungen des Hetztempo der moder-

nen Arbeit in den Betrieben mit Hilfe einer kürzeren Arbeitszeit überstehen können. Ich erinnere an unseren Kampf um die Vollbeschäftigung. All das gibt dem Arbeitenden das Bewußtsein, daß er gebraucht wird und daß er deshalb nicht jeder Forderung des Unternehmers nachkommen muß. Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung und Sozialreform machen den Menschen freier gegenüber dem Unternehmer, und auf dieser Grundlage hat unser Streben, dem Arbeitnehmer einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu geben, auch erst die rechte Aussicht auf Erfolg.

Genossinnen und Genossen, unsere Sozialpolitik gestaltet die gesellschaftlichen Verhältnisse, paßt sie dem modernen Begriff der Würde des Menschen an, und sie gibt damit jedem einzelnen Kraft, auch zu sich selbst zu kommen und von der Freiheit den Gebrauch zu machen, den er selber davon machen will. Alles Reden über Selbstvorsorge ist falsch, solange dem Arbeitenden nicht erst einmal die Möglichkeiten geboten werden, zu sich selbst zu kommen, aus sich selbst heraus diese Vorsorge zu betreiben (Glocke). Es ist noch nicht soweit (große Heiterkeit), wir sind erst am Anfang dieser Entwicklung. Aber wir wissen, welche Programmpunkte der Sozialreform zu folgen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich bitten, daß in dem Antrag Nr. 98, wie das der Genosse Merten bereits angesprochen hat, in der Ziffer 5 diese unsere konkreten Forderungen zur Sozialreform auch noch näher präzisiert und dargelegt werden. Wir wissen, daß wir den Rechtsstaat erst dann haben, wenn dieser Staat ein Staat sozialen Rechtes ist (Glocke). Wir haben die Parolen, die auf konkreten Vorschlägen beruhen. Ich möchte Euch bitten, auch bei der Bundestagswahl von diesen sozialpolitischen Parolen, die wir besitzen, Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Birkelbach-Hessen; ihm folgt Herbert Wehner.

**Willi Birkelbach** (Frankfurt a. M.): Genossinnen und Genossen! Die Öffentlichkeit nimmt in einem erfreulichen Ausmaß Anteil an den Verhandlungen unseres Parteitages. Dabei kann man allerdings nur staunen über die Spekulationen und Kombinationen in der Tagespresse, die diesem Parteitag vorausgingen, und lächeln über die Naivität, mit der uns hier gut zugeredet wird, doch ja durch anständiges Benehmen und Offenlassen aller Türen koalitionsfähig zu werden.

Meine Auffassung ist die: Die erste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, durch die Eindeutigkeit ihrer Stellungnahmen und ihrer Handlungen so stark zu werden, daß sie selbst an Gewicht gewinnt und beachtet werden muß. (Sehr gut!) Die Frage, wie man das tun kann, läßt uns gar nicht soviel an Manövriertfähigkeit, wie mancher Zeitungsschreiber uns andichten möchte. Die Sozialdemokratische Partei kann es sich nicht leisten, in den dichtbesiedelten Wohngebieten, in den Betrieben, auf den Wegen zur Arbeit und sonstwo sich dem Risiko auszusetzen, daß niemand dort ihren Namen gern in den Mund nimmt. Im Gegenteil: Wenn es nicht gelingt, eine Atmosphäre der Begeisterung in diesen Bezirken und Bereichen zu schaffen, dann nützt alle Propaganda, dann nützen alle Tricks nichts, dann werden wir als Sozialdemokraten nicht das entsprechende Gewicht bekommen. (Sehr richtig!) Insofern möchte ich glauben, daß Herr Bevan drüben eine Parole ausgegeben hat, die

wir uns als Mahnung in einer ganz bestimmten Situation dienen lassen könnten: Die größte Gefahr ist, daß die Arbeitnehmer mit den Füßen abstimmen, daß sie nämlich zu Hause bleiben. Insofern haben wir die Chance, gerade jetzt auf diesem Parteitag mit unserer Stellungnahme dazuzukommen, daß es in der Öffentlichkeit keinen Zweifel geben kann an dem, was wir wirklich wollen.

Die entscheidende Frage, die uns bewegt hat, ist ohne Zweifel die: Wie wird sich die Sozialdemokratie auf diesem Parteitag zu der allgemeinen Wehrpflicht stellen und zu den Entwicklungen, die man im kommenden Jahr voraussehen kann, jedenfalls auf sich zukommen sieht? Wir haben außerdem die Tatsache zu verzeichnen, daß in diesem Stadium der Auseinandersetzungen bereits heute Menschen aus unserer Haltung politische Konsequenzen ziehen, Menschen, die gar nicht ohne weiteres Sozialdemokraten zu sein brauchen. Ich erinnere nur daran, daß die Grenzjäger des Herrn Schröder sich längst nicht in dem Ausmaß zur Bundeswehr bekannt haben, als das zunächst eingeschätzt wurde; einfach deswegen, weil gar zu viele von ihnen in Rechnung stellen, daß die große Armee mit der allgemeinen Wehrpflicht doch nicht kommen wird, weil es hier eine entscheidende Einwirkungsmöglichkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geben wird. Ich bin sicher, daß auch die Gründe, die gerade jetzt unter dem Eindruck der Bundestagsdebatte in der Bevölkerung die Sympathien für die Sozialdemokratie gestärkt haben, sich in den kommenden Monaten immer wieder neu einstellen werden. Es ist also nicht so, daß es sich hier um eine einmalige Angelegenheit handelt. Dort, wo über die Wehrdienstdauer zu entscheiden ist, dort, wo die erste Musterung ausgeschrieben wird, dort, wo man vielleicht weitergehen wird, überall da wird die Bevölkerung in einer neuen und entscheidenden Weise spüren, was politische Entscheidungen für das Leben des einzelnen bedeuten. (Sehr richtig!) Ich stelle die Behauptung auf, daß es im Jahre 1953 gar zu vielen in unserem Volk nicht klar war, welche konkreten Maßnahmen sich ergeben würden. Aus dieser Tatsache heraus glaube ich, daß hier der Appell an die Bevölkerung und an die Wähler durchaus eine reelle Chance für die Sozialdemokratie bringen wird.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Wenn beurteilt wird, was unsere Entschließung enthält an taktischen Gesichtspunkten, dann möchte ich darauf hinweisen, daß die politischen Gründe, die uns veranlaßt haben, in dieser Frage in der Bundesrepublik diese ganz bestimmte Haltung einzunehmen, nicht nur weiterbestehen werden, sondern sie werden sich noch verstärken. Ich will sie hier nicht im einzelnen aufführen. Aber die Vertiefung der Spaltung, die Erschwerung der Entspannung, die Tatsache, daß diese Art von Bewaffnung militärisch überholt ist, und weiter die Tatsache, daß die internationale Situation sich insbesondere auch nach den amerikanischen Wahlen in einem völlig neuen Licht darstellen wird, als es noch vor drei und vier Jahren denkbar war, all das bescheinigt doch der Sozialdemokratie, daß sie es durch ihre ständige Einwirkung auf die Gesetzgebung, auf die politischen Entscheidungen fertiggebracht hat, den entscheidenden Zeitgewinn zu realisieren.

Ich möchte hier klar herausstellen — wenn ich nun ein anderes Thema kurz ansprechen darf —, daß in der Frage der Wiedervereinigung für alle erkennbar sein muß, daß der Status Gesamtdeutschlands eine Sache nicht bloß der Deut-



schen, sondern auch der Nachbarn und in erster Linie der Großmächte sein wird. Darüber kann es keinen Zweifel geben, weil wir wissen, wie sehr auch heute noch unsere Nachbarn dieses große deutsche Volk mit Mißtrauen beobachten. Ich würde sagen, daß wir als Sozialdemokraten den Leuten, die in Rußland maßgebend sind, auch von uns aus als Sozialdemokratische Partei Deutschlands keine Möglichkeit des Ausweichens, des auf ein Nebengleis-Schiebens der Dinge nach Pankow lassen sollen. Auch die Sozialdemokratie wird einer wachsenden Fühlungnahme auch mit den Machthabern der Sowjetunion selbst entgegengehen. Das ist unbestreitbar. Diese Tatsache wird mit den Auseinandersetzungen, die sich daraus ergeben können, vielleicht einen gewissen Prüfstein setzen auch für die Beurteilung der Frage, ob die neue russische Haltung, wenn es eine solche gibt, die Möglichkeit einschließt, daß es ein loyales Verhältnis zwischen den sowjetrussischen Machthabern und der demokratischen Arbeiterbewegung im Westen geben kann. Genossinnen und Genossen! Ich möchte diese Möglichkeit nicht von vornherein ausschließen. Sie gilt es zu ergründen, weil unter solchen Gesichtspunkten unter Umständen gerade die Sozialdemokratie mit ihrer Zuverlässigkeit und Stärke eine besondere Rolle zu spielen haben wird. Ich stelle diesen Gesichtspunkt u. a. auch deswegen heraus, weil es in der Auseinandersetzung zwischen dem Weltkommunismus und der Freiheit jetzt nicht mehr in erster Linie um das militärische Problem geht. Wenn ich mir die Zahlen vor Augen halte, die auf dem 20. Parteitag in Moskau erläutert worden sind und die heute doch auch in gewissem Sinne nachprüfbar sind, und wenn ich weiterhin die Voraussetzungen in Betracht ziehe in bezug auf die Produktionsmöglichkeiten der Sowjetunion und des Sowjetblocks in den kommenden Jahren, vielleicht Jahrzehnten, dann möchte ich die Behauptung aufstellen, daß spätestens in zirka 10 bis 15 Jahren die Sowjetrussen eine Manipuliermasse rein wirtschaftlicher Art für die Intervention in der Weltwirtschaft in der Hand haben werden, die unsere Vorstellungskraft im Augenblick noch übersteigt. Man mag davon sprechen, daß die Sowjetunion früher kaum eine Bedeutung auf dem Weltmarkt gehabt hat. Die Tatsache, daß sie in einer solchen Weise ihre produktive Kraft entfaltet, führt dazu, daß der Weltmarkt im alten kapitalistischen Sinn gar nicht mehr funktionieren kann, weil, wenn solche Größenordnungen zusätzlich eine Rolle spielen, sowohl in bezug auf die Nachfrage wie in bezug auf das Angebot, solche Größenordnungen, die nicht kostenorientiert sind, die sich gar nicht nach dem Preis für Einfuhr und Ausfuhr zu richten haben, könnte jederzeit jede freie Nation bedroht sein, wenn es nicht gelingt, in diesen freien Nationen den Willen des Zusammenschlusses und der Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu stärken. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß das gerade eine Herausforderung an die demokratischen Sozialisten ist, weil es für uns völlig klar sein muß, daß in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht so sehr die Frage der Exportaufträge allein das Entscheidende sein wird, sondern die Frage, wie wir unsere Bevölkerung laufend und sicher mit den erforderlichen Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen können. Und es wird auf der anderen Seite die Frage sein: Können die Völker in den Ländern mit großen Rohstoffvorkommen in einer Weise entwickelt werden, daß die Beziehungen mit ihnen nicht als Beziehungen der Unterdrückung und Ausbeutung zu betrachten sind, sondern als Beziehungen der echten Partnerschaft. Und hier

möchte ich wiederum weitergehen und sagen, daß, wenn man sich auf solche langfristige Perspektiven einstellt, die langfristigen Investitionen sowohl auf dem technischen und dem industriellen Gebiet wie auch in bezug auf den Nachwuchs, den wissenschaftlichen Nachwuchs in erster Linie, hier in den westeuropäischen Ländern längst nicht in dem Maße erfolgen, die von uns allen zu fordern sind. Man wird eine solche Herausforderung, wie sie aus dieser Entwicklung der sowjetischen Produktionskraft kommen kann, gar nicht begegnen können, wenn man nicht zu einer planmäßigen Entwicklung der Wirtschaftskraft insgesamt kommt. Und damit behaupte ich, daß von hier aus die Frage der öffentlichen Einwirkung in die Wirtschaft auch unter dem Gesichtspunkt der Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige gar nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden kann.

Deswegen glaube ich, daß auch noch eine andere Überlegung einzuschalten ist. Wenn wir bereits heute feststellen, wie schwer es ist in einer solchen Wirtschaft, wie wir sie haben, eine hohe Beschäftigungsquote und stabilen Geldwert gleichzeitig zu erhalten, so ist auch von dort her die Frage zu stellen, ob zu den klassischen Wirtschaftslenkungsmitteln nicht gerade auch die unmittelbare Einwirkung der öffentlichen Hand auf die Investitionen, auf die Preispolitik und damit unmittelbar auf die Wirtschaftsentscheidungen der Großunternehmen, hinzukommen muß (Glocke).

Genossinnen und Genossen! Ich sehe diese Dinge in einem gewissen Zusammenhang. Wenn man nicht daran festhalten will, die ganze Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion nur unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß es zum Kampf, zur Auseinandersetzung — vielleicht mit Waffengewalt — oder aber zu einem Wirtschaftskampf kommen wird, dann kann man angesichts der Verantwortung, die wir tragen, nicht auf den Versuch verzichten, auch in bezug auf die geistige Auseinandersetzung mit den Machthabern in der Sowjetunion selbst die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, und die geistigen Investitionen, die dazu erforderlich sind, in unserer Bewegung nun endlich in Gang zu setzen. Ich glaube, daß hierbei das, was wir als den zweiten Teil unserer Tagung in Aussicht genommen haben, ein Beitrag, ein Anfang sein kann. Aber gesehen werden sollte dieser Beitrag nach meiner Auffassung unter den Gesichtspunkten, die ich hier dargelegt habe. Ich glaube, daß damit offenbar wird, daß der demokratische Sozialismus, aus der Natur der Dinge heraus, eine neue große Chance vor sich sehen wird, und es kommt nun darauf an, daß die Sozialdemokraten dieser großen Chance selbst gewachsen sein werden. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Herbert Wehner; ihm folgt Günter Markscheffel-Rheinhausen.

**Herbert Wehner (Bonn):** Genossinnen und Genossen! Darf ich, bevor ich zur Sache spreche, ein Wort des Dankes an die vielen Genossen und an alle Delegierten des Parteitages richten für die vielen guten Wünsche, die mir heute dargebracht worden sind. Das ist etwas, was man in unserer rauen Arbeit sehr wohl gebrauchen kann (Beifall), um so mehr, Genossinnen und Genossen, wenn man von manchen als eine Art uneheliches Kind dieser unserer Partei betrachtet wird (Beifall und Heiterkeit), ich möchte es auch gar nicht leugnen,

daß es so ist. Aber auch dies uneheliche Kind ist von derselben glühenden Liebe zur gemeinsamen Mutter beseelt, über die gestern unser verehrter Genosse Wissell so bewegende Worte gesprochen hat.

Zur Sache, Genossinnen und Genossen, darf ich eine Bemerkung zu den Befürchtungen der Genossen machen, die — das war noch immer ein Nachklang aus den Diskussionen über die Grundgesetzänderungen — auch hier auf unserem Parteitag sagen, wir sollten uns in keiner Weise mit dieser ganzen Sache irgendwie befassen oder beschmutzen. Die Befürchtungen hinsichtlich des Militärischen, die Befürchtungen hinsichtlich des Krieges, sie mögen so kraß ausgesprochen sein wie immer, sind es doch nicht, die uns trennen. Wenn uns etwas trennt, sind es die Konsequenzen, die aus solchen Befürchtungen gezogen werden. Ich gehöre zu denen, die, weil man solche Befürchtungen haben muß, um so mehr, als dieses Abenteuer der Aufrüstung in einem geteilten Deutschland durchgeführt wird, einsehen, daß man gerade darum um so intensiver daran arbeiten muß, das, was eine Mehrheit gegen unseren Willen durchgesetzt hat, in die demokratische Grundordnung einzubauen und alle Kräfte dafür einzusetzen, daß hinter dem gesetzlichen Einbau auch der Wille breitester Bevölkerungsschichten steht, und, wenn es darauf ankommt, lebendig wird, um aus Gesetzen eine Wirklichkeit zu machen (Beifall).

Genossinnen und Genossen! Ich teile auch die Skepsis vieler Genossen gegen papierene Bestimmungen. Die sind aber niemals mehr wert und auch niemals weniger wert als das, was wir fähig und bereit sind, hinter sie zu stellen an Willen zur demokratischen Verwirklichung. Es geht dabei nicht nur um die Grundgesetzänderungen, über die schon einige Genossen einiges sehr richtig gesagt haben. Vielleicht wären wir in diese Diskussion gar nicht gekommen, wenn wir es besser verstanden hätten, alle Teile der Partei von Anfang an an allen Phasen der Erarbeitung dieser Probleme so teilnehmen zu lassen (Beifall), daß jedes Mitglied der Partei begriffen hätte, es ist unser Wille, der sich gegen andere durchzusetzen versucht, und der sich mit einigen Abstrichen ja auch durchgesetzt hat. Dann wäre der Streit nicht in dieser Weise entbrannt und hätte nicht von Außenstehenden zu etwas unserer Partei völlig Wesensfremdem aufgebauscht werden können. Das, Genossinnen und Genossen, gilt aber nicht nur für die Grundgesetzänderungen, sondern auch für die Gesetze, die wir abgelehnt haben, und an deren Umformulierung wir dennoch lebhaften Anteil genommen haben. Nein! Es ist uns nicht gleichgültig, ob das Freiwilligengesetz in seinem Text schlecht ist, oder ob es eines gibt, das im Text besser ist. Es haben Leute gesagt, uns könnte es doch ganz gleichgültig sein, nach welchen Gesetzen sich die Freiwilligen melden, und nun da dienen müssen. Das kann uns nicht gleichgültig sein! Wir haben kein Interesse daran, daß die, die sich melden, oder die, die zu den Berufssoldaten gehen oder die eingezogen werden, das, was sie tun, unter Gesetzen tun, die sie in entscheidenden Fragen schließlich zu einem Fremdkörper und zu einem Faktor machen, der unter Umständen gegen das Volk, gegen die arbeitenden Menschen eingesetzt werden kann. Auch daran haben wir ein Interesse; denn diejenigen, die dieses Abenteuer, so wie es Adenauer nun einmal macht, mitmachen, kommen an einem wunden Punkt doch nicht vorbei. Man kann selbst eine Berufsarmee nicht aufstellen, ohne in entscheidendem Maße auf die Söhne aus den arbeitenden Schichten unseres Volkes zurückgreifen zu müssen. Wir werden dafür sorgen müssen, daß unsere Söhne nie vergessen,

woher sie kommen und niemals gegen die, von denen sie kommen und zu denen sie gehören, losgelassen und losgeschickt werden dürfen.

Genossinnen und Genossen! Ein Wort zu dem Problem, das hier immer und immer wieder angeschnitten wird. Es ist verständlich, daß es immer wieder anklingt: Pankow und Verhandlungen mit Pankow. Es wäre nicht das Problem, wie es das heute ist, wenn nicht eine Unmenge von Versäumnissen, von Fehlern der amtlichen Bonner Außen- und Wiedervereinigungspolitik gemacht worden wären und es zu diesem Problem gemacht hätten. Diese Fehler und diese Versäumnisse sind wie ein Sumpf, der sich heute ausbreitet. Über diesem Sumpf ist das Irrlicht „Verhandlung mit Pankow“ sichtbar geworden. Ein Irrlicht, das hierhin und dorthin lockt, unter dem der eine versteht „Aktionseinheit mit der SED“, unter dem der andere versteht, man könnte ja einmal den Versuch machen, zu hören, was die eigentlich wollen, und unter dem wieder andere noch anderes verstehen. Es ist heute morgen in der Diskussion gesagt worden, es sei tragisch — so ungefähr sagte der Redner; ich habe das Protokoll nicht hier —, daß ein Mann wie Ollenhauer, dessen Treue zur Demokratie doch nicht bezweifelt werde und nicht bezweifelt werden könne, sich in dieser Frage abschirmen müsse. Ich glaube, ich habe Erich Ollenhauer richtig verstanden, wenn ich meine, daß er das, was er gesagt hat, nicht gesagt hat, um sich „abzuschirmen“ gegenüber einem denkbaren Vorwurf, sondern um überall Klarheit zu schaffen hier und jenseits der Grenzen, vor allem jenseits der Zonengrenzen. Und das ist notwendig. Das, Genossen, ist auch notwendig gegenüber der Sowjetregierung, der sowjetrussischen kommunistischen Partei und auch gegenüber der SED. In der gestrigen Nummer des „Neuen Deutschland“ ist ja unter einem Titel, mit dem sie es immer wieder versuchen, „die Hand bleibt offen und ausgestreckt“ der Parteitag angesprochen worden. Ich gehöre nicht zu denen, die sich mit einigen Floskeln von dem Problem irgendwie abzusetzen versuchen. Ich weiß, was dies bedeuten kann. Aber gerade deswegen sind alle Definitionen, wie sie Ollenhauer bei seiner Rede hier gegeben hat, die nach jeder Hinsicht und nach jeder Seite hin unmißverständlich sind, lebensnotwendig und nicht einfach Taktik, um sich gegen irgend jemand und gegen irgendwelche Vorwürfe abzuschirmen. Genossen! Die SED muß, bitte nehmen Sie das ganz ohne Ironie, begreifen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht auszuhöhlen ist. Sie muß diesen Gedanken aufgeben (Beifall). Sie muß sich daran die Zähne ausbeißen! Die SED und das, was sich KPD nennt, muß zu dem Punkt gebracht werden, an dem sie zugesteht, die Sozialdemokratische Partei ist nicht umzukrempeln und ist nicht zu einer anderen Partei zu machen, weder durch Druck von außen noch durch Aushöhlung von innen. Das müssen wir unter Beweis stellen. Dann haben wir damit eine unermeßlich große Tat für das gesamte Deutschland begangen und über Deutschland hinaus für die internationale Arbeiterbewegung, die, Genossinnen und Genossen, ja in einer Entwicklung begriffen ist. Die SED muß auch wissen, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihr nicht in das Verhältnis eingeht, das sie dort „Aktionseinheit“ nennt. Denn wenn zwei eine Aktionseinheit beschließen, dann müßten sie ja dieselbe Aktion wollen, und es müßte nicht der eine nur die Kraft des anderen brauchen wollen, um ihn als Blutspender zu benützen. (Bravo! Sehr richtig!) Diesen Beweis ist die SED uns bis heute schuldig geblieben. Die Energie, die sie und ihre Leute haben, sollten sie verwenden auf die Änderung der Verhältnisse, auf die Demokratisierung der Verhältnisse in der Zone. Wenn in

der SED Kräfte sind, denen an einer friedlichen Lösung der deutschen Frage, an einer Lösung nicht nach fremdem Muster, liegt, wie man es manchmal hört, dann müssen sie in der Zone, wo sie selbst etwas zu sagen haben, andere Verhältnisse schaffen helfen. Wir werden uns dem nicht entgegenstellen, wenn sie das in einer Weise tun, die dort den Menschen die Lage erleichtert, und die es hier unmöglich macht, daß man den Wahlkampf mit dem Popanz des Antikommunismus und des Antisowjetismus in der Prägung, wie sie heute genannt worden sind, führen kann und damit den eigentlichen Willen des Volkes verfälscht. Der unverfälschte Wille der großen Mehrheit unseres Volkes ist doch, ein vereinigtes Deutschland zu haben, das gute, friedliche, freundschaftliche Nachbarschaft nach West und Ost, nach Nord und Süd halten und gewährleisten kann. Die Sozialdemokratische Partei muß eine Partei bleiben, die nicht anderen Interessen untergeordnet werden kann, eine integere, unverfälschte sozialdemokratische Partei. Dann wird das politische Kapital, das wir gesammelt haben, auch eines Tages ganz erhebliche politische Zinsen für unser Land, für unser Volk tragen (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat jetzt der Genosse Günter Markscheffel.

**Günter Markscheffel** (Mainz): Genossinnen und Genossen! Erlauben Sie mir zunächst bitte ein ganz kurzes Wort zu denjenigen Diskussionsrednern, die heute im Laufe des Vormittags und des Nachmittags verschiedentlich angedeutet haben, daß die in dem Antrag 97 des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zum Ausdruck gebrachte Auffassung, wie wir uns zum Wehrpflichtgesetz verhalten wollen, wenn uns das Volk bei den nächsten Wahlen die politische Macht gibt, in ihrer Formulierung eventuell nicht ausreichen könnte. Genossinnen und Genossen! Der Antrag 97 lautet in seinem entscheidenden Satz, der ja die Diskussionsredner zu einem großen Teil bewegt hat — ich darf ihn noch einmal wiederholen: „Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Wehr- und Außenpolitik umzugestalten, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben“. Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir könnten uns alle beglückwünschen, wenn in den entscheidenden Fragen, die die deutsche Öffentlichkeit in der Vergangenheit berührt haben, eine ähnlich klare Formulierung von unseren entscheidenden Gremien ausgegangen wäre. Ich möchte daher für meine Person und für die Delegierten meines Bezirks erklären, daß wir gewillt sind, diesem Antrag in seiner entscheidenden Formulierung unsere Zustimmung zu geben.

Genossinnen und Genossen! Ein zweites Wort! Ich glaube, wir sollten in der allernächsten Zukunft noch deutlicher als bisher aufzeigen, daß die militärische Blockpolitik, und die Blockpolitik überhaupt, in ihren verschiedensten Variationen praktisch den Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet. Diese Politik der militärischen Blöcke ist in einer Situation entstanden, die wir den Korea-Krieg nennen, und die dann auf Europa übertragen wurde, und sie ist, Genossinnen und Genossen, nach unser aller Auffassung in sich überholt.

Derjenige, der, politisch oder militärisch, ob in Pankow oder in Bonn, den Versuch machen sollte, diese Politik fortzusetzen, muß von uns offen als ein Mann bezeichnet werden, der sich der Sabotage an der Wiedervereinigung Deutschlands schuldig macht. (Vereinzelter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Mit dieser Feststellung verbindet sich für uns aber eine ungeheure Verpflichtung. Wir haben in der Vergangenheit und auch heute wieder in dem Referat des Genossen Ollenhauer gehört, daß wir als Alternative der militärischen Blockpolitik das System der kollektiven Sicherheit in Europa anstreben. Über diesen Begriff ist innerhalb und außerhalb unserer Partei schon viel gesprochen worden. Ich möchte Sie, um Ihnen die Größe unserer Aufgabe bei dieser Frage darzustellen, daran erinnern, daß es die Sozialdemokratie war, die zuerst in der Weltpolitik ein System der kollektiven Sicherheit an Stelle der militärischen Blockpolitik gefordert hat. Damals hat uns ein großer Teil der deutschen Presse als Phantasten bezeichnet. Wenige Monate später tauchte dann in der internationalen Diskussion der Eden-Plan auf. Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag soll nicht vorübergehen, ohne daß wir feststellen, daß die Diskussion über den Eden-Plan, der einen Ansatz und eine Möglichkeit zur Diskussion über die kollektive Sicherheit bot, nicht etwa von den Russen oder den Westmächten abgelehnt wurde, sondern auf Antrag der deutschen Bundesregierung aus der internationalen Diskussion zurückgezogen wurde.

Genossinnen und Genossen! Heute sind wir so weit, daß sogar der Außenminister von Brentano in seiner letzten außenpolitischen Erklärung von einem kollektiven Sicherheitssystem spricht. Die Herren spüren, daß sie mit der bisherigen Politik nicht weiterkommen.

Die Frage ist nun: Was verstehen wir unter diesem Begriff? — Ich glaube, Genossen, wenn wir auf diesem Parteitag dem deutschen Volk erklären, wir sind gewillt, die Revision der Verträge anzustreben, wir sind gewillt, die Wehrpolitik der Bundesregierung zu ändern, das Wehrpflichtgesetz abzuschaffen, dann haben wir die Verpflichtung, dem Volke auch zu sagen, welche Art von Politik wir an die Stelle der bisherigen Adenauerschen Politik setzen wollen. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, eine unserer Schwächen in der Vergangenheit bestand zum Teil darin, daß wir in dieser Frage nach der Alternative außer einer generellen Formulierung nicht genügend Klarheit walten ließen.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte daher — ich höre die Glocke des Präsidenten — den neu zu wählenden Parteivorstand und auch den Parteitag bitten, es als eine der wichtigsten und ersten Aufgaben der Partei zu betrachten, in ganz scharfer Formulierung zu umreißen, wie wir uns das Funktionieren eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland vorstellen.

Und ich glaube, Genossinnen und Genossen, wenn wir diese Aufgabe in den nächsten Monaten erfüllen, haben wir die Voraussetzung für eine gute Wahlausinandersetzung.

Nun noch ein letztes Wort! Es klingt oft in unserer Partei an — und das ist ein Zeichen von Kleinmütigkeit einiger Genossen —, daß wir glauben, wir müßten uns in der Darstellung unserer politischen Zielsetzungen mitunter nach den Argumenten richten, die uns aus Kreisen unserer politischen Gegner nahegebracht werden.

Genossinnen und Genossen! Wir haben die wirklich große Chance, die führende politische Partei in Deutschland zu werden. Nutzen wir diese Chance, indem wir von diesem Parteitag in den entscheidenden Fragen unseres Volkes ein Bekenntnis zur Geschlossenheit einer gesamtdeutschen und einer echt europäischen Politik ausstrahlen lassen! (Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Friedrich Spiegelberg. Ihm folgt der Genosse Mattick.

**Friedrich Spiegelberg** (Gelsenkirchen): In dem Referat von Erich Ollenhauer und auch in anderen Diskussionsbeiträgen ist ein paarmal die Frage der Haltung der Bundestagsfraktion in bezug auf die Änderung der Grundgesetzartikel angeschnitten worden. Ich möchte hier als einer, der sich zum Recht der Kriegsdienstverweigerung bekennt, und zwar in Übereinstimmung mit einer ganzen Reihe von Freunden, zum Ausdruck bringen, daß von unserer Seite her nicht gesagt worden ist, daß diese Haltung der Bundestagsfraktion nicht in Übereinstimmung mit den Berliner Beschlüssen stünde. Wenn der Genosse Ollenhauer aber zum Ausdruck gebracht hat, daß er und die Mehrheit der Fraktion die Haltung der zwanzig Genossen bedauere, die nicht in der Lage waren, sich diesen Änderungsanträgen anzuschließen, sollten wir vielleicht doch würdigen, daß diese Genossen sich in einem echten Gewissenszwiespalt befanden, einem Gewissenszwiespalt, der zwar aus parteitaktischen Gründen bedauert werden kann, der aber als freie Gewissensentscheidung doch auch in unserer Partei seine Anerkennung finden sollte. Denn es ist doch kein Geheimnis, daß sich die Mitgliedschaft der Partei in der Frage der Verteidigungsbereitschaft auch in einem Gewissenszwiespalt befindet, wenn wir daran denken, daß der Berliner Beschluß, der das grundsätzliche Ja beinhaltet, seinerzeit gegen eine große Minderheit gefaßt wurde. Es ist also eine Realität, daß auch mancher in unserer Partei nein sagt, und ich glaube, es wäre falsch, jetzt die Diskussion um das Ja oder Nein wieder aufkommen zu lassen. Denn im Grunde bleibt es immer eine Gewissensentscheidung, und daher würde diese Diskussion ohne ein konkretes Ergebnis bleiben und auf die Dauer unfruchtbar sein. Wir sollten deshalb versuchen, diesen Gewissenszwiespalt zu überbrücken, der sich in unseren Reihen befindet. Das Grundgesetz kennt ja nicht nur den Begriff der Kriegsdienstverweigerung, sondern es hat in seinem Artikel 2 auch das Recht Leben und körperliche Unversehrtheit verankert. Liegt in diesem Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht auch ein gewisses Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit? Wir sollten als Partei ruhig erklären, daß die Gewaltlosigkeit eine politische Methode ist, die auch ihre Berechtigung hat. Es gibt Beispiele genug, wo diese Idee der Gewaltlosigkeit über den Terror der Waffen siegte. Das jahrzehntelange Bestreben der deutschen Sozialdemokratie nach einer Politik des Friedens würde mit der Anerkennung der Gewaltlosigkeit als politischer Methode einen neuen magnetischen Akzent erhalten. Diese Erklärung würde die Berliner Beschlüsse nicht aufheben, aber all die Menschen noch mehr an die Partei heranzuführen, die sich durch ihr Bekenntnis zur Kriegsdienstverweigerung schon der Idee der Gewaltlosigkeit verschrieben haben. Die Jugend würde zudem auf eine besondere Art und Weise angesprochen werden.

Und nun will ich noch ein Wort sagen, in dem es um die Jugend geht. Wir sollten von diesem Parteitag aus uns die Entschließung des Deutschen Bundes-

jugendrings zu eigen machen, in dem dieser gegen die Verherrlichung des Nazismus und das Wiederaufleben des Rassenhasses protestiert. Diese Entschließung des Deutschen Bundesjugendrings hat eine Reihe von konkreten Vorschlägen zum Inhalt, die es wert erscheinen lassen, sie auch einmal in unserem Kreis näher zu beleuchten. Denn wir wissen alle selbst, daß ein Wiederaufleben des Nazismus eine Gefahr unserer Zeit ist, und daß wir deshalb schon von vornherein unsere ganze Kraft dagegen aufzuwenden haben. Und ich meine, wir sollten es in unserem Kreise wirklich einmal überlegen, ob nicht der Vorschlag, gesetzliche Bestimmungen gegen jegliche Literatur zur Verherrlichung des Nazismus und gegen das Wiederaufleben des Rassenhasses zu schaffen, durch die Initiative der Sozialdemokratischen Partei in die Debatte des Bundestags geworfen werden könnte.

Zum Abschluß noch ein oder zwei Sätze zu einer dritten Frage! Wir haben diesmal, ebenso wie in Berlin, eine Entschließung vorliegen, die einen flammenden Protest gegen die Atombombenversuche zum Inhalt hat. Genossinnen und Genossen! Sollten wir nicht einmal noch etwas weitergehen und zur Diskussion stellen, unsere Freunde zu beauftragen, in der Sozialistischen Internationale dafür zu sorgen, daß die Länder, in denen wir an der Regierung sind, die Freundschaftsverträge mit den Staaten auflösen, die nicht mit dem Wahnsinn dieser Atombombenversuche aufhören? Wenn wir die medizinischen Bulletins über das Ergebnis der Untersuchungen an den 22 japanischen Fischern uns vor Augen führen, dann müssen wir doch sagen, daß diese Atombombenversuche ein Verbrechen an der Menschheit sind, und dem sollten wir mit aller Energie entgetreten (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Mattick-Berlin.

**Kurt Mattick** (Berlin): Genossinnen und Genossen! Eines scheint schon auf Grund des Referats von Erich Ollenhauer und der Diskussion auf diesem Parteitag ganz klar herausgestellt werden zu können: Dieser Parteitag ist der Anspruch auf eine Regierung ab September 1957 unter sozialdemokratischer Führung. Für die Regierung Adenauer — das muß auf diesem Parteitag ausgesprochen werden, obgleich ich weiß, daß es der Vorsitzende nicht aussprechen kann — wäre ein wiedervereinigtes Deutschland unter sozialdemokratischer Führung schon der Weg zur Hölle.

Darum ist die Politik der Regierung Adenauer im Grunde genommen überhaupt keine Politik der Wiedervereinigung, weil er soviele Sicherheiten in eine solche Politik einbauen will, die gar nichts mehr mit militärischer Sicherheit gegen eine sowjetische militärische Gefahr zu tun hat, sondern auch eine Sicherheit einbauen will, die Deutschland davor schützt, die restaurative Politik zu überwinden, die Adenauer in den sieben Jahren betrieben hat (Beifall). Man sollte sich dabei doch eines vor Augen halten: Die graue Eminenz des Herrn Globke ist der unmittelbare Berater dieses Bundeskanzlers. Und dieser Globke ist der Statthalter ehemaliger aktiver Nationalsozialisten in der Bundesregierung. Es ist doch nicht anzunehmen, daß von diesem Mann eine Beratung ausgehen kann, die letztlich dazu führen muß, daß — das trifft für Globke zu wie für Ulbricht — ein wiedervereinigtes Deutschland doch auch noch einmal mit dieser Seite, nämlich mit den Globkes in der Regie-



rung, neu aufzuräumen hat. Denn hier sind Dinge entstanden, die nicht dazu beigetragen haben, ein neues Deutschland zu entwickeln.

Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratische Partei hatte die Vorstellung, wie das hier schon gesagt worden ist, daß wir 1945 neu beginnen. Das ist durch die restaurative Politik Adenauers nicht gelungen. Aber eines ist doch unser neuer Versuch: Bei einem wiedervereinigten Deutschland wirklich mit dem Tag eins neu zu beginnen mit dem Neuaufbau eines neuen, anderen Deutschland, als es heute in der Bundesrepublik entwickelt worden ist und als es auch jenseits der Elbe aussieht.

Genossinnen und Genossen! Darum muß uns klar sein: Bis zur Neuwahl des Deutschen Bundestages und einer neuen deutschen Regierung wird es keine wirklichen neuen und möglichen Aktionen für die deutsche Wiedervereinigung geben. Wir lesen heute in den Mitteilungen, die wir bekommen haben, daß Eden erst im nächsten Sommer nach Moskau fahren wolle, und es wird mitgeteilt, daß man daraus schließen könne, daß vor diesem nächsten Sommer eine neue Viererkonferenz und neue Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung und andere internationale Fragen nicht in Frage kommen würden. Das läßt sich auch ablesen aus der Tatsache, daß man im November dieses Jahres in Amerika wählt und daß im Herbst des nächsten Jahres die Wahlen in der Bundesrepublik stattfinden. Nach den internationalen Erfahrungen ist unmittelbar vor solchen Wahlen niemand bereit, auf der internationalen Ebene Kompromisse zu machen. Ich glaube, wir müssen uns auch heute auf diesem Parteitag Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen wir in der Zwischenzeit, unmittelbar vor dem Kampf um eine neue Bundesregierung, ergreifen, um das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands aufzulockern und das Gespräch um die deutsche Wiedervereinigung noch mehr, als es heute der Fall ist, in Gang zu bringen. Ich meine, daß es hierbei nicht in Frage kommen kann, wie einige hier gesagt haben, man solle mit Pankow verhandeln. Hier bin ich der Meinung, wie es auch Fritz Erler ausgeführt hat, daß es in der Bundesrepublik noch an starker Aktivität fehlt, dieses innerdeutsche Gespräch und diese innerdeutsche Bewegung zur Wiedervereinigung vorwärtszutreiben.

Noch besteht — das soll man doch einmal ganz deutlich aussprechen — in der Sowjetzone ein latenter Kriegszustand. In ganz Europa, sogar in Jugoslawien, können die Menschen mit einem gültigen Personalausweis oder einem Paß hin und her reisen, wohin sie wollen. Wenn aber eine Mutter aus Hannover nach Leipzig zu ihrem Sohn will, braucht sie für den Ort einen genehmigten Passierschein. Wenn wir über die Autobahn von Berlin in die Bundesrepublik fahren, dürfen wir als Deutsche von dieser Autobahn nicht nach Leipzig oder Dresden abweichen. Das sind Maßnahmen, die, wie ich glaube, es in den besetzten Gebieten kaum während der Kriegszeit gegeben hat. Unsere Parole muß sein: Aufhören mit diesem latenten Kriegszustand! Dafür gibt es heute keine Berechtigung mehr. Dazu können wir einiges tun, Genossen! Wir sollten dafür sorgen, daß jede Mutter, jeder Bruder, jeder Freund, daß alle diejenigen, die aus der Bundesrepublik einen Verwandten oder Bekannten in der Sowjetzone haben, diese nach der Bundesrepublik einladen. Jede Einladung, die abgelehnt wird, muß veröffentlicht werden. Wir sollten uns bei unseren Freunden, Bekannten und Verwandten in der Sowjetzone anmelden! Dieser innerdeutsche Reiseverkehr, diese Verbindung von Mensch zu Mensch

muß forciert werden. Wir sollten dafür sorgen, daß wir wieder mehr Verbindung aufnehmen. Sollte sich Grotewohl veranlaßt sehen, diesen Reiseverkehr zu hemmen, dann sollte kein Tag vergehen, an dem in der Bundesrepublik nicht über diesen latenten Kriegszustand in Deutschland geschrieben und dagegen protestiert wird. Man weiß doch in der internationalen Welt viel zu wenig von diesen Dingen. Man weiß nichts, wie sich heute dieser innerdeutsche Verkehr noch abspielt. Genossen! Bis zu dem Tage, wo die Viererkonferenz wieder zusammentritt, muß der innerdeutsche Verkehr aufgelockert werden bis zu einem Ausmaß, daß tatsächlich der deutsche Wille, der Wille aller deutschen Menschen hinter dieser Wiedervereinigung steht und mehr sichtbar wird, als es bis heute der Fall war. Wir können nicht verlangen, daß die Alliierten deutscher sind als wir. Erst wenn der deutsche Wille wieder mit einer solchen Demonstration fühlbar und sichtbar wird, dann wird auch der alliierte Wille durch den deutschen Willen getrieben werden. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat die Genossin Ella Kay-Berlin; ihr folgt Kurt Conrad-Saar.

**Ella Kay** (Berlin): Genossen und Genossinnen! Obgleich der Genosse Ollenhauer mit sehr großer Deutlichkeit heute den Standpunkt der Partei zum Wehrpflichtgesetz dargetan hat, glaube ich, daß über dem Saal und über den Gesprächen eine gewisse Angst liegt, eine Furcht, die hinausgetragen werden kann in die Jugend, zu den jungen Menschen, die von dem neuen Wehrpflichtgesetz betroffen werden und in einer großen Unruhe sind. Darum mein Appell noch einmal an die Partei, daß der Parteitag nach der sehr klaren Haltung, die der Parteivorstand durch den Mund von Genossen Ollenhauer heute hier kundgetan hat, seine ganze Kraft dahin entwickeln muß, daß unserer Jugend für die Zukunft eine Wehrpflicht für Deutschland nicht zugemutet wird. Das muß unsere Arbeit für die Zukunft sein. Wir haben oft die Haltung unserer Jugend, die Wege, die die Jugend gegangen ist, um zu einer Entscheidung zum Wehrgesetz zu kommen, nicht immer verstanden. Wir haben ihre Maßnahmen nicht immer gutgeheißen. Wir haben manchmal mit ihnen darüber diskutiert, ob ihre Haltung in dieser oder jener Frage richtig war. Eines aber müssen wir ihnen zugestehen, da sie ja letzten Endes diejenigen sind, die ab Oktober gemustert werden und die das auszuführen haben, was wir Alten beschlossen haben, daß sie sich gegen die Wehrgesetze wehren. Hüten wir uns davor, daß unsere Jugend, die ja letzten Endes der Staatsbürger von morgen ist, die unsere Arbeit weitertragen soll, unsere Haltung nicht versteht. Ich meine jetzt dieses „uns“ nicht als „uns“ in der Partei, sondern „uns“ als Bevölkerung. Wir in der Partei haben aber die Pflicht, alles zu tun, um die Jugend zu gewinnen und die Jugend zu verstehen. Wir leben noch in Trümmern. Wir haben die Wunden des letzten Krieges noch nicht vergessen und auch noch nicht überwunden. Noch laufen die Kriegsbeschädigten mit ihren Verstümmelungen herum, noch haben wir die Opfer des letzten Krieges vor Augen, und schon entwickeln wir in Deutschland wieder eine Wehrmacht von ein paar hunderttausend Mann und diskutieren gleichzeitig, daß ein neuer Krieg ganz unmöglich wäre, weil die Atomwaffen einen neuen Krieg niemals zulassen würden. Wir Frauen draußen auf dem Markt oder in der Fabrik, wir Mütter von Söhnen verstehen daher

nicht, warum unsere Jungen im nächsten Jahr Soldat werden müssen. Und das sollten wir sehr deutlich sagen. Wir haben alles daranzusetzen, damit die Frauen und die Jugend diesen Weg nicht gehen müssen. Dann werden die Frauen uns verstehen und unserer Politik folgen. Das wird dann auch die Jugend tun. Wir wollen nicht noch einmal die Folgen eines Krieges tragen. Wenn heute, nach über einem Jahrzehnt, in Japan, wo die erste Atom-bombe heruntergegangen ist, von 30 000 lebend geborenen Kindern noch fast ein Drittel unnormale und nicht lebensfähig ist, möchte ich allen Frauen der Welt zurufen: Kämpft in und mit der Sozialdemokratischen Partei, daß ein neuer Krieg, ein neues Völkermorden nicht mehr kommt. Wenn das aber nicht mehr kommen soll, dann brauchen wir auch keine Wehrmacht. Und darum bin ich froh darüber, daß unsere Partei auf diesem Parteitag sehr deutlich herausgestellt hat, daß die künftige Regierung, die 1957 kommen wird, in die Lage versetzt werden muß, dieses Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Kurt Conrad, Arbeitsminister in der Saarregierung.

**Kurt Conrad (Homburg/Saar):** Werte Genossinnen und Genossen! Die Äußerungen Erich Ollenhauers, daß die CDU und die jetzige Bundesregierung vielleicht im nächsten Bundestagswahlkampf die Rückkehr der Saar, von der ich ebenso wie Sie hoffe, daß sie am 1. Januar 1957 politisch stattfinden kann, ausgiebig ausnutzt zu einem Erfolg der Bundesregierung oder der CDU in Bonn, sind es gewesen, die mich veranlaßten, hier das Wort zu ergreifen. Es ist zweifellos eine Gefahr in dieser Möglichkeit gelegen, daß im Bundestagswahlkampf 1957 ein „Saar-Märchen“ der deutschen Bevölkerung erzählt werden soll. Um dieses Saar-Märchen von allem Anfang an unmöglich zu machen, glaube ich, verpflichtet zu sein, als Zeuge der damaligen Ereignisse hier noch einmal mit aller Deutlichkeit zu erklären: Wenn die Saar 1957 zurückkehrt, dann nicht wegen Adenauer, sondern trotz der Haltung Adenauers (Beifall). Unsere Partei, die deutschen Parteien insgesamt, lebten in den Jahren 1952 noch in der Illegalität. In diesem Jahre fand an der Saar eine Landtagswahl statt. Da wir nicht als Parteien auftreten konnten, da wir der Bevölkerung keine Kandidaten präsentieren durften, riefen wir auf, ungültige Stimmzettel abzugeben. Vor dieser Wahl hatten die deutschen Parteien mehrere Besprechungen in Bonn gehabt. Nachdem es nicht gelungen war, die Mehrheit in dieser Form der Demonstration zu erringen, sondern nur 25 Prozent weiße Stimmzettel abgegeben wurden, fiel in Bonn die Türe zu. Man hat dann in den kommenden Jahren den Versuch gemacht, uns das famose Saarstatut als eine liebenswerte Angelegenheit anzupreisen. Noch im Jahre 1955, kurz vor der Abstimmung im Saargebiet, hat der Bundeskanzler in Bochum aufgerufen, das Saarstatut zu akzeptieren. Wir sollten also auf unabsehbare Zeit aus Deutschland draußen bleiben. Genossinnen und Genossen! Die Gründung des Heimatbundes im Saargebiet war die Antwort der deutschen Parteien auf die Bochumer Rede des Bundeskanzlers. Sie sollen alle wissen, daß der Anstoß zur Gründung dieses Heimatbundes von der CDU der Saar gekommen ist. Es ist wichtig, an diese Dinge zu denken und unmöglich zu machen, daß mit der Rückkehr der Saar falsches politisches

Kapital geschlagen wird. Wir sind im Saargebiet glücklich darüber, es durch unseren Kampf ermöglicht zu haben, in der wichtigen, aktuellen Frage, vor der unsere Partei steht, in der Frage der Wiedervereinigung, den Rücken im Westen frei zu bekommen. Nur diese Entscheidung der Bevölkerung hat es ermöglicht, mit der französischen Regierung in Verhandlungen zu kommen, von denen wir erwarten, daß sie mit Erfolg abgeschlossen werden. Es sieht jetzt schon so aus, daß wir auf Grund dieses Vertrages über die Saar, der uns die Rückkehr ermöglichen soll, schwere wirtschaftliche Opfer zu bringen haben. Erich Ollenhauer hat es heute schon einmal gesagt: Die Bevölkerung der Bundesrepublik darf keinen Augenblick zögern, sie zu bringen; denn so wie man sich in der Bundesrepublik gegenüber dem rückgekehrten Saargebiet verhält, werden sehr viele Menschen in Mitteldeutschland folgern, daß man sich auch ihnen gegenüber verhalten wird. Bei allen Fragen, die nach der politischen Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik auftauchen, bitte ich, an diese Dinge zu denken.

Nun lassen Sie mich noch ein Wort von der Saar aus sagen zu der Frage, ob man nach Pankow gehen oder nicht gehen soll. Sehen Sie, als es uns 1952 nicht gelang, mehr als 25 Prozent der Stimmen zu erreichen, hat ein Minister der Bundesregierung in Paris ein Gespräch mit Herrn Hoffmann angeknüpft. Aus diesem Gespräch ist gar nichts herausgekommen, weil Herr Hoffmann nichts zu bieten hatte. Herr Hoffmann war doch gebunden an den Auftrag seiner Auftraggeber. Genauso sind die Leute in Pankow an den Auftrag gebunden, den ihre Auftraggeber ihnen gegeben haben (Beifall). Es lohnt sich also nicht, diesen Weg zu gehen. Der einzige Weg ist, der Bevölkerung in Mitteldeutschland die Freiheit zu einer freien Entscheidung zu geben. Ich bin gewiß, diese Entscheidung wird genauso deutlich gegen die Trabanten der Besatzungsmacht ausfallen wie bei uns in Saarbrücken und im Saargebiet. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Zur Geschäftsordnung hat der Genosse Helmuth Schmidt das Wort.

**Helmuth Schmidt** (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Der Verlauf dieser Debatte ist wahrscheinlich für manche Delegierte und sicherlich auch für die Presse dort oben in gewisser Weise eine Überraschung. Wo man die Austragung tatsächlicher oder angeblicher Spannungen erwartet hatte, zeigt sich eine sehr weitgehende Einmütigkeit des gesamten Parteitags. (Bravo und lebhafter Beifall.) Offensichtlich haben die Rede Erich Ollenhauers am Anfang des heutigen Tages sowie die letzte außenpolitische Debatte im Bundestag und auch die Debatte über die Wehrpflicht, die dort mit so großer Eindringlichkeit vorgetragene Argumente unserer Partei sehr viel von den letzten Zweifeln an den Politikern der Partei beseitigt, die in einem Teil der Anträge noch zum Ausdruck gekommen waren. Soweit aber in der heutigen Diskussion erheblich abweichende Auffassungen zu Wort gekommen sind, haben die Entgegnungen durch zwei der hervorragendsten Sprecher unserer Partei die ungeteilte Zustimmung bei den Delegierten gefunden, so daß man sagen kann, die politische Meinungsbildung dieses Parteitages zum heutigen Tagesordnungspunkt ist bereits vollzogen. Deshalb darf ich als einer derjenigen, die noch auf der Rednerliste stehen, den Geschäftsordnungsantrag stellen, die

Debatte zum gegenwärtigen Tagesordnungspunkt zu beenden und dem Parteivorsitzenden das Schlußwort zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Will jemand gegen den Antrag Stellung nehmen? (Zurufe: Wie viele Redner sind noch gemeldet?)

— Es sind noch 8 Redner vorgesehen. Es liegen keine Wortmeldungen gegen den Antrag vor. Ich lasse abstimmen. Wer dem Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Das erstere war die große Mehrheit. Damit ist die Debatte geschlossen.

Ich erteile nun Erich Ollenhauer das Schlußwort.

**Erich Ollenhauer:** Genossinnen und Genossen! Ich kann den Parteitag für die lange Rede, die er heute morgen von mir anhören mußte, jetzt dadurch entschädigen, daß ich ein sehr kurzes Schlußwort spreche. Zunächst möchte ich allen Delegierten, und vor allem allen Sprechern in der Debatte, herzlich danken für den Geist der Sachlichkeit und der Kameradschaft, in dem diese Verhandlungen durchgeführt werden konnten. Ich glaube, das allein schon ist ein großer Gewinn für die Partei.

Zur Sache selbst möchte ich zunächst feststellen, daß der Parteivorstand einverstanden ist mit dem vom Genossen Merten begründeten und jetzt mit genügend Unterschriften vorliegenden Antrag in der Frage der Kriegsdienstverweigerung. Dieser Antrag und seine Forderungen entsprechen der Haltung der Partei, und ich wäre dankbar, wenn sich der Parteitag diese Forderung zu eigen machen würde.

Eine zweite sachliche Bemerkung: Einige unserer sozialpolitisch tätigen Genossen haben die Frage aufgeworfen, ob man nicht in Punkt 5 des Antrages 98 etwas mehr sagen sollte über den Sozialplan der SPD. Genossinnen und Genossen! Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es sich bei dieser EntschlieÙung zur allgemeinen Politik um eine kurze Zusammenfassung der dringendsten Erfordernisse einer Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik handelt. In allen Punkten haben wir selbstverständlich auf weitgehende Darstellung von Einzelheiten verzichtet; denn dieses Programm der dringendsten Erfordernisse soll und kann doch nicht mehr sein als eine Richtlinie für unsere Arbeit in den nächsten Monaten, vor allem auch zur Vorbereitung des Wahlkampfes. Es ist selbstverständlich, daß die notwendigen Ergänzungen in bezug auf den Inhalt und auf die ausführlichere Darstellung jetzt ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Partei in den kommenden Monaten sein werden. Ich möchte aus diesem Grunde den Parteitag bitten, hier auf eine solche Ergänzung zu verzichten unter Anerkennung der von mir eben gemachten Mitteilung, daß die hier von mir gewünschten Ergänzungen und Ausführungen in einer Form erfolgen, die unsere Arbeit und Propaganda erleichtern und wirksam gestalten.

Noch ein Wort möchte ich sagen zu der EntschlieÙung über die Politik der Sozialdemokratischen Partei in der Wiedervereinigungsfrage. Genossen! In dieser Sache habe ich nichts von dem zurückzunehmen, was ich über unsere politischen Vorstellungen in bezug auf die Außenpolitik und in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen heute morgen gesagt habe. Daran sollten wir

festhalten! Bei diesem Wiedervereinigungsprogramm handelt es sich um eine Arbeit, die der Partei in den nächsten Monaten in der absehbaren Entwicklung eine Grundlage für ihre Aktionen geben soll. Es handelt sich nicht um ein Programm des Perfektionismus. Wir haben zu jeder der internationalen Konferenzen vom vergangenen Jahr Richtlinien ausgearbeitet, und sie haben in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt. Parteivorstand und Parteiausschuß haben hier den Versuch gemacht, diese Richtlinien der gegenwärtigen veränderten Situation anzupassen und sich auseinanderzusetzen mit den Aufgaben, die in der nächsten Zukunft auf uns zukommen. Ich darf euch daran erinnern, daß ich heute morgen selbst von dem wichtigsten Kapitel gesprochen habe, das die Partei zu erfüllen hat. Es handelt sich um die Aufgabe, ein sozialdemokratisches Wiedervereinigungsprogramm auszuarbeiten. Diese Aufgabe sehen wir. Diese Aufgabe ist in Angriff genommen worden. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt im einzelnen darüber zu sprechen haben. Hier aber handelt es sich darum, eine konkrete politische Antwort auf eine konkrete politische Situation von heute zu finden. Deshalb möchte ich auch in diesem Falle bitten, daß sich der Parteitag unter diesem Gesichtspunkt mit den Richtlinien einverstanden erklärt.

Eine letzte Bemerkung, Genossinnen und Genossen! Ich glaube, es war der Genosse Marx, der geglaubt hat, einen Unterschied herauslesen zu müssen zwischen den Bemerkungen in meinem Vortrag über die Revision der verfehlten Außen- und Wehrpolitik und der Formulierung, die wir in der Entschliebung gefunden haben, in der ausdrücklich gesagt wird, daß es unser Ziel ist, die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. Genossen, es war sicher nicht meine Aufgabe, euch in meinem Vortrag die Entschliebung vorzulesen. Ich möchte aber ausdrücklich hier feststellen, daß die Entschliebung selbstverständlich in vollem Umfange das deckt, was in meinem Vortrag mit anderen Worten ausgeführt wurde. Ich glaube, daß diese Klarstellung nützlich ist, damit nicht solche Untersuchungen oder Betrachtungen in der weiteren Diskussion eine Rolle spielen.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß es dem Inhalt der Aussprache und dem Geist der Diskussion entsprechen würde, wenn der Parteitag jetzt über die Entschliebung entscheidet, die Parteivorstand und Parteiausschuß in diesen Fragen vorgelegt haben, damit die Öffentlichkeit den Eindruck einer möglichst geschlossenen Beurteilung der wichtigsten aktuellen Fragen unserer Innen- und Außenpolitik innerhalb der Sozialdemokratie zu sehen bekommt. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Genossinnen und Genossen! Damit sind die Beratungen zu Punkt 2 unserer Tagesordnung abgeschlossen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, daß mit dem Antrag 95, gestellt vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei, zur deutschen Wiedervereinigung verbunden sind die Anträge 1 bis 11, 13 bis 18, 20 bis 21, 23 bis 24 und 30. Wenn diese vom Parteivorstand und Parteiausschuß einstimmig beschlossen und Ihnen im Antrag 95 zur Entscheidung vorgelegten Forderungen angenommen werden, sind die von mir genannten Anträge hinfällig.

Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Antrag 95 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. Danke schön. — Gegenprobe! — Keine Gegenstimme. Damit stelle ich fest, daß der Parteitag diese Entschlie-  
bung einstimmig beschlossen hat. (Lebhafter Beifall.)

Antrag 97, Entschlie-  
bung zur Wehrfrage, gestellt vom Parteivorstand und  
Parteiausschuß. In Verbindung damit stehen die Anträge 12 bis 33 und 35,  
entsprechend den Schlußfolgerungen, die wir vorhin gezogen haben. Wer  
diesem Antrag 97 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimm-  
zeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Auch dieser Antrag ist ein-  
stimmig angenommen worden. (Lebhafter Beifall.)

Der Zusatzantrag 103 ist sachlich mit dieser angenommenen Entschlie-  
bung in Zusammenhang zu bringen. Erich Ollenhauer hat Ihnen vorgeschlagen,  
auch diese Entschlie-  
bung anzunehmen. Ich komme zur Abstimmung. Wer  
dieser Entschlie-  
bung, Antrag 103, seine Zustimmung geben will, den bitte ich  
um das Stimmzeichen. — Gegenprobe! — 1 Gegenstimme. — Enthaltungen? —  
Keine Enthaltungen. Die Entschlie-  
bung ist angenommen.

Antrag 98, Entschlie-  
bung zur allgemeinen Politik. Damit im Zusammenhang  
stehen die Anträge 34, 35, 37 und 82. Ich komme auch da zur Abstimmung.  
Wer dem Antrag 98 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das  
Stimmzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? —  
Keine. Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Antrag 99, Entschlie-  
bung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer die-  
ser Entschlie-  
bung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Hand-  
zeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Keine. Ein-  
stimmig so beschlossen.

Antrag 96, Entschlie-  
bung zur Lage in der Sowjetzone. Wer dieser Entschlie-  
bung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. —  
Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Keine. Damit ist auch  
diese Entschlie-  
bung einstimmig angenommen.

Genossinnen und Genossen! Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich feststelle,  
daß höchstwahrscheinlich unsere politischen Gegner bei Behandlung dieser  
heutigen Fragen einen anderen Ausgang erwartet haben (Heiterkeit). Aber  
da wir nicht dazu da sind, unseren politischen Gegnern Freude zu bereiten,  
wollen wir uns um so mehr freuen, daß diese einheitliche Meinung der Sozial-  
demokratischen Partei in diesen wichtigen Fragen heute auf diesem Partei-  
tag festgestellt werden konnte. (Starker Beifall.)

Das Präsidium schlägt vor, damit die Beratungen für heute zu beenden (Zuruf:  
Über den Antrag 36 muß noch abgestimmt werden!). Der kommt bei den  
anderen Tagesordnungspunkten, unter „Organisation“. Genosse von Knoe-  
ringen hat nun das Wort.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Genossinnen und Genossen! Nach einem  
so harten arbeitsreichen Tag läßt Euch die Münchner Organisation in den  
Salvator Keller ein (Bravo!). Jeder bekommt eine Maß Bier (Heiterkeit). Aber  
wir haben noch mehrere Maß Bier in Vorrat.

Draußen regnet es in Strömen. Das kommt daher, daß nach München auch Leute gekommen sind, die nicht ganz einwandfrei waren (Heiterkeit). Aber, Genossen, der Salvatorkeller liegt hoch über der Isar, eine Überschwemmung ist nicht zu befürchten.

Wir bitten Sie also, heute abend unsere Gäste zu sein. Der Salvatorkeller liegt an der Hochstraße, zehn Minuten von hier entfernt. Auf Wiedersehen um 20 Uhr! (Allgemeiner Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Genossinnen und Genossen! Morgen früh beginnen wir wieder um 9 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 15 Minuten)